

# Hessen in der Europäischen Union

Ein Vergleich mit den Mitgliedstaaten  
anhand der Strukturindikatoren der Lissabonner Strategie

Wirtschaft

Beschäftigung

Innovation

Soziales

Umwelt



## Hessen in der Europäischen Union

Ein Vergleich mit den Mitgliedstaaten anhand der Strukturindikatoren der Lissabonner Strategie

---

---

## Impressum

**Herausgeber:** Preis: 10,00 Euro  
Hessisches Statistisches Landesamt  
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden  
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [vertrieb@statistik-hessen.de](mailto:vertrieb@statistik-hessen.de) – Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)

**Herstellung:** Hessisches Statistisches Landesamt

**Copyright:** © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

**Ansprechpartner:** Till Lachmann  
E-Mail: [tlachmann@statistik-hessen.de](mailto:tlachmann@statistik-hessen.de)

## Inhalt

Vorwort .....	4
Einführung .....	7
Lissabonner Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung .....	8
Verfügbarkeit der Strukturindikatoren in Hessen .....	10
Strukturindikatoren nach Themenbereichen	
Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund .....	14
Beschäftigung .....	28
Innovation und Forschung .....	50
Sozialer Zusammenhalt .....	74
Umwelt .....	92
Statistischer Anhang (siehe CD-ROM)	



Mit der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands seit dem 1. Januar 2007 rückt Europa stärker ins Bewusstsein der deutschen Bürger. Laufende politische Verhandlungen auf internationaler Ebene wie die jüngste Diskussion um einheitliche EU-Abgasgrenzwerte für den Kfz-Verkehr führen deutlich vor Augen, wie der Einfluss der Brüsseler Politik auf nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der EU-Mitgliedstaaten immer weiter zunimmt. Der ständige Austausch zwischen diesen Nationen zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Themen zeigt: Europa wächst zusammen. Zwar hat der europäische Einigungsprozess durch das „Nein“ Frankreichs und der Niederlande in den Volksreferenden 2005 zur EU-Verfassung vorübergehend an Schwung verloren, jedoch haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten in ihrer Berliner Erklärung zum 50. Geburtstag der EU ihren Willen bekräftigt, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Der Fokus von Analysen und der öffentlichen Wahrnehmung im Hinblick auf die Entwicklung der EU beschränkt sich zwar häufig auf die Ebene der Mitgliedstaaten, gleichwohl spielt die Regionalpolitik der EU mit ihren vielfältigen Instrumen-

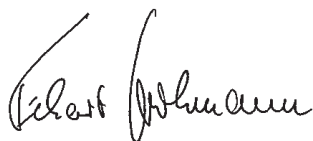
ten zur Stärkung der territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion in der EU eine gewichtige Rolle. In dieser Verlagerung politischer Handlungsfelder von der internationalen über die nationale zur regionalen Ebene offenbart sich die Bedeutung von Regionen im europäischen Raum. Das Land Hessen ist in starkem Maße mit der europäischen Entwicklung verflochten. Schließlich liegt es in geografisch zentraler Lage Europas und stellt einen wichtigen Knotenpunkt im europäischen Wirtschaftsraum dar. Als bedeutende und wirtschaftsstarke Region gestaltet es Europa aktiv mit. Gleichzeitig ist Hessen aber auch vielfältigen Veränderungsprozessen in und durch Europa unterworfen. Hier stellt sich die Frage, wie sich das Bundesland im Benchmarking mit der EU positioniert. Hält der wirtschaftliche Vorsprung Hessens an? Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt? Sind die Anstrengungen beim Umweltschutz ausreichend für ein nachhaltiges Wachstum? Diese und weitere Fragen werden in der vorliegenden Publikation anhand der Strukturindikatoren der so genannten Lissabonner Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU beantwortet.

Auch Statistik-Institutionen nehmen am europäischen Einigungsprozess teil. Das Norm- und Erhebungsprogramm der

deutschen amtlichen Statistik wird inzwischen weitgehend durch EU-Verordnungen und -Richtlinien determiniert. EU- und deutschlandweit harmonisierte Statistiken und Umfragen gelten vielfach auch für Hessen. Dies bietet die Möglichkeit, Hessen mit Deutschland und den EU-Staaten auf vergleichbarer Basis statistisch abbilden zu können. Die vorliegende Publikation ist die erste Darstellung auf Landesebene, die ein Benchmarking auf der Basis der EU-Strukturindikatoren zum Inhalt hat.

Nur wer sich den Entwicklungen in Europa stellt, wird seine eigene Zukunft und die des Landes gewinnen können.

Wiesbaden, im Mai 2007



Eckart Hohmann  
Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes



Im Band 6 des Statistischen Jahrbuchs Hessen 2003/04 „Hessen im Vergleich mit den Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ wurde erstmals ein Schlusskapitel eingefügt, das Hessen anhand weniger ausgewählter Merkmale den Staaten der Europäischen Union (EU) gegenüberstellt. Ein neues Veröffentlichungskonzept seit 2005 sondert den Vergleich Hessens mit der EU vom Statistischen Jahrbuch ab. Dafür erscheint mit der vorliegenden Broschüre eine Sonderpublikation, die ausschließlich Hessens Stellung in der EU behandelt. Dabei lag es nahe, nicht eine willkürliche Auswahl unterschiedlicher Indikatoren zu treffen, sondern das Bundesland Hessen und die EU-Staaten anhand der EU-Strukturindikatoren unter einer neuen Perspektive zu beleuchten.

Diese Strukturindikatoren orientieren sich an der Lissaboner Strategie, die der Europäische Rat im März 2000 beschloss (s. nächstes Kapitel). Eurostat publiziert diese Strukturindikatoren in einer Online-Datenbank an zentraler Stelle auf der Eurostat-Webseite<sup>1)</sup>. Als weitere Eurostat-Spezialdatenbanken sind u. a. „Euro-Indikatoren“ oder „Indikatoren für nachhaltige Entwicklung“ zu nennen, die teilweise auch in die Strukturindikatoren integriert sind.

Diverse Publikationen befassen sich bereits mit einzelnen Strukturmerkmalen auf den NUTS-Ebenen 1 und 2 der gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik, die in Deutschland der Bundesländerebene bzw. der Regierungsbezirksebene entsprechen – Hessen fällt unter

die NUTS-Ebene 1, die drei hessischen Regierungsbezirke gehören zur NUTS-Ebene 2 und die 21 Landkreise sowie die 5 kreisfreien Städte Hessens zur NUTS-Ebene 3. Zu erwähnen ist insbesondere das von Eurostat jährlich herausgegebene Statistische Jahrbuch der Regionen, das statistische Daten aller 254 Regionen der NUTS-Ebene 2 von 25 EU-Mitgliedstaaten zusammenstellt. Auch die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ (2006), herausgegeben von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, enthalten auf NUTS-Ebene 1 Strukturindikatoren im Bildungsbereich.

Die vorliegende Publikation des Hessischen Statistischen Landesamts präsentiert erstmals eine Zusammenstellung statistischer Daten für Hessen nach den Strukturindikatoren. Da viele dieser Indikatoren nur auf Landesebene verfügbar sind, wird auf die drei Regierungsbezirke Hessens der NUTS-Ebene 2 (Kassel, Gießen und Darmstadt) nicht näher eingegangen.

---

1) Siehe unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1090,30070682,1090\\_33076576&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1090,30070682,1090_33076576&_dad=portal&_schema=PORTAL)





Im März 2000 trat der Europäische Rat in Lissabon zusammen, um die Lissabonner Strategie zur künftigen Entwicklung der EU zu verabschieden. Als zentrale Herausforderungen für Europa konstatierte man damals den zunehmenden Wettbewerb im Zuge der Globalisierung, den Trend zu einer wissensbasierten Volkswirtschaft und den demografischen Wandel, der u. a. durch eine zunehmende Alterung der Bevölkerung und einen steigenden Druck auf die Sozialsysteme gekennzeichnet ist. Daraus entwarf der Europäische Rat das immer wieder zitierte Politikziel, die Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Diese Zukunftsvision sollte in dem auf zehn Jahre angelegten Entwicklungsplan bis zum Jahr 2010 verwirklicht werden. In diesem Strategiepapier sind auch bereits erstellte Konzepte wie die so genannte Europäische Beschäftigungsstrategie aus dem Jahr 1997 integriert. Der allgemeinen Absichtserklärung folgten konkret formulierte Zielvorstellungen, wie u. a. die Halbierung der Zahl der 18- bis 24-Jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I bzw. ISCED 2 gemäß der ISCED-Klassifikation (in Deutschland: Realschulabschluss) verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, bis zum Jahr 2010 (s. auch S. 78).

Das Gesamtkonzept basierte im Wesentlichen zunächst auf zwei Säulen, der wirtschaftlichen auf der einen und der sozialen auf der anderen Seite. Beim Gipfel des Europäischen Rates in Göteborg im Jahr 2001, auf dem eine nachhaltige Entwicklung Europas konzipiert wurde, erweiterte man die Lissabonner Strategie um eine dritte, umweltpolitische Säule.

Die Messung der Fortschritte der Lissabonner Agenda erfolgt anhand von vereinbarten statistischen Strukturindikatoren. Diese stellen Messgrößen dar, die den Veränderungsprozess in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Sinne der erklärten Ziele methodisch einheitlich dokumentieren. Die Strukturindikatoren sollen somit die Zukunftsfähigkeit Europas belegen und nachzeichnen können.

Die Fortentwicklung der Indikatorenliste ist ein kontinuierlicher Prozess. Die so genannte „Lange Liste“ wird jährlich an neueste Entwicklungen angepasst. Berücksichtigt man die Aufgliederung der Merkmale nach Untermerkmalen (in der Regel nach dem Geschlecht), so zählte man im November 2006 bereits 128 Indikatoren. Ohne diese Differenzierung waren es immerhin noch 60. Auf Grund dieser Datenmenge einigte man sich auf eine übersichtliche, so genannte „Kurze Liste“ (Shortlist) mit inzwischen 14 Kernindikatoren, die alle drei Jahre aktualisiert wird. Beide Listen werden in die sechs Themenbereiche „Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund“, „Beschäftigung“, „Innovation und Forschung“, „Wirt-

schaftsreform“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Umwelt“ unterteilt. Die Shortlist bildet den statistischen Anhang zum jährlichen Synthesebericht der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat, der seit 2003 auch als Frühjahrsbericht bezeichnet wird. Dieser Bericht ist das einzige zu behandelnde Dokument auf der Tagesordnung der Frühjahrs-tagung des Europäischen Rates.

Bereits ein von einer hochrangigen Expertengruppe unter Vorsitz des vormaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok im November 2004 vorgelegtes Arbeitspapier für die Europäische Kommission bzw. den Europäischen Rat kommt zum Ergebnis, dass die hochgesteckten Ziele der Lissabonner Strategie bis zum Jahr 2010 verfehlt werden. Dafür werden zwei Gründe genannt: Zum einen sei das Reformprojekt zu ambitioniert. Durch ständig neu angefügte Ziele und Indikatoren würde das gesamte Reformprojekt ausufern. Damit hätte man die Kernziele der Strategie aus dem Auge verloren. Zum anderen wird die mangelhafte Umsetzung der Reformen vonseiten der Mitgliedstaaten kritisiert.

In der Schlussfolgerung der „Halbzeitüberprüfung“ forderte der Europäische Rat im März 2005 eine Prioritätensetzung auf die Komponenten „Wachstum“ und „Beschäftigung“. Dies hatte allerdings zur Konsequenz, dass soziale und ökologische Faktoren weniger wichtig wurden, auch wenn auf deren Bedeutung nach wie vor hingewiesen wird. Das ur-

sprüngliche Ziel, im globalen Wettbewerb die führende Rolle zu übernehmen, ließ der Europäische Rat fallen.

Strukturelle Anpassungen an veränderte Bedingungen werden verstärkt als dringend notwendig für Wachstum und Beschäftigung in der EU erachtet. Demnach sollte das Schwergewicht politischer Aktivitäten zukünftig auf (wirtschaftlichen) Strukturreformen liegen. Dazu gehören u. a. Reformen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch auf den Gütermärkten. Die Halbzeitüberprüfung des Europäischen Rates betont, dass die Realisierung der EU-weit getroffenen Vereinbarungen letztlich nur durch die Verabschiedung von nationalen Reformprogrammen gelingen kann. Damit fordert sie die EU-Mitgliedstaaten auf, mehr Entschlossenheit und Umsetzungswillen zur Erreichung der Ziele des Lissabonner Prozesses zu zeigen.

# Verfügbarkeit der Strukturindikatoren in Hessen



Die EU-Mitgliedstaaten sind grundsätzlich dazu angehalten, statistische Daten zur Ermittlung der Strukturindikatoren an Eurostat zu liefern. Für neue Indikatoren gelten vielfach Übergangsfristen. Deutschland erfüllt seine Informationsverpflichtung inzwischen nahezu lückenlos – es fehlen lediglich Daten zur Unternehmensdemografie, die erst nach Abschluss der Reform des deutschen Unternehmensregisters zu erwarten sind. Zu mehreren Strukturmerkmalen fehlen zwar noch statistische Angaben aus einigen EU-Staaten, insbesondere aus osteuropäischen, die erst 2004 in den Staatenbund eintraten. Dennoch stellt die Eurostat-Datenbank „Strukturindikatoren“ insgesamt eine gute Ausgangsbasis für einen Vergleich Hessens mit der EU dar.

Im Gegensatz zu Deutschland sind die einzelnen Bundesländer nicht dazu angewiesen, Statistiken gemäß den Strukturindikatoren auf NUTS-Ebene 1, die der Bundesländerebene entspricht, zu erstellen und an Eurostat weiterzuleiten. Da aber für Deutschland viele Indikatoren auf Grund von Statistikgesetzen oder Vereinbarungen zwischen Bund und den Ländern gewonnen werden, lassen sich auch für Hessen entsprechende Daten zusammenstellen. Die vorliegende Publikation kann für Hessen immerhin zu 32 von insgesamt 60 vorhandenen Strukturindikatoren Resultate liefern. Differenziert man sie weiter nach dem Geschlecht oder anderen Untermerkmalen, so können zu 57 von 128 bei Eurostat aufgelisteten Strukturindikatoren Vergleiche zwischen Hessen und den EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden, die im Hauptteil dieser Broschüre einzeln präsentiert werden.

Die hier dargestellten Statistiken für Hessen entstammen einer Vielzahl von Datenquellen. Unter diesen ragt vor allem die EU-Arbeitskräfteerhebung heraus. Sie ist EU-weit vereinheitlicht und wird in Deutschland im Rahmen der Mikrozensus-Stichprobenerhebung durchgeführt. Weitere in den Mitgliedstaaten der EU durchgeführte Erhebungen sind die Informations- und Kommunikationstechnologiemfragen in Haushalten und Unternehmen, aus denen sich Ergebnisse für Hessen ableiten lassen. Daten zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage ergeben sich aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die ebenso innerhalb der EU harmonisiert sind. Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen befinden sich insbesondere auf Bundesländerebene noch im Aufbau, liefern aber für Hessen immerhin Werte zu zwei Umweltindikatoren. Weitere Indikatorwerte für Hessen gehen auf EU- und landesspezifische Statistiken oder externe Quellen zurück, die in den Grafiken und Tabellen gesondert bezeichnet werden.

Indikatoren, bei denen die Werte gleichermaßen für Deutschland und Hessen gelten, werden hier nicht berücksichtigt. Davon ist lediglich die Indikatorengruppe „Preise für Telekommunikation“ mit drei Indikatoren betroffen. Gleichzeitig beinhaltet diese Indikatorengruppe die einzigen Indikatoren innerhalb des Themenbereichs „Wirtschaftsreform“, die Daten zu Hessen liefern können. Demnach entfällt dieser Themenkomplex vollständig in der weiteren Betrachtung Hessens und der EU-Staaten. Die übrigen fünf

Sachgebiete jedoch sind gut mit für Hessen darstellbaren Indikatoren „gefüllt“.

Die Nummerierung der im Folgenden aufgelisteten Indikatoren entspricht weitgehend den Angaben in der Eurostat-Datenbank. Um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten, wurden ggf. Veränderungen in der dritten bzw. vierten Stelle der Indikatorennummerierung vorgenommen.

Nach Erscheinen dieser Publikation wird man Hessen anhand weiterer Strukturmerkmale mit den EU-Staaten vergleichen können. Dies gilt insbesondere für die Unternehmensdemografie wie auch für Ergebnisse zur noch jungen Erhebung „EU-Survey on Income and Living Conditions“ (EU-SILC – Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen). Zu Letzterem können für Hessen zwar bereits Auswertungen durchgeführt werden, jedoch liegt bislang bei Eurostat noch kein Datenmaterial aus der EU-SILC für einen EU-Staatenvergleich vor.

Den Hauptteil dieser Abhandlung nehmen die einzelnen für Hessen relevanten Strukturindikatoren ein, anhand denen das Bundesland den EU-Staaten und der EU-25 bzw. EU-15 gegenübergestellt wird. Den jeweiligen Grafiken wird ein kleiner Text vorangestellt, der den betreffenden Indikator knapp beschreibt und die Hauptergebnisse herausarbeitet. Detaillierte Informationen zur Indikatorbeschreibung, zur Methodik der Datengewinnung und zu den Datenquellen können hier nicht behandelt werden. Dies würde den gege-

benen Rahmen sprengen. Diesbezüglich sei in erster Linie auf folgenden Link innerhalb der Webseite von Eurostat verwiesen, welche ausschließlich die Strukturindikatoren beinhaltet:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1133,47800773,1133\\_47803568&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1133,47800773,1133_47803568&_dad=portal&_schema=PORTAL)

Alle hier dargestellten Daten mit Ausnahme der Angaben zu Hessen (sowie den Langzeit-Arbeitslosenquoten von Deutschland nach der EU-Arbeitskräfteerhebung, s. S. 46 und 82) sind dieser Internetseite entnommen und können kostenlos abgerufen werden. Dort sind auch weitere, hier nicht aufgeführte Indikatoren enthalten.

Ergänzt wird die Publikation durch eine CD-ROM, die die komplette Veröffentlichung im PDF-Format sowie einen statistischen Anhang mit Tabellen im Excel-Format enthält, die der o. g. Webseite entnommen wurden. Die Tabellen beinhalten Zeitreihen zu den Indikatoren, soweit auch für Hessen entsprechende Daten zusammengestellt werden konnten. Diese dienen jedoch nur einer ersten Übersicht, da die auf der Eurostat-Webseite enthaltenen, zusätzlichen Erklärungstexte zu einzelnen Tabellenwerten nicht aufgenommen werden konnten. Ergänzend finden sich darin jedoch Daten zur Eurozone-12, auf die in der Print-Edition aus Platzgründen verzichtet werden musste.

# Verfügbarkeit der Strukturindikatoren in Hessen



Als Auswertungsstand aller hier verwendeten Daten der EU-Staaten gilt, wenn nicht anders angegeben, der Stichtag 17. November 2006. Neuere Ergebnisse (einschl. Korrekturen) zu den Strukturindikatoren, die Eurostat seitdem bekannt gab, konnten hier nicht mehr übernommen werden.

Die EU existiert durch den Vertrag von Maastricht seit 1993 und besteht aus den Europäischen Gemeinschaften, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Umgangssprachlich wird die EU häufig – juristisch nicht korrekt – mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) gleichgesetzt. Die EG bildet nur einen, aber den zentralen Teil der Europäischen Gemeinschaften und ging 1993 aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hervor.

Der durch den Vertrag von Maastricht entstandenen EU gehörten die folgenden zwölf Staaten an: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich. Seit ihrer Gründung unterlag die EU einem

kontinuierlichen Erweiterungsprozess. In den folgenden Jahren traten der EU bei:

1995: Finnland, Österreich und Schweden (EU-15)

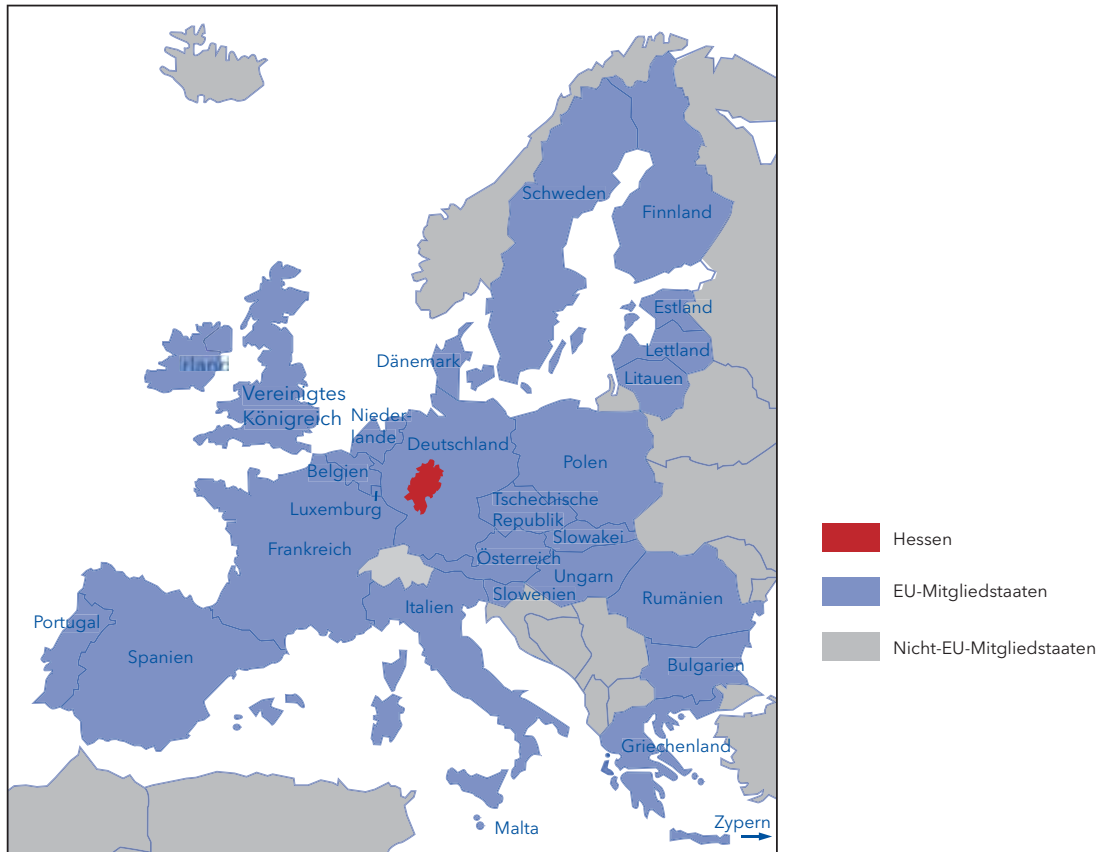
2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, und der griechische Teil Zyperns (EU-25)

2007: Bulgarien und Rumänien (EU-27).

Die 1999 gegründete Eurozone umfasste zunächst die folgenden elf EU-Staaten: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Ihr schloss sich 2001 Griechenland an (Eurozone-12). 2007 trat Slowenien dieser Währungsgemeinschaft bei (Eurozone-13).

In der vorliegenden Publikation konnten die Beitritte Bulgariens und Rumäniens zur EU sowie Sloweniens zur Eurozone am 1. Januar 2007 im Hinblick auf die Datenlage nicht mehr berücksichtigt werden.

## Hessen und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union





## Indikator 0-a1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in Kaufkraftstandards gilt als einer der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren und steht daher an erster Stelle in der EU-Indikatorenliste. Anhand dieses Indikators lässt sich die Wirtschaftskraft eines Staates gut veranschaulichen. Erleichtert wird dies beim EU-Staatenvergleich dadurch, dass die Daten zum EU-25-Durchschnitt = 100 in Beziehung gesetzt sind. Bei der Entwicklung im Zeitablauf ist zu beachten, dass von einem Rückgang des Indexwertes nicht auf eine Verringerung des BIP je Einwohner geschlossen werden kann. Ein Rückgang zeigt lediglich eine Verschlechterung gegenüber dem Durchschnittswert im Zeitablauf an.

### Hessen auf dem „Treppchen“ dabei

Die unangefochtene Spitzenstellung nahm im Jahr 2005 der – gemessen an der Bevölkerungszahl – zweitkleinste Mitgliedstaat Luxemburg ein; das BIP pro Kopf erreichte dort einen Indexwert von 248 und damit mehr als das Doppelte des EU-25-Durchschnitts. Nach einer rasanten Aufschwungphase in den letzten zehn Jahren konnte sich Irland von einem Indexwert nahe beim Durchschnitt auf den zweiten Platz mit einem Indexwert von 138 vorschieben. Mit jeweils nahezu gleichem Indexwert folgten Dänemark, Niederlande (beide 124) und Österreich (123), die aber bereits einen niedrigeren Indexwert als **Hessen** (130) hatten. Das Bundesland erreichte ein BIP von 30 110 KKS je Einwohner, was umgerechnet einem BIP von 32 459 Euro je Einwohner ent-

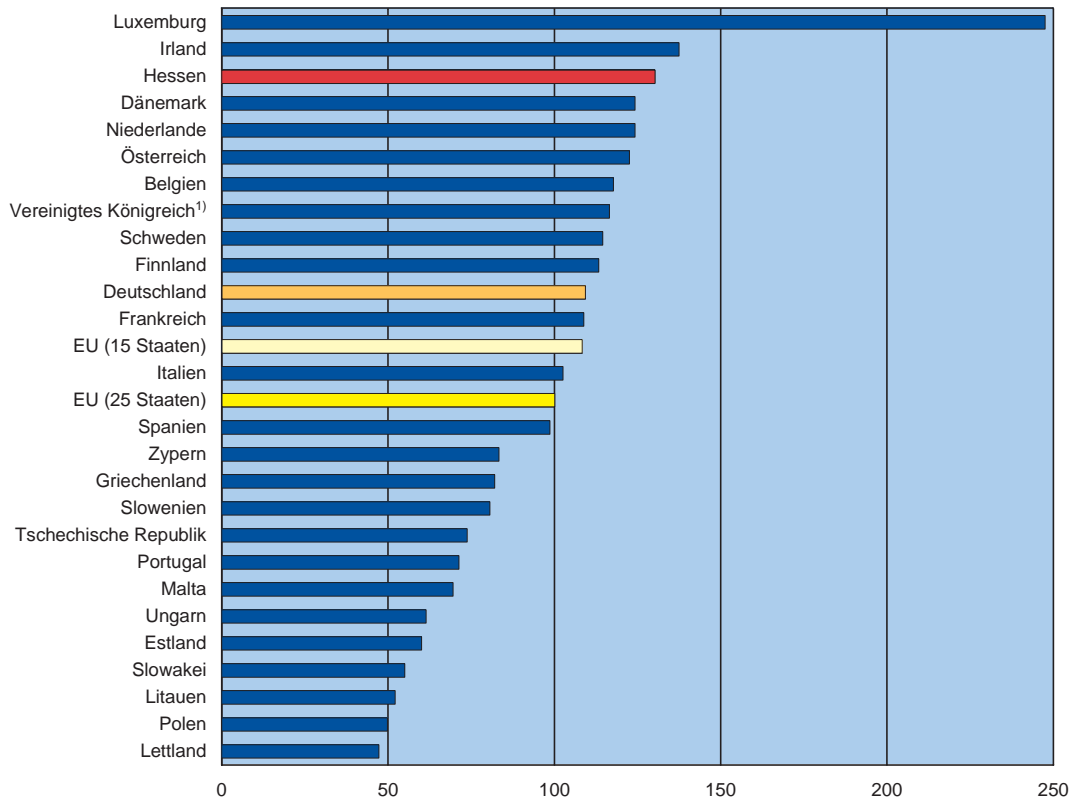
spricht<sup>2)</sup>. Deutschland (109, bei einem BIP von 25 268 KKS bzw. 27 239 Euro pro Kopf) wie auch die anderen G8-Staaten Vereinigtes Königreich (117), Frankreich (109) und Italien (103) wiesen noch überdurchschnittliche Werte auf. In den Jahren davor näherten sich die Indexwerte von Italien, aber auch von Deutschland und Hessen dem europäischen Durchschnittswert an. 1997 betragen sie für Hessen noch 140 und für Deutschland 116 (2000: Hessen mit 135 und Deutschland mit 112).

Schlusslichter waren 2005 die osteuropäischen Staaten Lettland (47) und Polen (50), die nicht über die Hälfte des EU-Durchschnitts hinausgelangten, obwohl sie in den letzten Jahren ihren Rückstand stark verringern konnten. Auch die übrigen neu der EU beigetretenen Staaten belegten untere Plätze, wobei Zypern (85) und Slowenien (81) die besten Ergebnisse dieser Staaten erzielten.

**Hessen** behauptete sich unter Deutschlands Flächenländern ganz vorne zusammen mit Bayern (130) und noch vor Baden-Württemberg (124). Lediglich die Stadtstaaten Hamburg (185) und Bremen (148) wiesen einen höheren Indexwert auf.

<sup>2)</sup> Inzwischen gibt es revidierte Werte für Hessen. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit wurde jedoch auf einen älteren Datenstand zurückgegriffen.

## Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards 2005 (EU-25 = 100)



1) Prognose.

Quelle: Eurostat.





## Indikator 0-a2: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

Im Gegensatz zum statischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lässt sich die aktuelle Wirtschaftsdynamik besser an den Jahreswachstumsraten des BIP ablesen. Um Preisveränderungseffekte auszuschließen, werden hier die Wachstumsraten unter Verwendung von Angaben in Vorjahrespreisen betrachtet.

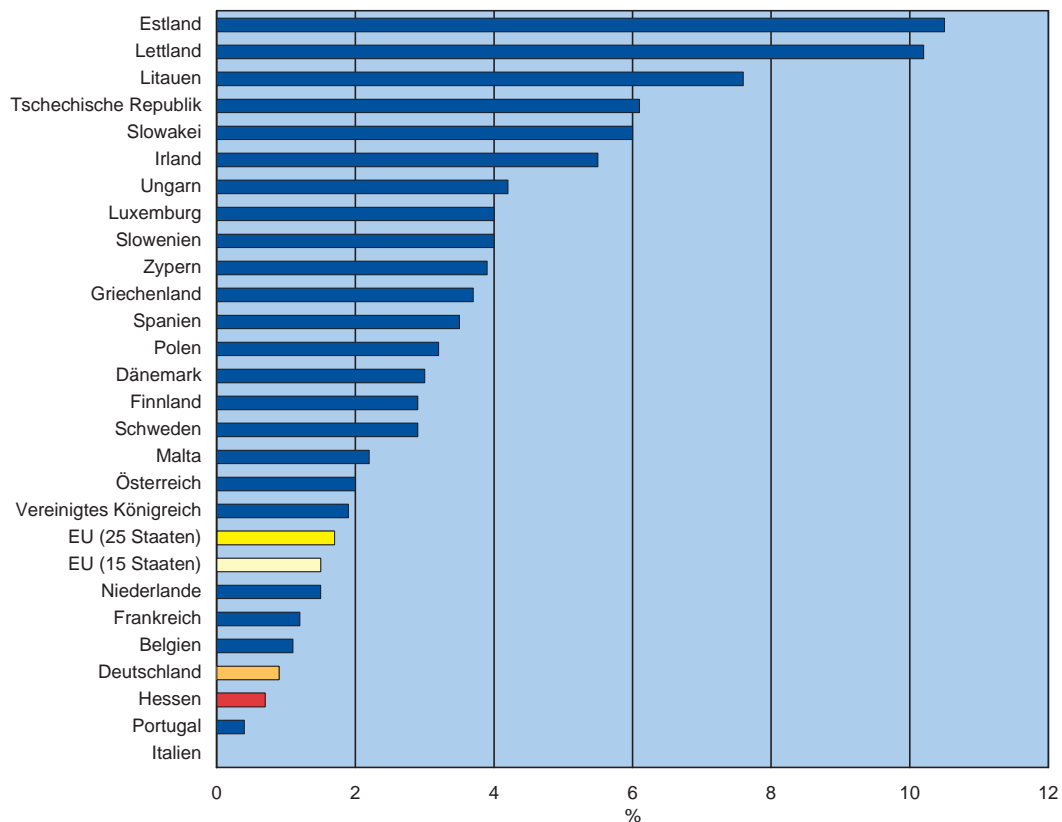
## In Deutschland und Hessen zuletzt bescheidene Wachstumsraten

Überaus hohe Quoten erreichten hierbei in den letzten Jahren die aufstrebenden Baltikumstaaten Estland (2005: + 10,5 %) und Lettland (+ 10,2 %), welche sich damit immer mehr aus den Fesseln der ehemaligen Planwirtschaft befreien. Geht diese stürmische Entwicklung kontinuierlich weiter, dürften sie in wenigen Jahren ebenso wie Litauen (+ 7,6 %) das Pro-Kopf-BIP-Niveau von Portugal erreichen. Auch die Tschechische Republik (+ 6,1 %) und Slowakei (+ 6,0 %) zeigten dynamische Entwicklungen. Die hohen Wachstumszahlen belegen, was für enorme Aufbauarbeiten die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes, ausgehend von einer niedrigen Ausgangsbasis, leisten.

Nachdem Irland noch in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts zweistellige Wachstumsraten erzielte, gingen diese 2005 auf immer noch beeindruckende + 5,5 % zurück. Die weltwirtschaftliche Rezession nach dem Jahrtausendwechsel drückte ihren Stempel gerade auf die großen Industrienationen, sodass in Deutschland im Jahr 2003 gar die gesamtwirtschaftliche Leistung zurückging (- 0,2 %). **Hessen** rutschte bereits ein Jahr zuvor in den Minusbereich (2002: - 1,6 %, 2003: - 0,3 %). 2004 konnten sich die großen Wirtschaftsmächte der G8 von der weltweiten Rezession etwas erholen. Deutschland (+ 1,2 %) gelangte ebenso wie Hessen (+ 1,0 %) wieder in die Pluszone. Für die europäischen G8-Staaten war 2005 jedoch wieder ein relativ schwaches Wachstumsjahr (Deutschland: + 0,9 %, Hessen: + 0,7 %, Vereinigtes Königreich: + 1,9 %, Frankreich: + 1,2 %, Italien: 0,0 %). Eine auffallend niedrige Wachstumsrate zeigte auch Portugal (2005: + 0,4 %), dessen Wirtschaft seit 2002 nur wenig wachsen konnte.

## Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr (in %)



Quelle: Eurostat.



## Indikator 0-b1: Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen

Bei der so genannten „Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen“ wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen (ohne Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten) in Beziehung gesetzt. Damit lässt sich der durchschnittliche Beitrag eines Erwerbstätigen zur volkswirtschaftlichen Produktion errechnen. Auch hier werden die Daten der EU-Staaten relativ zum EU-25-Durchschnitt = 100 ausgedrückt, um den Vergleich zwischen den Staaten zu erleichtern. Bei der zeitlichen Entwicklung gelten die gleichen Einschränkungen wie beim Indikator 0-a1 (S. 14).

## Hessens Arbeitsproduktivität EU-weit klar überdurchschnittlich

2005 entsprach die Länderrangfolge zum großen Teil derjenigen des ersten Indikators 0-a1 „BIP je Einwohner“ (S. 14), dennoch traten einige deutliche Abweichungen auf. Luxemburg war hier ebenso eindeutiger Spitzenreiter, auch wenn sein Indexwert von 161 wesentlich näher am EU-Durchschnitt liegt, was sich durch eine hohe Einpendlerzahl Luxemburgs erklären lässt. Belgien (128) erreichte den zweiten Platz noch vor Irland (127). Gut behaupteten sich auch Frankreich (119), Finnland, Italien und Niederlande (alle 108). Deutschland landete mit einem Indexwert von 101 (bei einem BIP von 53 710 KKS bzw. 57 899 Euro je Erwerbstätigen) knapp über dem EU-25-Durchschnitt, lag aber bereits unter dem EU-15-Durchschnitt von 106. Damit wies Deutschland unter allen vier europäischen G8-Mitgliedstaaten den

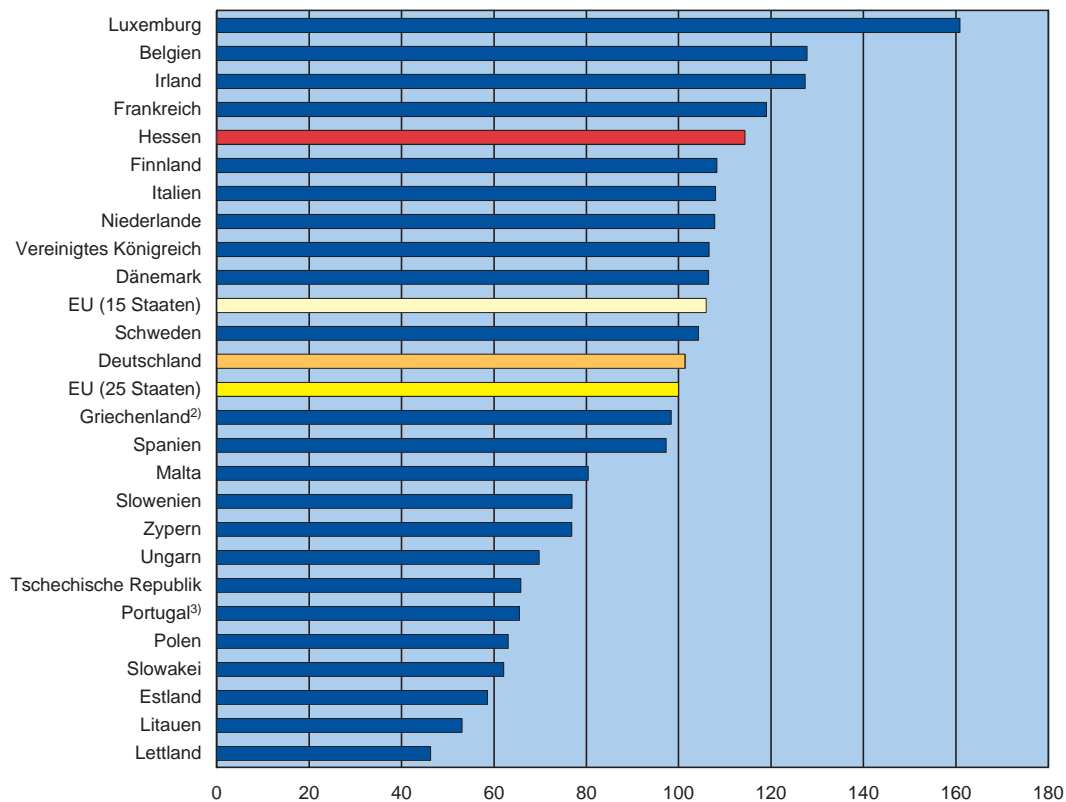
niedrigsten Wert auf. **Hessen** (bei einem BIP von 60 548 KKS bzw. 65 270 Euro je Erwerbstätigen<sup>3)</sup>) konnte auch hier Deutschland deutlich übertreffen und sich mit einem Indexwert von 114 hinter den EU-Vierten Frankreich setzen.

Die Baltikumstaaten Lettland (46), Litauen (53) und Estland (59) belegten die untersten Plätze. Alle drei nähern sich aber kontinuierlich dem EU-Durchschnitt an. Von den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten konnten immerhin fünf Staaten das EU-Gründungsmitglied Portugal (66) übertrumpfen.

<sup>3)</sup> Inzwischen gibt es revidierte Werte für Hessen. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit wurde jedoch auf einen älteren Datenstand zurückgegriffen.

## Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen 2005<sup>1)</sup>

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Kaufkraftstandards (EU-25 = 100)



1) Keine Angabe zu Österreich. — 2) Geschätzter Wert. — 3) Prognose.

Quelle: Eurostat.



## Indikator 0-b2: Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde

Um die Arbeitsproduktivität präziser als durch das vorherige Maß „Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen“ (S. 18) auszudrücken, kann das BIP auf tatsächlich geleistete Arbeitsstunden bezogen werden. Damit wird die Messung der Arbeitsproduktivität um Unterschiede in der Häufigkeit von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung bereinigt. Auch die durchschnittlichen effektiven Wochenarbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten beeinflussen das Maß „Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde“. Letztlich werden die Indexwerte des vorherigen Indikators um das Verhältnis „Arbeitsstunde je Erwerbstätigen“ modifiziert. Da die Datenbasis „BIP zu geleisteter Arbeitsstunde“ in einigen der zehn neuen EU-Staaten (EU-10) als noch nicht ausgereift angesehen wird, wird die Arbeitsproduktivität der einzelnen EU-Nationen mit dem Durchschnitt der fünfzehn „alten“ EU-Staaten (EU-15 = 100) verglichen.

### Hessen wie Frankreich EU-Vierter

Auch bei diesem Indikator führte Luxemburg im Jahr 2004 mit einem Indexwert von 153, gefolgt von Belgien (129). Auffällig ist, dass die Niederlande (117), die beim vorherigen Indikator „Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen“ (dort allerdings im Jahr 2005!) innerhalb der EU-15 lediglich im Mittelfeld lagen, sich der Verfolgergruppe um Irland (119) und Frankreich (118) anschlossen. Offensichtlich wies Niederlande einen relativ niedrigen Wert des Quotienten „Arbeitsstunde je Erwerbstätigen“ auf.

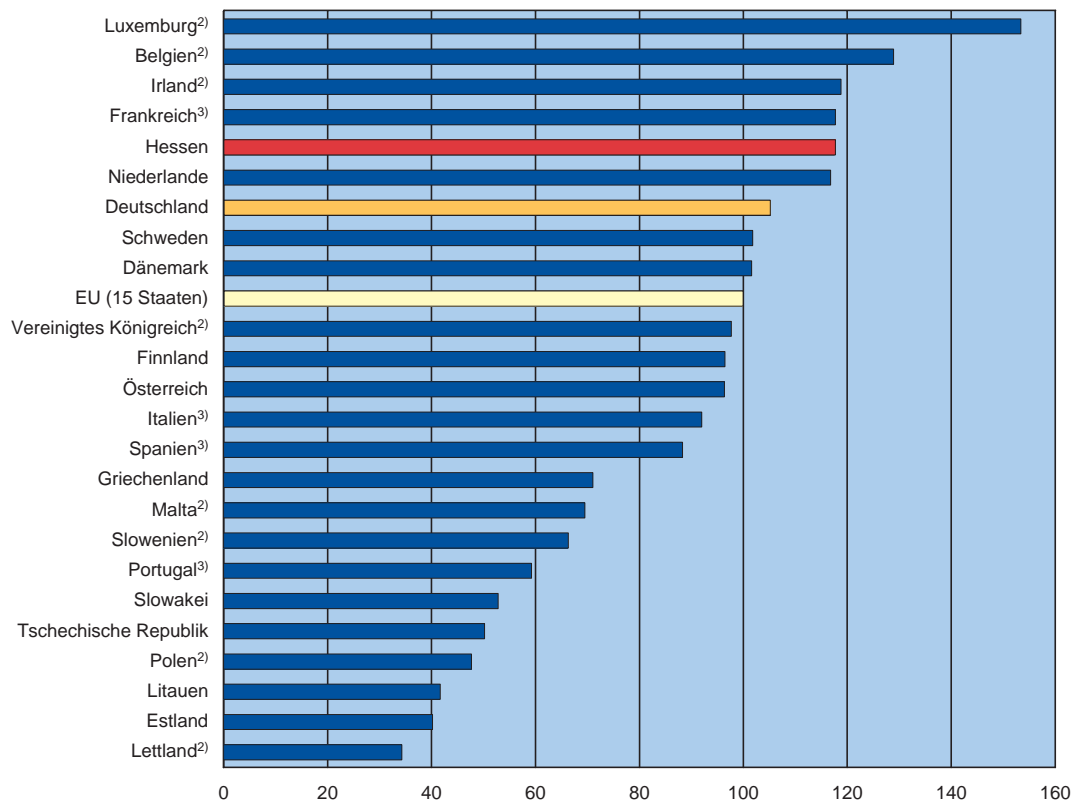
Mit Frankreich teilte **Hessen** den vierten Platz. Dabei hatte es ein BIP von 40,5 KKS bzw. 44,2 Euro je geleisteter Arbeitsstunde<sup>4)</sup>, welches einem Indexwert von 118 entspricht. Deutschland konnte im Gegensatz zum vorherigen Indikator, bei dem es innerhalb der EU-15 unter dem Durchschnitt landet, hier mit einem BIP von 36,3 KKS bzw. 39,6 Euro je Arbeitsstunde einen überdurchschnittlichen Indexwert von 105 erzielen. Die Indexwerte der osteuropäischen EU-10-Staaten wie Lettland (34), Estland (40) und Litauen (42) waren in diesem Zusammenhang deutlich niedriger als beim vorherigen Indikator, da sie am EU-15-Durchschnitt, in den ihre Werte nicht eingeflossen sind, gemessen wurden.

Staaten mit im Vergleich zur EU-15 überdurchschnittlichen, tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeiten von Vollzeitbeschäftigten wie Griechenland (2004, 2. Quartal: 44,1 Stunden) und Großbritannien (2004: 43,4 Std.) wiesen beim Vergleich des Indikators „Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde“ mit den entsprechenden Indizes des vorherigen Indikators „Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen“ (bezogen auf den EU-15-Durchschnitt!) tendenziell niedrigere Indexwerte auf. Umgekehrt waren diese bei Staaten mit unterdurchschnittlichen Wochenarbeitszeiten wie Niederlande (40,6 Std.), Dänemark (40,3 Std.) und auch Deutschland (41,3 Std.)<sup>5)</sup> tendenziell höher als die entsprechenden Indexwerte beim Indikator „Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen“.

4) Inzwischen gibt es revidierte Werte für Hessen. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit wurde jedoch auf einen älteren Datenstand zurückgegriffen. – 5) Quelle: Eurostat.

## Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde 2004<sup>1)</sup>

Bruttoinlandsprodukt je geleistete Arbeitsstunde in Kaufkraftstandards (EU-15 = 100)



1) Keine Angaben zu EU (25 Staaten), Ungarn und Zypern. — 2) Geschätzter Wert. — 3) Prognose.

Quelle: Eurostat.



## Indikator 0-c1: Beschäftigungswachstum

Als eines der wichtigsten Ziele der ursprünglichen Lissabonner Strategie im März 2000 galt das Erreichen einer Erwerbstätigenquote bzw. eines Anteils der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren von 70 % in allen Mitgliedstaaten im Jahr 2010. Da die Erwerbstätigenquote (aus der so genannten EU-Arbeitskräfteerhebung) in den meisten EU-Staaten zu diesem Zeitpunkt deutlich unterhalb dieser Zielmarke lag, wurde dem Beschäftigungswachstum eine zentrale Rolle zugesprochen. Deshalb ist der Indikator „Jährliche prozentuale Veränderung der Erwerbstätigenzahl“ im ersten Hauptbereich „Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund“ mit enthalten. Der Indikator basiert hier jedoch auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die EU-weit weitgehend standardisiert sind.

## 2005 abnehmende Erwerbstätigenzahl in Hessen und Deutschland

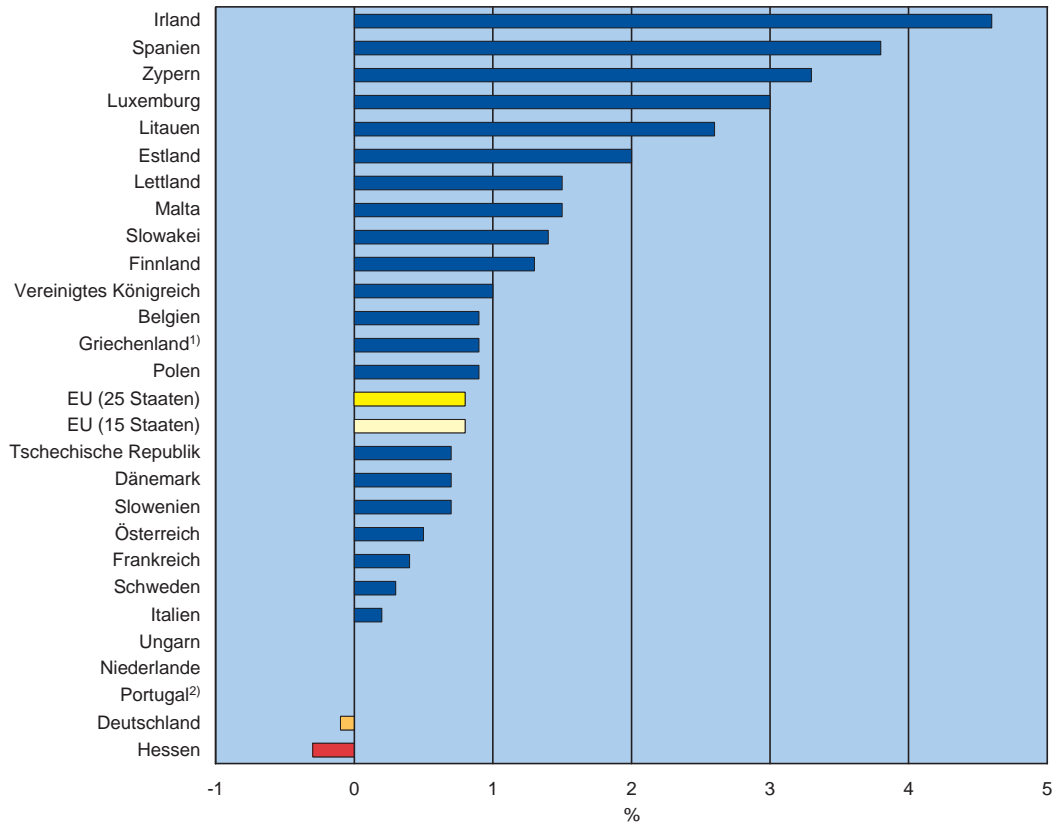
Ein Blick auf die Wachstumsraten zwischen 2000 und 2005 zeigt jedoch schnell, dass die hochgesteckten Erwartungen bis 2010 vielfach nicht erfüllt werden können. So verzeichneten im Jahr 2004 sieben EU-Staaten sogar negative Veränderungsraten.

Im Jahr 2005 erreichte die EU mit einer Wachstumsrate von + 0,8 % zwar den höchsten Beschäftigungszuwachs seit 2002, blieb jedoch unterhalb der Wachstumsquoten von über + 1 % zwischen 1997 und 2001. Nur noch ein EU-Staat wies einen Rückgang der Beschäftigung auf: Deutschland. Nachdem es 2004 noch ein vergleichsweise passables Ergebnis von + 0,4 % erzielte, rutschte es 2005 mit - 0,1 % in die Minuszone. In **Hessen** machte der Beschäftigungsrückgang im Jahr 2005 (- 0,3 %) die Vorjahreszunahme (2004: + 0,3 %) wieder zunichte. In den Niederlanden, Portugal und Ungarn stagnierte die Erwerbstätigenzahl im Jahr 2005. Spitzenreiter beim Beschäftigungswachstum war Irland (+ 4,6 %), gefolgt von Spanien (+ 3,8 %) und Zypern (+ 3,3 %).

Die niedrigen Wachstumsraten und Rückschläge bei anderen Indikatoren ließen die EU-Kommission im Februar 2005 in einem Aktionsprogramm die Ziele der Lissabonner Strategie modifizieren: Die im Jahr 2000 formulierte Zielvorgabe, bei der Erwerbstätigenquote nach der EU-Arbeitskräfteerhebung an die 70-Prozent-Marke zu gelangen, wird nicht mehr aufgeführt.

## Beschäftigungswachstum 2005 — insgesamt

Veränderung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr (in %)



1) Geschätzter Wert. — 2) Prognose.

Quelle: Eurostat.





## Indikator 0-d: Inflationsrate

Die Stabilität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) hängt u. a. von möglichst einheitlichen, niedrigen Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedstaaten ab. Sie gehören zu den so genannten Konvergenzkriterien der EWWU, der alle 25 EU-Staaten angehören.

Die Inflationsrate misst die jährliche durchschnittliche Veränderungsrate der harmonisierten Verbraucherpreisindizes (kurz: HVPI), wobei die indexierten Verbraucherpreise zum Jahr 2005 = 100 in Beziehung gesetzt werden. Die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt überwacht und beurteilt die Inflationsraten der EU-Staaten. Staaten, die sich noch der Eurozone anschließen wollen, müssen eine Inflationsrate aufweisen, die im letzten Jahr vor der Prüfung maximal 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten lag.

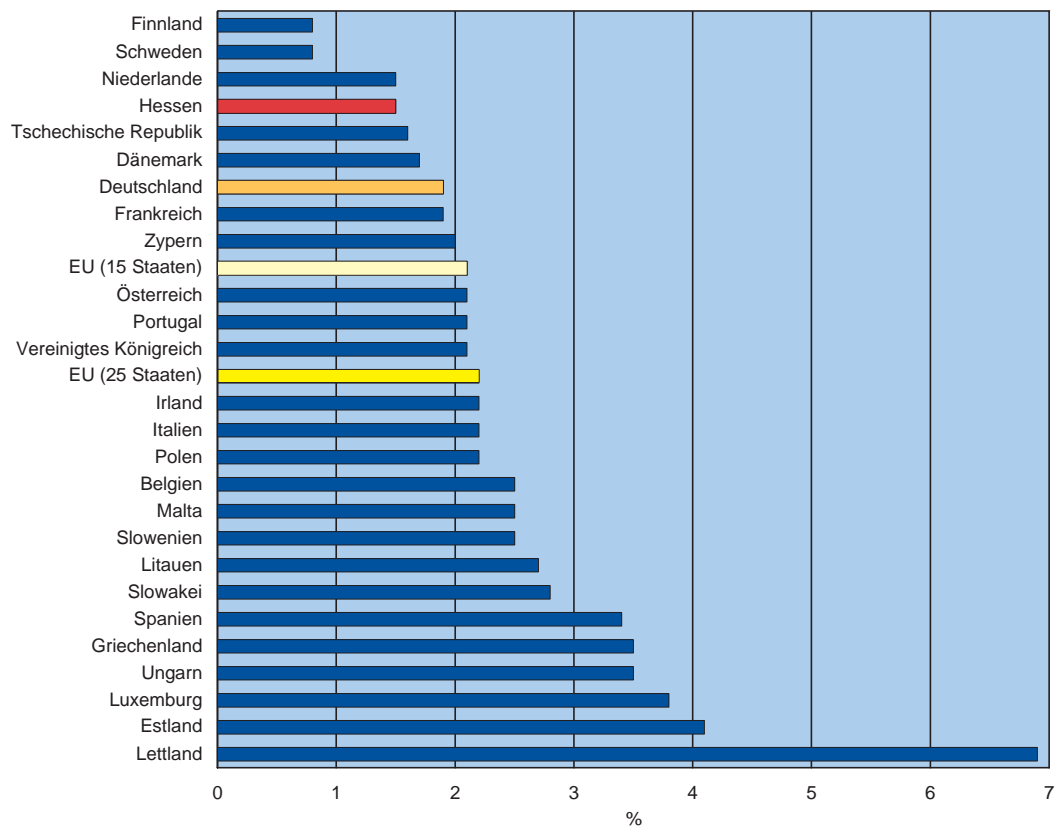
## Moderate Preissteigerung in Hessen

Im Jahr 2005 mussten Lettland (+ 6,9 %) und Estland (+ 4,1 %) auffallend hohe Inflationsraten verkraften. Über 3 % hinaus kamen auch Luxemburg (+ 3,8 %), Griechenland, Ungarn (beide + 3,5 %) und Spanien (+ 3,4 %). Die Preissteigerungsraten der meisten anderen EU-Staaten schwankten um moderate 2 %. Besonders niedrig und mit großem Abstand zur restlichen EU waren sie in den skandinavischen Staaten Finnland und Schweden mit jeweils 0,8 %.

Noch unterhalb des Durchschnitts der EU-25 mit einer Steigerungsrate von 2,2 % bzw. der EU-15 mit 2,1 % blieben die Werte in Deutschland (+ 1,9 %) und in **Hessen** (+ 1,5 %).

## Inflationsrate 2005

Veränderung der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes gegenüber dem Vorjahr (in %)



Quelle: Eurostat.



## Indikator 0-e: Reales Wachstum der Lohnstückkosten

Beim (realen) Wachstum der Lohnstückkosten handelt es sich um die Zuwachsrate des Verhältnisses von Arbeitnehmerentgelt (in jeweiligen Preisen) je Arbeitnehmer zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, der so genannten Arbeitsproduktivität. Es gibt also an, in welche Richtung sich die Relation zwischen dem durchschnittlichen Verdienst eines Arbeitnehmers und der Wertschöpfung, die aus seiner Arbeit resultiert, bewegt. Die Wachstumsrate dieses Verhältnisses vermittelt so einen Eindruck, wie sich die Beteiligung des Produktionsfaktors Arbeit an der Wertschöpfung entwickelt. Zu beachten ist, dass die im Zähler der Relation verwendeten Variablen (Arbeitnehmerentgelt, Arbeitnehmer) sich nur auf abhängig Beschäftigte, die sozialversicherungspflichtig sind, beziehen, während die Größen im Nenner (Bruttoinlandsprodukt, Erwerbstätige) auch selbstständige Arbeit berücksichtigen. Mit dieser Quotientenbildung enthalten die Lohnstückkosten als Quote auch kalkulatorische Unternehmerlöhne.

## EU-weit tendenziell abnehmender Anteil des Arbeitnehmerverdienstes an der Wertschöpfung

Die Indikatorbezeichnung „Wachstum der Lohnstückkosten“ täuscht leicht darüber hinweg, dass gegenwärtig in der EU der Anteil des Faktors Arbeit an der Wertschöpfung tendenziell abnimmt. Die durchschnittliche Lohnstückkostenwachstumsrate (Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr) der EU-25 bewegte sich seit 1996 nur in den Jahren 1999 bis 2001 mit jeweils + 0,2 % im positiven Bereich. Nachdem die

Rate im Jahr 2004 mit - 1,0 % gar auf den niedrigsten Wert seit 1996 fiel, lag sie 2005 bei - 0,7 %. Im Jahr 2005 wiesen 9 EU-Staaten positive Raten auf, wobei das Vereinigte Königreich mit + 1,7 % (Prognosewert) die höchste Zuwachsrate erreichte. An zweiter Stelle folgte Finnland mit + 1,4 % vor Irland und Italien (beide + 0,6 %). Am unteren Ende der Rangliste befanden sich die baltischen Staaten Estland (- 3,8 %), Lettland (- 3,1 %) und Litauen (- 2,3 %).

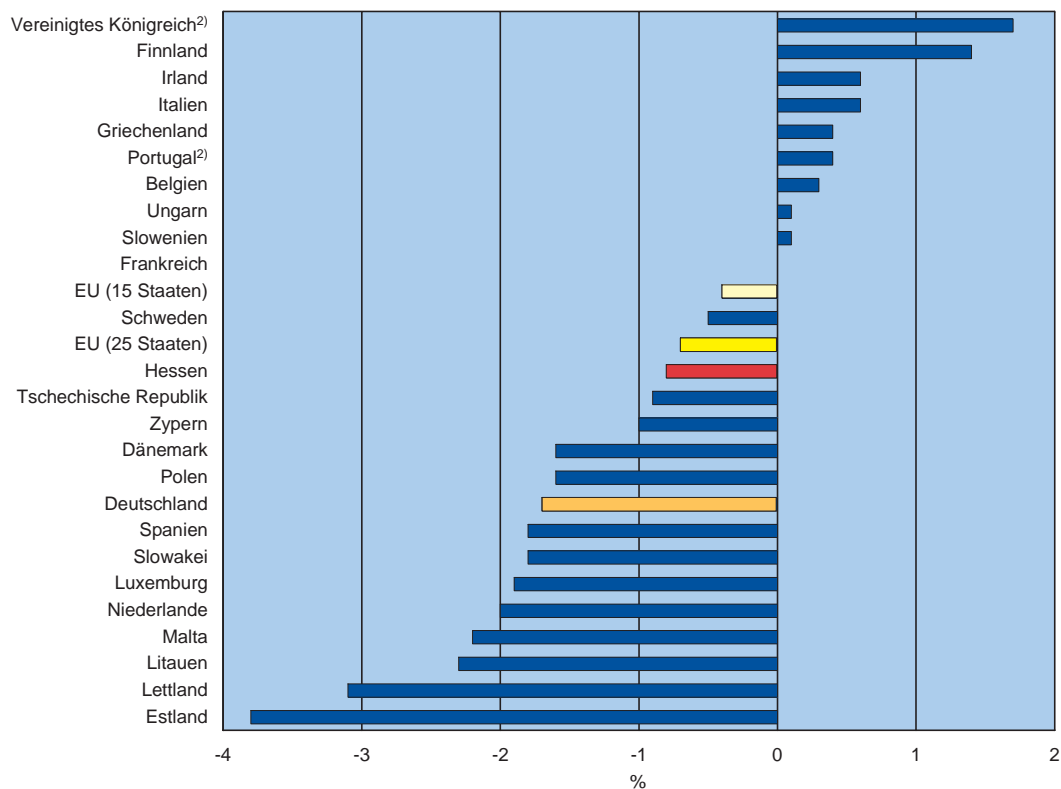
Deutschlands Veränderungsrate von - 1,7 % lag deutlich unterhalb des EU-25-Durchschnitts. Während die Veränderungsrate für Deutschland seit 2001 negative Vorzeichen aufwies, konnte **Hessen** seitdem im Jahr 2002 einen Zuwachs von + 0,6 % erzielen. Im Jahr 2005 lag die Zuwachsrate in Hessen bei - 0,8 %<sup>6)</sup>.

Es lässt sich also festhalten, dass die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte mit derjenigen der Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren nicht Schritt hielt.

<sup>6)</sup> Inzwischen gibt es revidierte Werte für Hessen. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit wurde jedoch auf einen älteren Datenstand zurückgegriffen.

## Reales Wachstum der Lohnstückkosten 2005<sup>1)</sup>

Veränderung des Verhältnisses "Entgelt (in jeweiligen Preisen) je Arbeitnehmer" zum "Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen" gegenüber dem Vorjahr (in %)



1) Keine Angabe zu Österreich. — 2) Prognose.

Quelle: Eurostat.



## Indikator I-1.a: Erwerbstätigenquote

Die EU-Politik räumt der komplexen Thematik „Beschäftigung“ neben dem wirtschaftlichen Wachstum oberste Priorität ein. Bereits im Vorfeld der Lissabonner Strategie rief sie auf dem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg 1997 die so genannte Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) ins Leben, die seitdem mehrmals überarbeitet und stärker mit der Lissabonner Strategie verbunden wurde. Übergreifendes Ziel aller beschäftigungspolitischer Maßnahmen ist dabei die Vollbeschäftigung. Gemäß der zentralen Stellung der Beschäftigungspolitik sind ihr mehrere Strukturindikatoren zugeordnet und zum Hauptbereich „Beschäftigung“ zusammengefasst.

Die Erwerbstätigenquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl erwerbstätiger Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Bevölkerung derselben Altersklasse. Dabei bezieht sich dieser Indikator auf die EU-Arbeitskräfteerhebung, die in Deutschland im Rahmen der Mikrozensus-Stichprobenerhebung jährlich durchgeführt wird.

### Hessens Erwerbstätigenquote über dem EU-25-Durchschnitt

Als erstrebenswert wird allgemein das Annähern der Erwerbstätigenquote an die 70%-Marke erachtet. Über diese Marke hinaus gelangten im Jahr 2005 innerhalb der EU-25 nur die 4 folgenden EU-Staaten: Dänemark (76 %), Nieder-

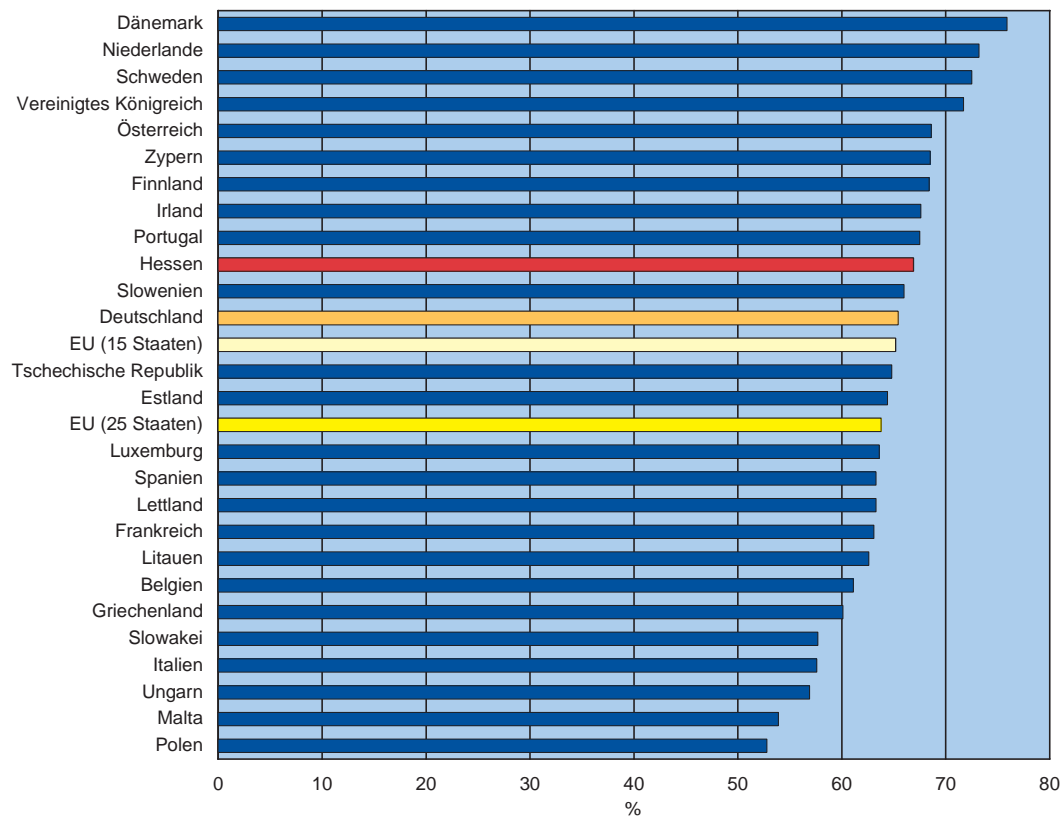
lande, Schweden (beide 73 %) und das Vereinigte Königreich (72 %). Ein Großteil der EU-Nationen erreichte lediglich Beschäftigungsquoten zwischen 60 und 70 %. Darunter fällt auch Deutschland mit 65 %, das leicht über dem EU-25-Durchschnitt von 64 % lag. Etwas besser schnitt **Hessen** mit 67 % ab.

Die fünf EU-Staaten Polen (53 %), Malta (54 %), Ungarn (57 %), Italien und Slowakei (beide 58 %) kamen nicht über 60 % hinaus. Das kann jedoch nicht nur eine hohe Arbeitslosenquote wie im Falle Polens erklären. Es könnte u. a. auch an der Tatsache liegen, dass in Staaten mit traditionellen, familiären Rollenverteilungen wie Malta und Italien die Frauen relativ schwach im Erwerbsleben integriert sind; so waren bei den Frauen die Erwerbstätigenquoten von Malta (34 %) und Italien (45 %) im Jahr 2005 am niedrigsten. Umgekehrt lagen die skandinavischen Staaten Dänemark (72 %) und Schweden (70 %) mit modernen Familienstrukturen in der Rangliste ganz vorne. Auch Deutschland und **Hessen** (beide 60 %) bewegten sich deutlich über dem EU-25-Durchschnitt von 56 %.

Bei den Männern rangierten Niederlande und Dänemark mit jeweils 80 % ganz vorne. Deutschland landete auf dem EU-25-Durchschnitt von 71 %. Davon konnte sich **Hessen** (74 %) um 3 Prozentpunkte nach oben abheben.

## Erwerbstätigenquote 2005 — insgesamt

Anteil der 15—64-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)

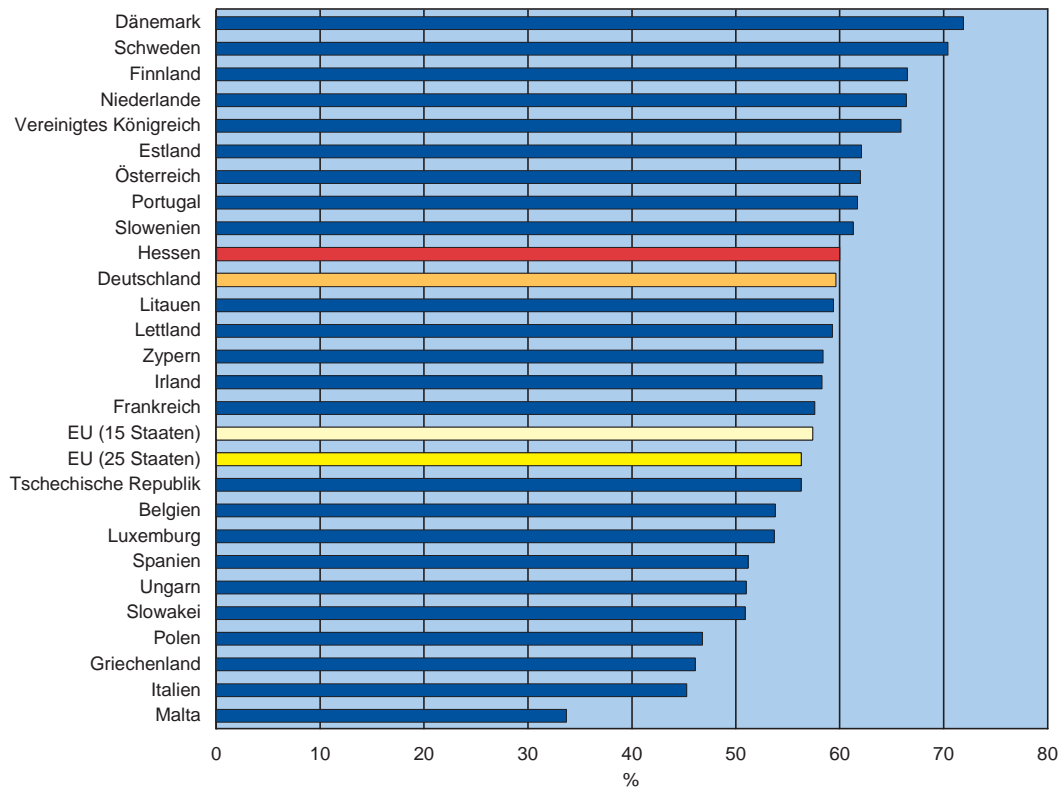


Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Erwerbstätigenquote 2005 — weiblich

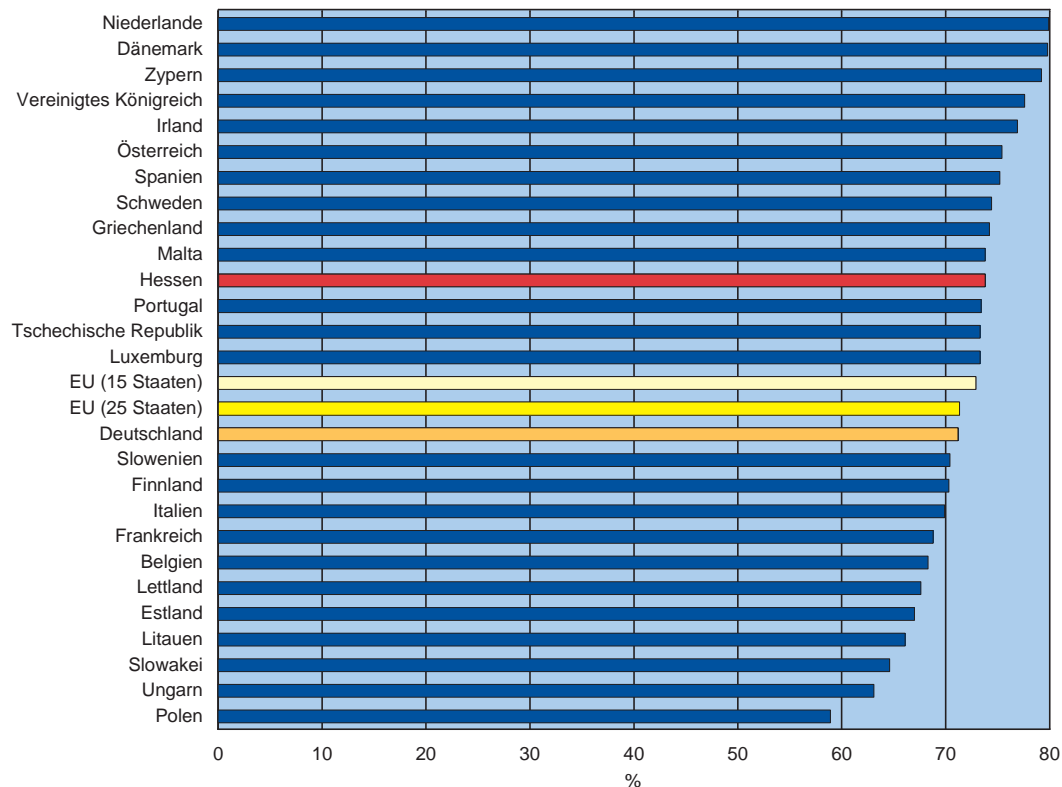
Anteil der 15—64-jährigen erwerbstätigen Frauen an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

## Erwerbstätigenquote 2005 — männlich

Anteil der 15—64-jährigen erwerbstätigen Männer an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.





## Indikator I-1.b: Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger

Vielfach sind Menschen im fortgeschrittenen Alter bereits vor dem normalen Renteneintrittsalter vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Vor dem Hintergrund des zu erwartenden demografischen Wandels nimmt die Bedeutung einer stärkeren Beschäftigung von älteren Erwerbsfähigen zu, wenn die Sozialsysteme auch bei einer alternden Gesellschaft finanzierbar bleiben sollen. Wegen der relativ geringen Beteiligung von älteren Menschen am Erwerbsleben nahm die Europäische Kommission die „Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger“ mit in die Liste der Strukturindikatoren auf. Diese Erwerbstätigenquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren durch die Bevölkerung gleichen Alters.

### Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger deutlich niedriger als bei den Erwerbstätigen insgesamt

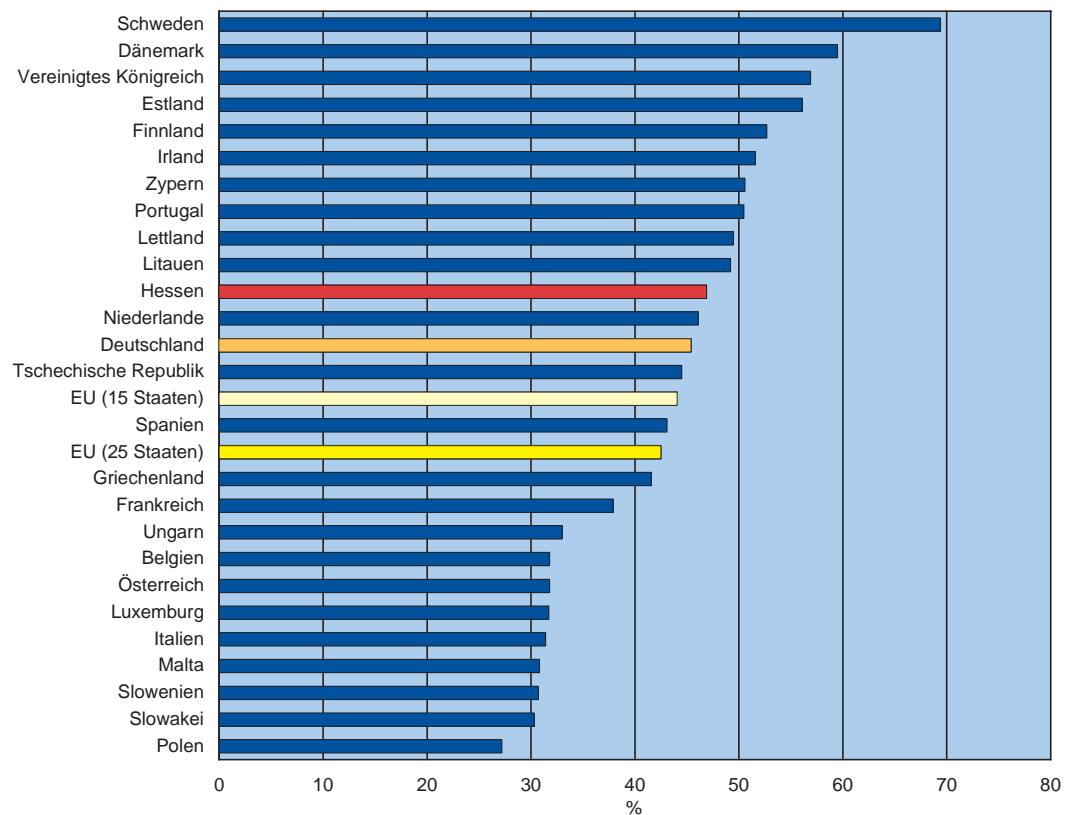
Der EU-25-Durchschnitt der Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger lag im Jahr 2005 mit 43 % um rund 21 Prozentpunkte unterhalb des Durchschnitts der entsprechenden Quote bei den 15- bis 64-Jährigen (64 %, siehe vorheriger Indikator auf S. 30). Zu beachten ist, dass sich die verbreitete Beschäftigungslosigkeit der 55- und 64-Jährigen nicht nur durch Arbeitslosigkeit, sondern daneben auch durch Faktoren wie Höhe des normalen Renteneintrittsalters, Frührente, Berufsinvalidität etc. erklären lassen. Dennoch vermittelt die niedrige Erwerbstätigenquote, wie sehr die ältere Generation vom Erwerbsleben ausgeschlossen ist.

Extrem niedrig fällt die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in Polen (27 %) aus, wo das normale Renteneintrittsalter für Frauen bei 55 und für Männer bei 58 Jahren liegt. 2005 überschritten Slowakei (30 %), Slowenien, Malta und Italien (alle 31 %) noch knapp die 30%-Marke. Deutschland landete mit 45 % über dem Durchschnitt sowohl der EU-25 (43 %) als auch der EU-15 (44 %). **Hessen** erreichte sogar eine Quote von 47 %. Mit enormem Abstand zum zweitplatzierten Dänemark (60 %) rangierte Schweden mit 69 % an erster Stelle der EU-Staaten. Dritter wurde das Vereinigte Königreich mit 57 %.

Wie zu erwarten, ist die Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen. Der EU-25-Durchschnitt bei den Männern lag 2005 mit 52 % um 18 Prozentpunkte höher als bei den Frauen mit 34 %. Oberhalb des jeweiligen EU-25-Durchschnitts bewegten sich auch die Werte beider Geschlechter sowohl in Deutschland (weiblich: 38 %, männlich: 54 %) als auch in **Hessen** (weiblich: 37 %, männlich: 56 %). Auffallend ist, dass die geschlechtsspezifischen Erwerbstätigenquoten des insgesamt erstplatzierten Schweden relativ nahe beieinander liegen (weiblich: 67 %, männlich: 72 %). Ähnlich wie in Finnland (beide Geschlechter: 53 %) sind dort selbst ältere Frauen gemäß der modernen Einstellung zur familiären Rollenverteilung stärker im Erwerbsleben eingebunden. Umgekehrt weisen EU-Staaten mit eher traditionellen Familienwerten besonders niedrige Erwerbstätigenquoten älterer Frauen auf: Malta (12 %), Slowakei (16 %), Slowenien (19 %) und Polen (20 %).

## Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger 2005 — insgesamt

Anteil der 55—64-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)

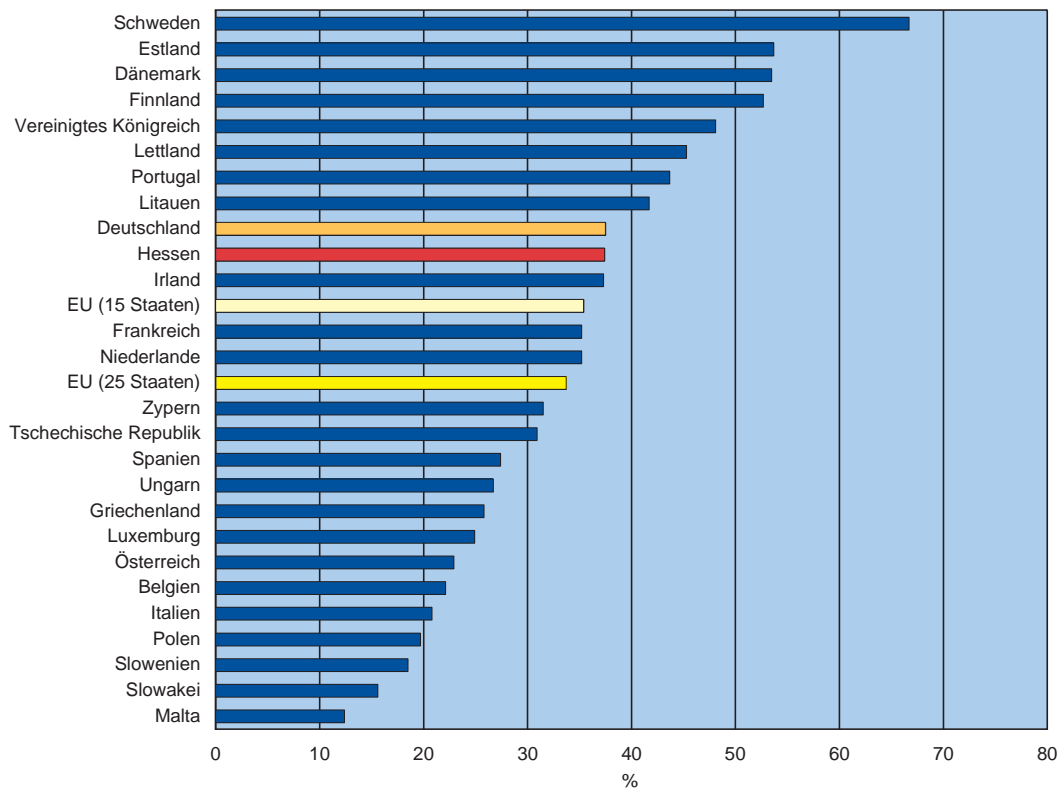


Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger 2005 — weiblich

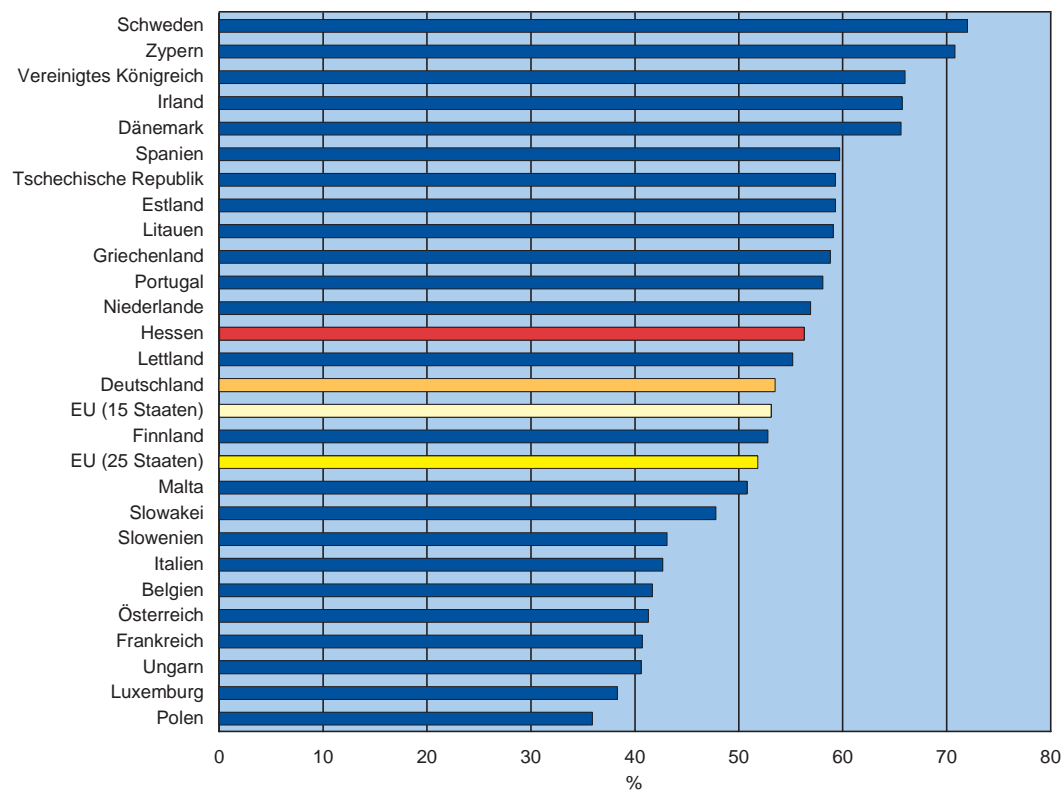
Anteil der 55—64-jährigen erwerbstätigen Frauen an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

## Erwerbstätigenquote älterer Erwerbstätiger 2005 — männlich

Anteil der 55—65-jährigen erwerbstätigen Männer an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Indikator I-5: Lebenslanges Lernen (Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen)

Unter den Bedingungen einer sich technologisch und gesellschaftlich immer schneller verändernden Welt ist eine ständige Anpassung der Arbeitsfertigkeiten und Qualifikationen von Arbeitnehmern an die jeweiligen Umstände erforderlich. Diesem Ziel widmen sich die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen bei bereits im Erwerbsalter stehenden Personen, was hier als „Lebenslanges Lernen“ bezeichnet wird. Der entsprechende Strukturindikator bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die innerhalb eines Zeitraums von vier Wochen vor der EU-Arbeitskräfteerhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben, und gibt den Anteil dieser Personen an der Bevölkerung der gleichen Altersgruppe an. Dabei ist es unerheblich, ob sie überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgingen.

## Bedeutung der Aus- und Weiterbildung im fortgeschrittenen Alter nimmt zu

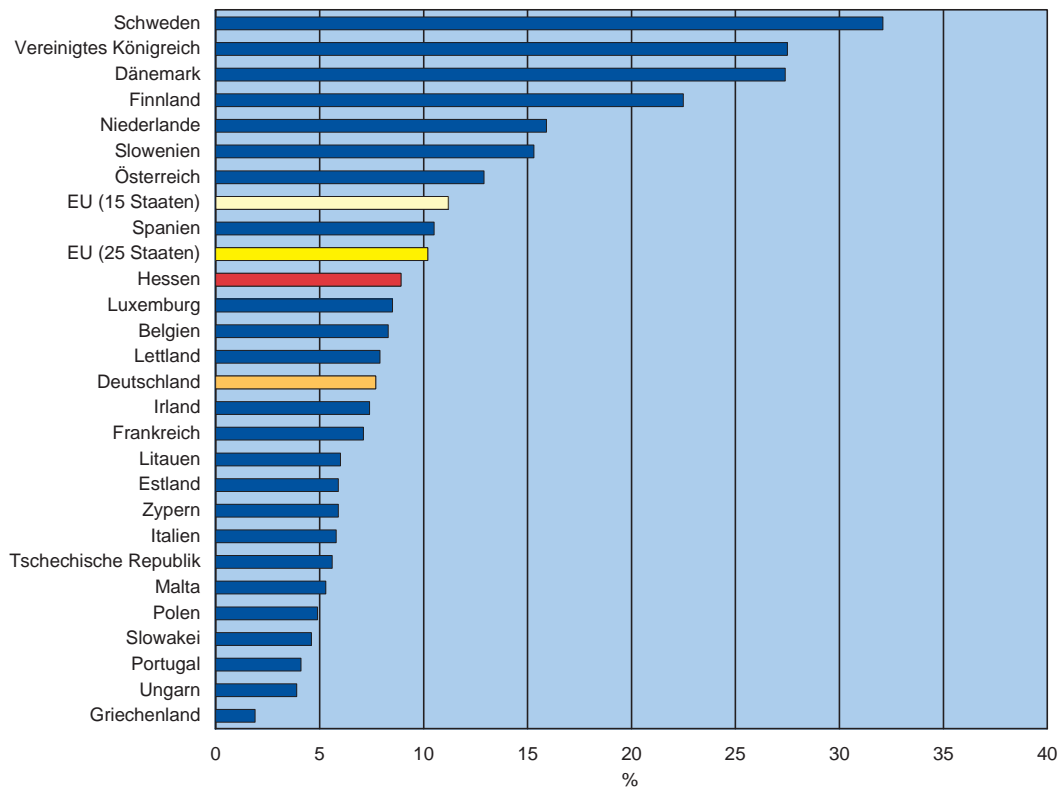
Die Werte innerhalb der EU-25 klafften im Jahr 2005 recht weit auseinander, wobei der Durchschnitt bei 10 % lag. Das letztplatzierte Griechenland wies einen Wert von lediglich knapp 1,9 % auf. Am anderen Ende der Rangliste stand Schweden (32 %), wo fast jeder Dritte zur Teilnahme an einer

Ausbildungsmaßnahme motiviert werden konnte. Darauf folgten das Vereinigte Königreich (28 %) und die Staaten Dänemark (27 %) sowie Finnland (23 %). Bereits mit großem Abstand folgten Niederlande (16 %), Slowenien (15 %) und Österreich (13 %) auf den Plätzen 5, 6 und 7. Bei diesem Indikator konnten Deutschland (7,7 %) und **Hessen** (8,9 %) kaum mithalten, auch wenn deren Anteile in den letzten Jahren eine leicht steigende Tendenz aufwiesen. 1999 betrug sie in Deutschland noch 5,5 % und in Hessen 5,8 %, 2002 in Deutschland bereits 5,8 % und in Hessen 6,6 %.

Bei diesem Indikator bestehen zwischen den Geschlechtern nur leichte Unterschiede. In den einzelnen EU-Staaten war der Anteil der an einer Ausbildung Teilnehmenden im Jahr 2005 wie auch in den Jahren zuvor bei den Frauen (EU-25: 11 %) meistens höher als bei den Männern (EU-25: 9,4 %). Lediglich in zwei Staaten kehrte sich das Verhältnis um: Malta (weiblich: 4,5 %, männlich: 6,1 %) und Deutschland (weiblich: 7,4 %, männlich: 8,0 %). Auch in **Hessen** lag die Teilnahmequote der Männer mit 9,0 % leicht über dem entsprechenden Wert bei den Frauen von 8,8 %. Bei beiden Geschlechtern war Schweden (weiblich: 37 %, männlich: 28 %) Spitzenreiter. An zweiter Stelle lagen bei den Frauen das Vereinigte Königreich (32 %) und bei den Männern Dänemark (24 %).

## Lebenslanges Lernen 2005 — insgesamt

Anteil der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25—64 Jahren an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)

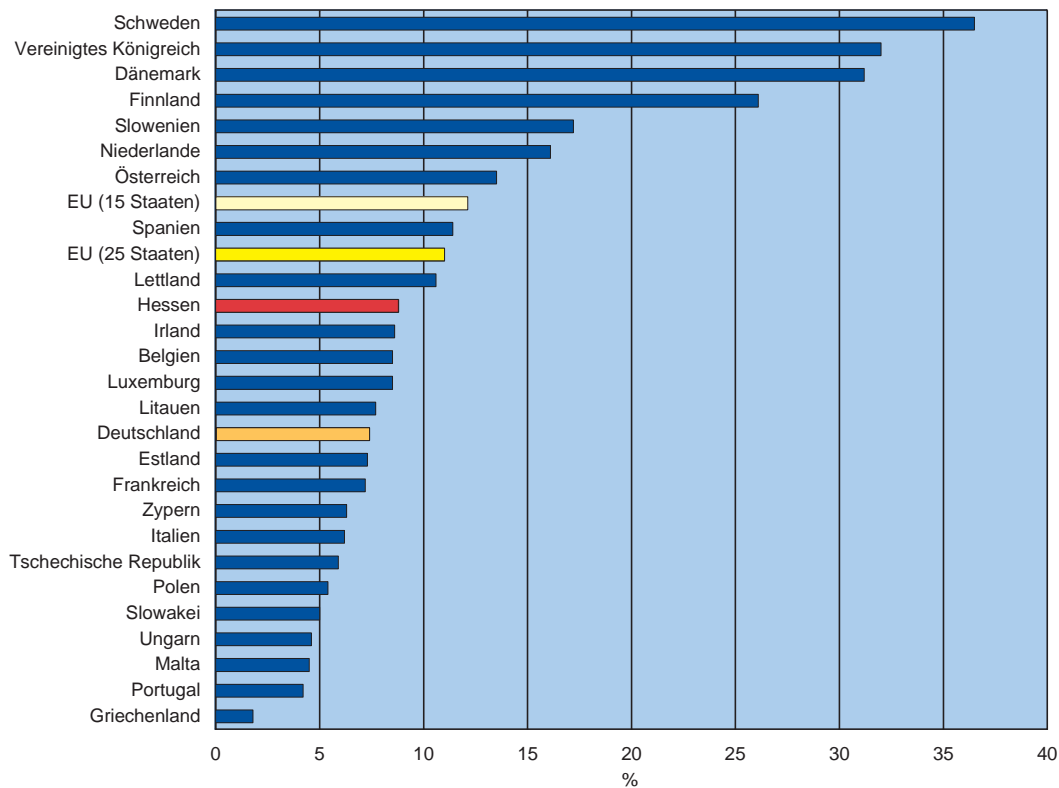


Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Lebenslanges Lernen 2005 — weiblich

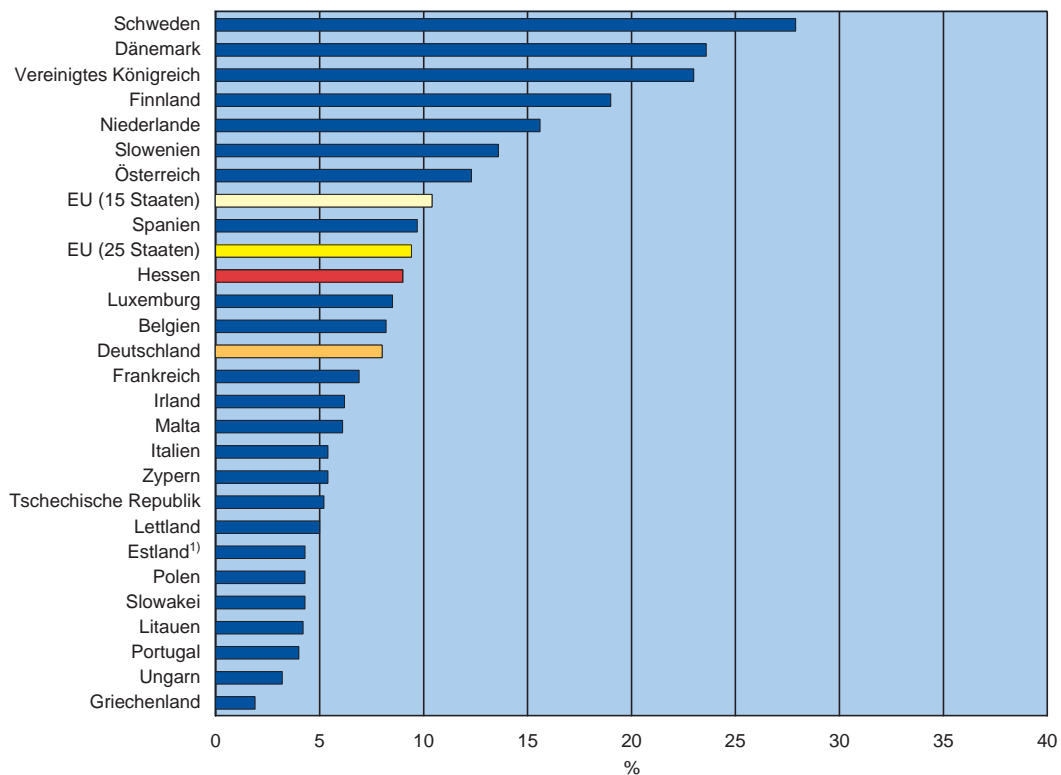
Anteil der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Frauen im Alter von 25—64 Jahren an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

## Lebenslanges Lernen 2005 — männlich

Anteil der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Männer im Alter von 25—64 Jahren an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



1) Unzuverlässiger oder ungewisser Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.





## Indikator I-6.1: Schwere Arbeitsunfälle

Gewiss gibt es in gegenwärtiger Zeit nicht mehr so häufig ernsthafte Arbeitsunfälle wie zu Beginn des Industriezeitalters im 19. Jahrhundert. Dennoch passieren auch in einer – heute vorherrschenden – Dienstleistungsgesellschaft schwere Arbeitsunfälle. Ziel aller Arbeitssicherheitsmaßnahmen ist die Senkung der Häufigkeit dieser Zwischenfälle. Ein entsprechender Indikator misst die Anzahl schwerer Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätiger im Zeitablauf, und zwar als Messzahl mit Bezug auf 1998 = 100. Dabei wird ein schwerer Arbeitsunfall definiert als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden und zu einem Arbeitsausfall von mehr als drei Tagen führt. Arbeitswegunfälle oder Berufskrankheiten fallen nicht darunter.

### Zahl der Arbeitsunfälle auch in Hessen rückläufig

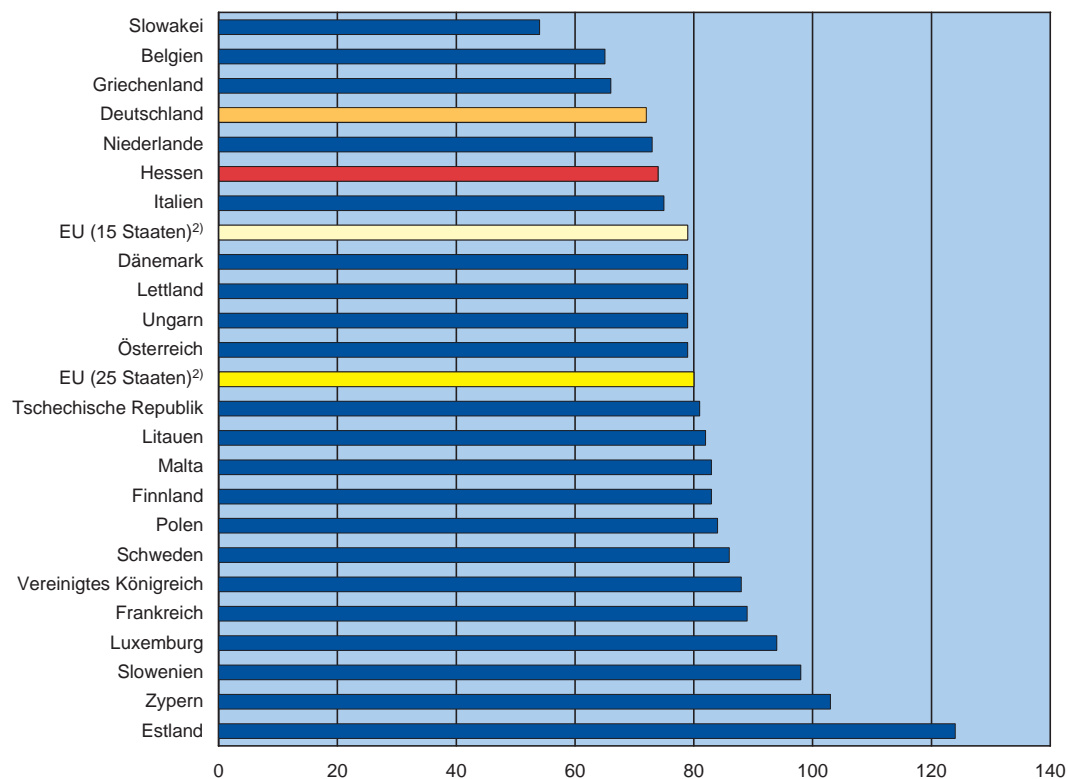
In der EU-25 ging dieser Indikator ausgehend vom Basiswert 100 im Jahr 1998 kontinuierlich auf 80 im Jahr 2004 zurück, d. h. die Zahl der schweren Arbeitsunfälle – bezogen auf 100 000 Erwerbstätige – nahm in diesem Zeitraum um 20 %

ab. Am stärksten sank der Indexwert in der Slowakei (2004: 54), gefolgt von Belgien (65), Griechenland (66) und Deutschland (72). **Hessen** kam auf 74 bei einer absoluten Unfallzahl von 54 500. Im Jahr 1998 gab es in Hessen noch 72 900 Unfälle. Lediglich in zwei EU-Staaten ist eine Zunahme des Verhältnisses „Schwere Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätige“ zu verzeichnen, wobei hier neben Zypern (103) v. a. Estland negativ auffällt, da dort seit 1998 ein Anstieg um 24 % (Messzahl 2004: 124) registriert wurde.

Während die Messzahl im Durchschnitt der EU-25 bei den Frauen im gleichen Zeitraum lediglich auf 91 sank, ging der entsprechende Wert bei den Männern auf 82 zurück. Zwar nahmen bei den Frauen die Indexwerte einiger Staaten sehr stark ab, insbesondere in der Slowakei (62) und Griechenland (65), aber auch in Deutschland (78) und **Hessen** (79); gleichzeitig fand jedoch in drei Staaten eine Zunahme statt. Bei den Männern erfuhren die Slowakei (52) und Belgien (65) den stärksten Rückgang. Auch Deutschland und Hessen (beide 74) konnten hier Erfolge verbuchen.

**Schwere Arbeitsunfälle 2004<sup>1)</sup> — insgesamt**

Schwere Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätiger (Messzahlen, 1998 = 100)



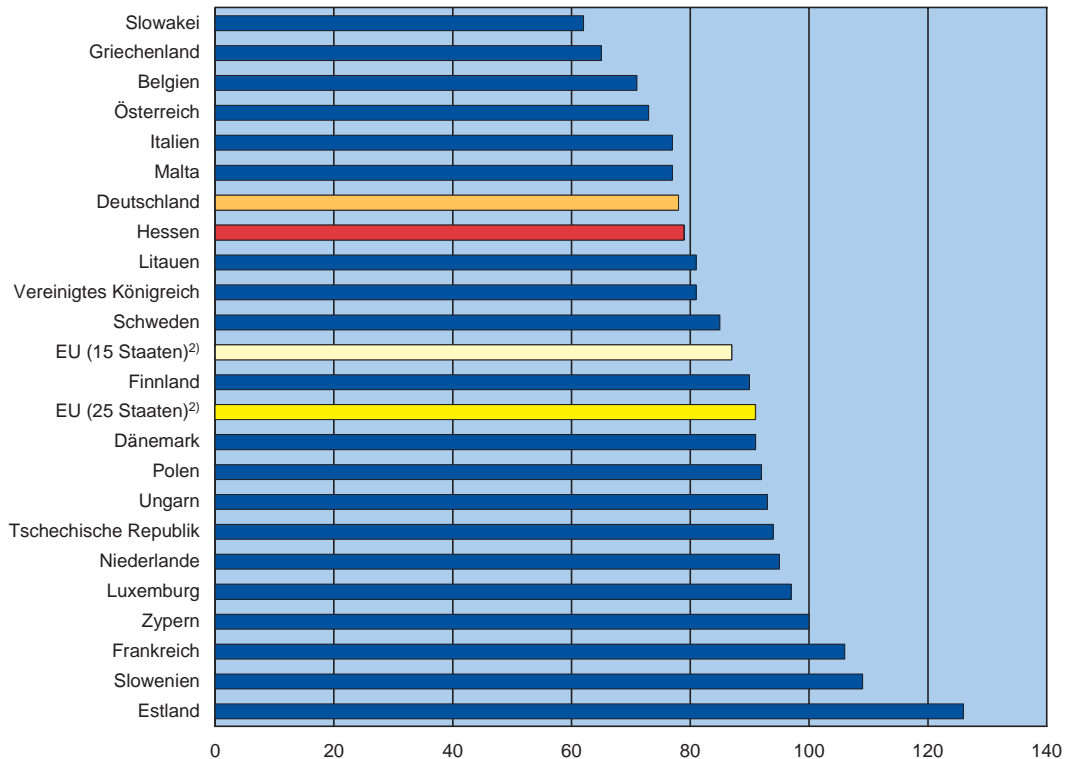
1) Keine Angaben zu Irland, Portugal und Spanien. — 2) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, eigene Berechnungen.



## Schwere Arbeitsunfälle 2004<sup>1)</sup> — weiblich

Schwere Arbeitsunfälle von Frauen je 100 000 erwerbstätiger Frauen (Messzahlen, 1998 = 100)

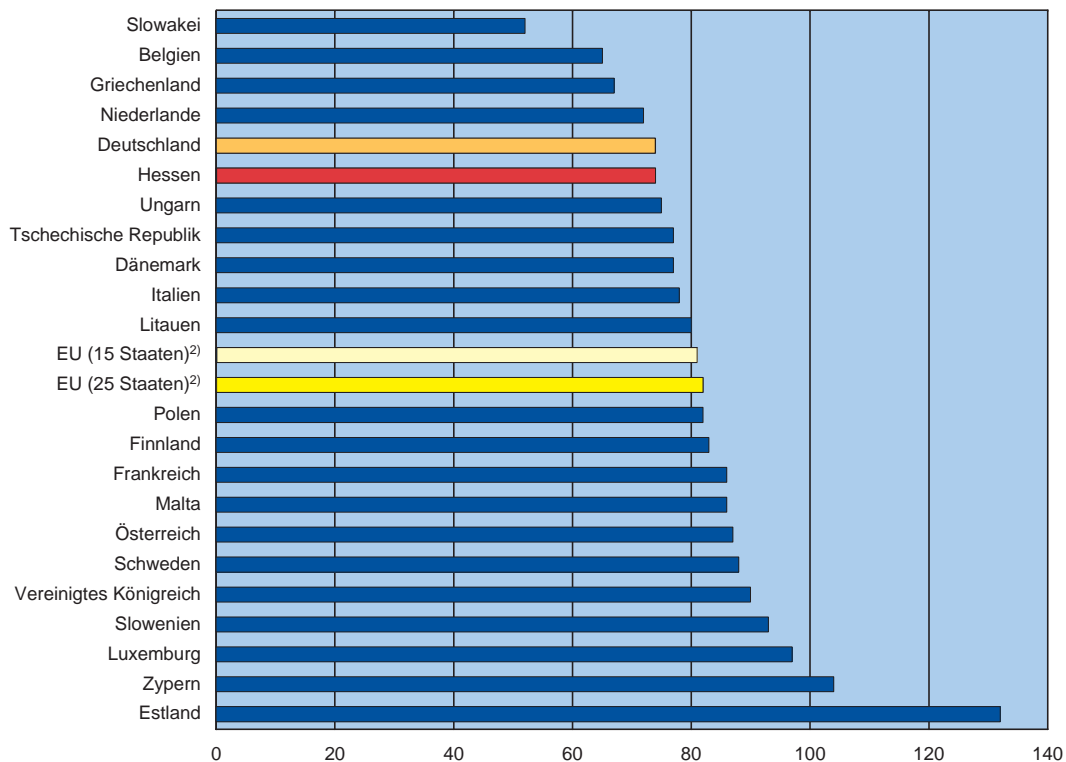


1) Keine Angaben zu Irland, Lettland, Portugal und Spanien. — 2) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, eigene Berechnungen.

**Schwere Arbeitsunfälle 2004<sup>1)</sup> — männlich**

Schwere Arbeitsunfälle von Männern je 100 000 erwerbstätiger Männer (Messzahlen, 1998 = 100)



1) Keine Angaben zu Irland, Lettland, Portugal und Spanien. — 2) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, eigene Berechnungen.



## Indikator I-6.2: Tödliche Arbeitsunfälle

Der Indikator „Tödliche Arbeitsunfälle“ erweitert die Thematik des vorherigen Indikators „Schwere Arbeitsunfälle“ (S. 40) um die besonders folgenschweren Zwischenfälle mit tödlichem Ausgang, die relativ selten anfallen: So kam in **Hessen** auf etwa jeden 1200. (schweren) Arbeitsunfall der letzten 7 Jahre (1998–2004) ein tödlicher Unfall. Ähnlich wie beim Indikator „Schwere Arbeitsunfälle“ misst dieser Indikator die Zahl der Arbeitsunfälle mit Todesfolge bezogen auf 100 000 Erwerbstätige, und zwar als Messzahl mit dem Basisjahr 1998 = 100. Dabei entfällt hier eine Unterscheidung nach dem Geschlecht.

## EU-weit seit 1998 kontinuierlich sinkende Indikatorwerte

Da die Todesfälle vergleichsweise selten anfallen, ist bei diesem Indikator in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie auch in **Hessen** eine stärkere Schwankung als beim Indikator „Schwere Arbeitsunfälle“ im Zeitablauf zu erkennen. Eine statistische Auswertung ist hier problematisch, da Tendenzen möglicherweise auf Grund der erfreulicherweise geringen Fallzahl dem Zufall unterliegen. Dennoch ist sowohl für die EU-25 als auch für die EU-15 eine kontinuierliche Abnahme der Messzahlen seit 1998 auf 78 in der EU-25 bzw. 77 in der EU-15 im Jahr 2004 feststellbar. Lediglich in drei Mitgliedstaaten gingen die Indikatorwerte zuletzt über 100 hinaus: Litauen (113), Österreich (104) und Finnland (102).

In Deutschland veränderte sich das Verhältnis „Tödliche Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätige“ seit 1998 nur schwach, wobei im Jahr 2001 das Minimum von 89 und im Folgejahr 2002 das Maximum von 112 zu verzeichnen waren. Im Jahr 2004 wurde ein Indikatorwert von 98 erreicht.

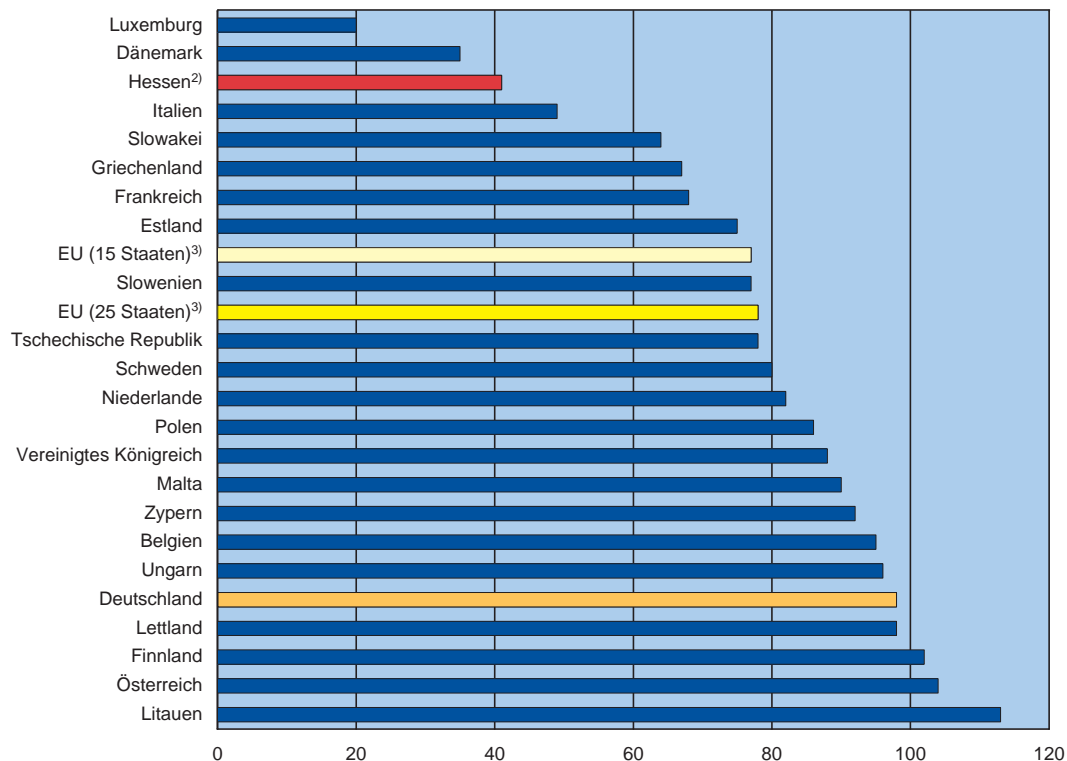
Bei 29 Arbeitsunfällen mit Todesfolge unter 2,7 Mill. Erwerbstätigen verzeichnete **Hessen** im Jahr 2004 lediglich einen Indikatorwert von 41, womit der mit Abstand niedrigste Wert im genannten Beobachtungszeitraum erzielt wurde. Das Maximum von 103 entfiel auf das Jahr 1999, als 73 Todesfälle registriert wurden. Im Basisjahr 1998 (Indikatorwert 100) gab es 70 Todesfälle<sup>7)</sup>.

Die stärksten Rückgänge konnten Luxemburg (auf 20 im Jahr 2004) und Dänemark (auf 35) für sich verbuchen. Niedrige Werte erreichten auch Italien (49) und die Slowakei (64).

<sup>7)</sup> Auf Grund geringer Fallzahlen unterliegen die Indikatorwerte in Hessen größeren Schwankungen.

**Tödliche Arbeitsunfälle 2004<sup>1)</sup>**

Tödliche Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätiger (Messzahlen, 1998 = 100)



1) Keine Angaben zu Irland, Portugal und Spanien. — 2) Auf Grund geringer Fallzahlen unterliegen die Indikatorwerte in Hessen größeren Schwankungen. — 3) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, Daten für Hessen: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, eigene Berechnungen.



## Indikator I-7: Erwerbslosenquote

Regelmäßig vernimmt die Bevölkerung Deutschlands in den Nachrichten die aktuellsten Arbeitslosenquoten der Bundesagentur für Arbeit. Besser geeignet für einen internationalen Vergleich der Arbeitsmarktsituation sind jedoch Arbeitsmarktstatistiken nach dem einheitlichen Konzept der ILO (International Labour Organisation). Der Indikator „Erwerbslosenquote“ ergibt sich als Anteil der Erwerbslosen von 15 bis 74 Jahren an der Erwerbsbevölkerung, die sich aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammensetzt. Als Erwerbsloser gilt eine Person, die während der Berichtswoche ohne Arbeit, für eine Beschäftigung verfügbar und auch aktiv auf Arbeitssuche war. Als Quelle wird hier hauptsächlich die EU-Arbeitskräfteerhebung (EU-AKE) herangezogen.

### Arbeitsmarktlage in Deutschland und Hessen kritisch

Im Jahr 2005 betrug der EU-25-Durchschnitt 8,8 %. Dieser Wert war in der EU-15 um knapp 1 Prozentpunkt niedriger (7,9 %). Beide Quoten veränderten sich damit seit 2000 (EU-25: 8,6 %, EU-15: 7,7 %) nur geringfügig.

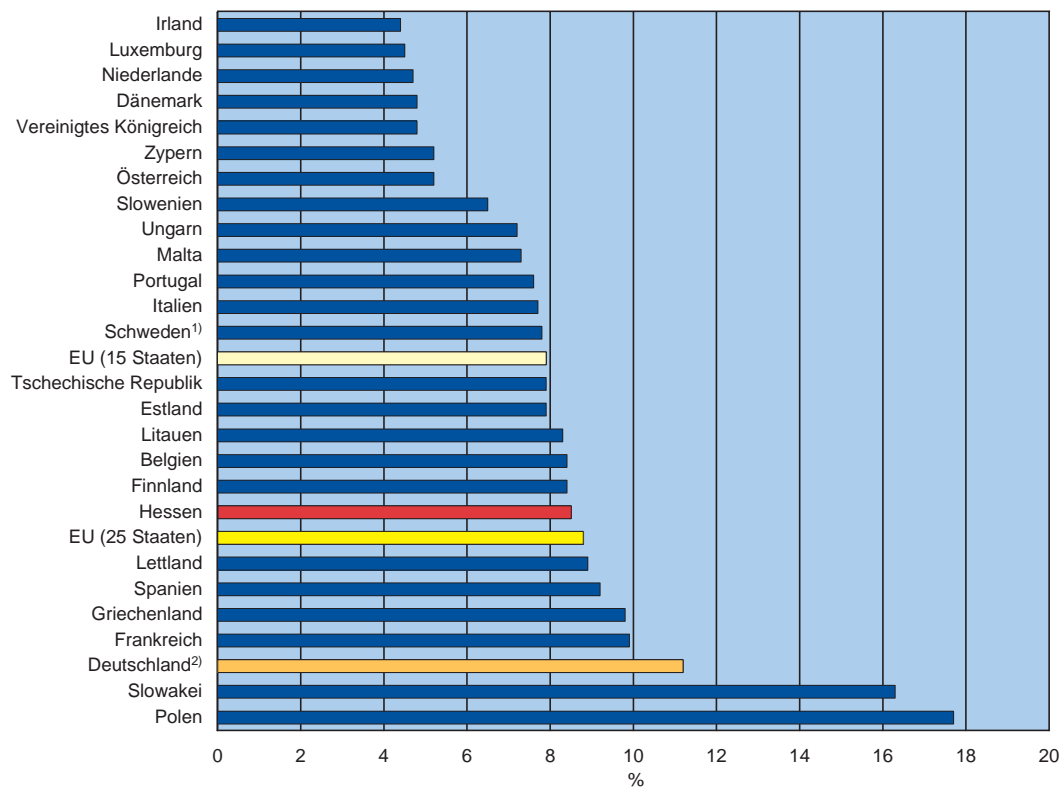
Die weitaus höchsten Erwerbslosenraten wiesen 2005 die Ostmitgliedstaaten Polen (17,7 %) und Slowakei (16,3 %) auf. Nach erfolgreichem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit seit 1994 gehörten die Erwerbslosenquoten in Irland (4,4 %; 1994 noch 14,3 %), in den Niederlanden (4,7 %; 1994 noch 6,8 %) und im Vereinigten Königreich (4,8 %; 1994 noch 9,3 %) zu den niedrigsten innerhalb der EU.

Bei diesem Indikator wurden im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Staaten für Deutschland zuletzt (2005) Ergebnisse einer Telefonerhebung anstatt der EU-AKE herangezogen. Da diese Datengrundlage für Hessen jedoch nicht verfügbar ist, wird hier für Deutschland und Hessen ebenso auf Resultate der EU-AKE zurückgegriffen. Gemäß den Ergebnissen der EU-AKE musste Deutschland eine Steigerung der Erwerbslosenquote von 8,5 % im Jahr 2002 auf 11,2 % im Jahr 2005 verkräften; Deutschland landete damit EU-weit in den hinteren Rängen. Ähnlich erging es auch **Hessen**, allerdings auf niedrigerem Niveau: Dort stieg die Erwerbslosenquote von 5,9 % im Jahr 2002 auf 8,5 % im Jahr 2005. Der im Vergleich zu Hessen hohe Wert Deutschlands ist vorwiegend auf die verbreitete Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zurückzuführen.

EU-weit herrschte bei den Frauen (EU-25: 9,9 %, EU-15: 9,0 %) eine um 2 Prozentpunkte höhere Erwerbslosenrate als bei den Männern (EU-25: 7,9 %, EU-15: 7,1 %). In Deutschland war die Quote jedoch bei den Männern (11,4 %) etwas höher als bei den Frauen (10,9 %). In **Hessen** war sie bei beiden Geschlechtern nahezu identisch (weiblich: 8,5 %, männlich: 8,6 %). Bei beiden Geschlechtern wies Polen (weiblich: 19,1 %, männlich: 16,6 %) die höchsten Werte auf, noch vor der Slowakei (weiblich: 17,2 %, männlich: 15,5 %).

## Erwerbslosenquote 2005 — insgesamt

Anteil der 15—74-jährigen Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung (in %)



1) Vorläufiger Wert. — 2) Ergebnis der EU-Arbeitskräfteerhebung. Wert weicht von der Eurostat-Angabe zu diesem Strukturindikator (andere Datenquelle mit anderer Erhebungsgrundlage) ab.

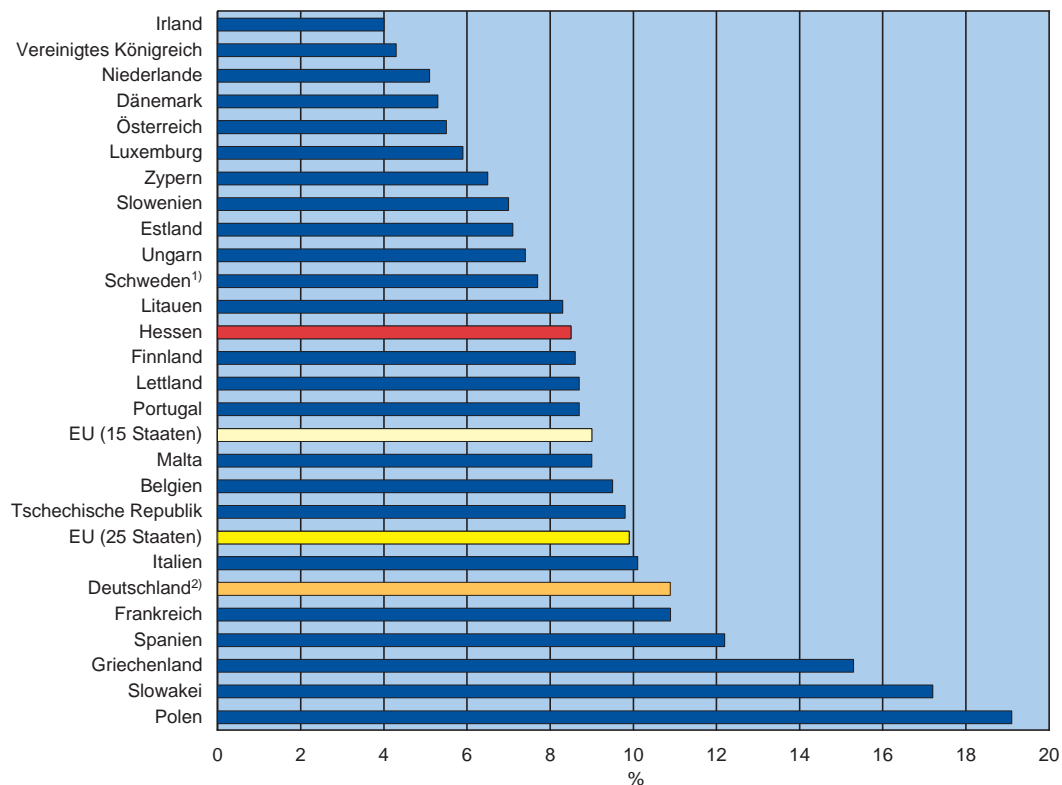
Quellen: Eurostat, Daten für Deutschland und Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.





## Erwerbslosenquote 2005 — weiblich

Anteil der 15—74-jährigen erwerbslosen Frauen an der weiblichen Erwerbsbevölkerung (in %)

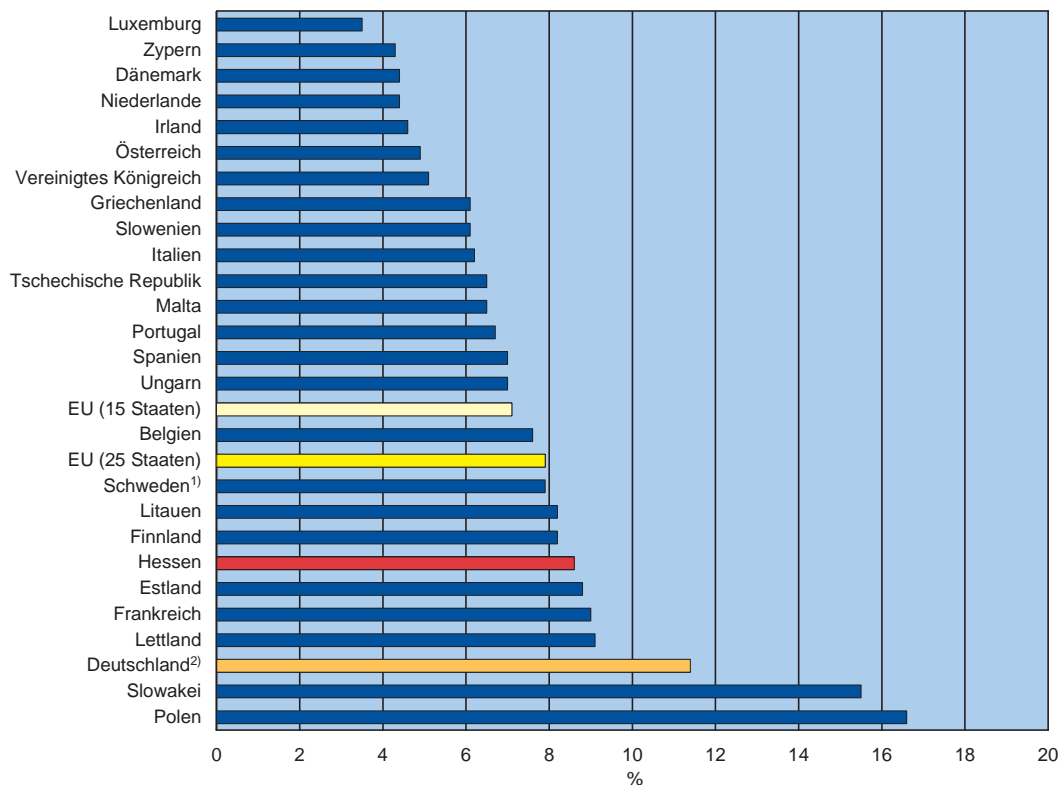


1) Vorläufiger Wert. — 2) Ergebnis der EU-Arbeitskräfteerhebung. Wert weicht von der Eurostat-Angabe zu diesem Strukturindikator (andere Datenquelle mit anderer Erhebungsgrundlage) ab.

Quellen: Eurostat, Daten für Deutschland und Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

## Erwerbslosenquote 2005 — männlich

Anteil der 15—74-jährigen erwerbslosen Männer an der männlichen Erwerbsbevölkerung (in %)



1) Vorläufiger Wert. — 2) Ergebnis der EU-Arbeitskräfteerhebung. Wert weicht von der Eurostat-Angabe zu diesem Strukturindikator (andere Datenquelle mit anderer Erhebungsgrundlage) ab.

Quellen: Eurostat, Daten für Deutschland und Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Indikator II-1: Ausgaben für Humanressourcen (öffentliche Bildungsausgaben)

Die Lissabonner Strategie orientiert sich sehr stark an der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Um dem stetigen Wandel in Technik und Wirtschaft folgen zu können, sind Investitionen in Innovation und Forschung gefragt. Diverse Strukturindikatoren widmen sich dieser Thematik und erscheinen zusammengefasst als Themenkomplex „Innovation und Forschung“.

Die Feststellung, dass Bildung eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer entwickelten Volkswirtschaft ist, ist an sich nicht neu. Der Faktor „Wissen“ spielt jedoch mit zunehmender Komplexität des Berufsalltags und zunehmender Globalisierungstendenzen eine immer größere Rolle. Insofern kommt den Bildungsausgaben der öffentlichen Hand eine enorme Bedeutung zu. Das Engagement der Politik in diesem Bereich lässt sich anhand des Indikators „Anteil der öffentlichen Gesamtbildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP)“ ablesen. Dabei lassen sich die Ausgaben für Humanressourcen in zwei Teile untergliedern: Zum einen in direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen, zum anderen in Transfer von staatlichen Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an Dritte wie Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter, aber auch von Unterstützungsleistungen für Studierende. Beide Teile zusammengenommen bilden die öffentlichen Bildungsausgaben.

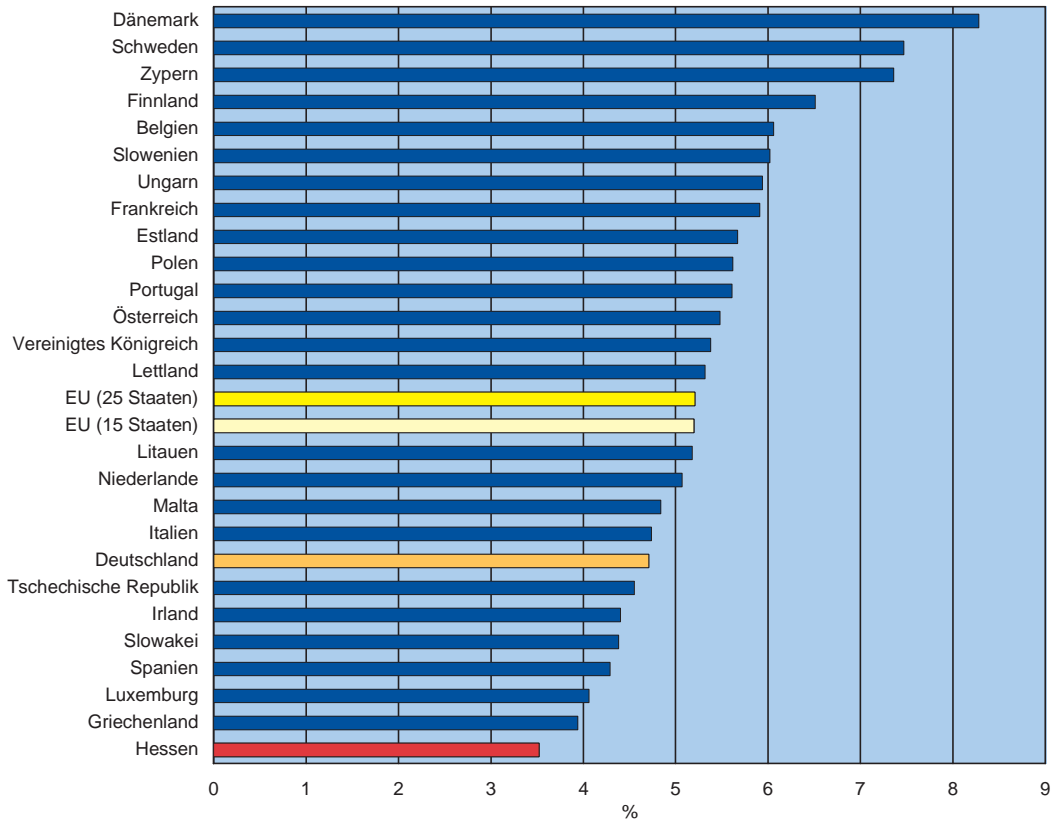
## Hessen mit niedrigstem Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

Im Jahr 2003 betrug sowohl in der EU-25 als auch in der EU-15 der Anteil der Ausgaben für Humanressourcen am BIP 5,2 %, wobei seit 2000 (jeweils 4,7 %) eine kontinuierliche, leichte Zunahme dieses Anteils zu beobachten ist. Die höchsten Werte erreichten Dänemark (8,3 %), Schweden (7,5 %), Zypern (7,4 %) sowie Finnland (6,5 %).

Deutschland wies hier einen unterdurchschnittlichen Anteil von 4,7 % auf. 11 % dieser öffentlichen Bildungsausgaben Deutschlands sind auf die Bundesebene zurückzuführen und können nicht direkt den einzelnen Bundesländern zugeordnet werden. Um dennoch eine Vergleichbarkeit **Hessens** mit der EU zu ermöglichen, wurden bei der Berechnung eines Indikatorwerts für Hessen diese Bundesausgaben anhand der Einwohnerzahl auf die Bundesländer aufgeteilt und den jeweiligen, direkten Landesausgaben hinzugefügt. Nach dieser Berechnung kam Hessen auf einen Wert von 3,5 %, der noch unterhalb der niedrigsten Werte von Griechenland (3,9 %), Luxemburg (4,1 %), und Spanien (4,3 %) lag. Die niedrige Quote für Hessen dürfte auch dadurch bedingt sein, dass Hessen ein vergleichsweise hohes BIP aufweist, sodass der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP geringer ausfällt.

## Ausgaben für Humanressourcen 2003

Anteil der öffentlichen Gesamtbildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (in %)



Quelle: Eurostat.



## Indikator II-2.1: Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

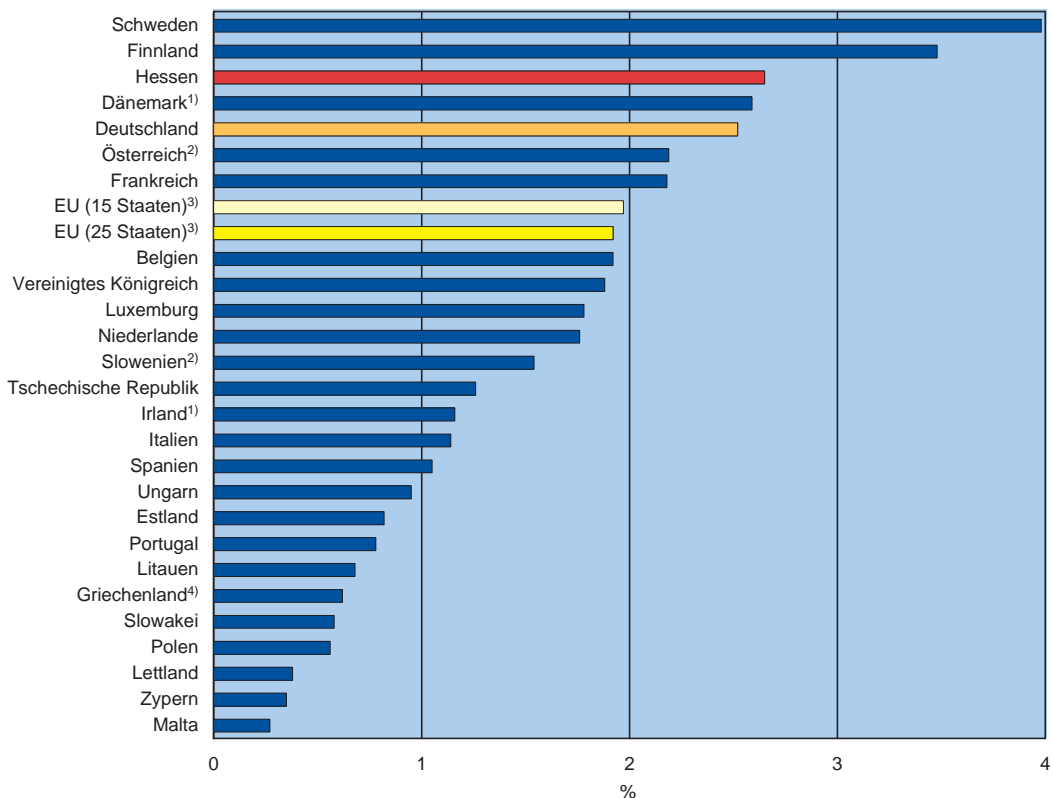
Europa steht vor ständig neuen Herausforderungen im Hinblick auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen. Die Erarbeitung von zukunftsfähigen und nachhaltigen Lösungen erfordert einen ausreichenden Einsatz für „Forschung und Entwicklung“ (FuE). Nach dem Frascati-Handbuch der OECD (2002) wird unter FuE eine kreative Tätigkeit auf systematischer Basis verstanden, mit dem Ziel, neue Kenntnisse – einschl. Menschen-, Landes- und Gesellschaftskunde – zu gewinnen, sowie den Kenntnisstand für neue Anwendungen zu nutzen. Die dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen werden gemeinhin als FuE-Ausgaben bezeichnet. Der Anteil der in einer Region erfolgten FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird hier als Strukturindikator herangezogen. Der Europäische Rat vereinbarte auf seinem Gipfeltreffen 2002 in Barcelona, dass die FuE-Ausgaben in den einzelnen Mitgliedstaaten bis 2010 einen Anteil von 3 % des BIP erreichen sollten. Die aktuellsten Daten für Hessen stammen aus dem Jahr 2003.

## Deutschland und Hessen noch unter 3%-Zielmarke

Von den EU-Mitgliedstaaten erfüllten 2003 alleine Schweden (4,0 %) und Finnland (3,5 %) die von der EU für 2010 gesetzte Zielmarke bereits deutlich. Damit lagen sie klar vor dem drittplatzierten Dänemark mit 2,6 %. Knapp dahinter folgte Deutschland mit 2,5 %. **Hessen** konnte die beiden Letztgenannten mit knapp 2,7 % sogar leicht übertrumpfen, nachdem in den Jahren zuvor die FuE-Aktivitäten deutlich ausgebaut wurden: So stieg der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP im Zeitraum 1997 (2,2 %) bis 2003 um 0,5 Prozentpunkte. Anstrengungen von Deutschland und Hessen sind weiterhin notwendig, um die EU-Vorgabe von 3 % bis 2010 zu erfüllen. Dies gilt aber auch für die meisten anderen EU-Mitgliedstaaten. So betrug die Quote bei der EU-15 lediglich 2,0 % und bei der EU-25 1,9 %. Einige Staaten tätigten nur geringe FuE-Ausgaben: Dazu gehören Malta (0,3 %), Zypern, Lettland (jeweils 0,4 %), Polen und Slowakei (jeweils 0,6 %). Bei den europäischen G8-Staaten lag der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP nahe beim EU-Durchschnitt (Frankreich, Vereinigtes Königreich) bzw. darunter (Italien: 1,1 %).

## Bruttoinlandsausgaben für FuE 2003

Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt (in %)



1) Revidierter Wert. — 2) Geschätzter Wert. — 3) Schätzung Eurostat. — 4) Vorläufiger Wert.  
Quelle (einschl. Hessen): Eurostat.



## Indikator II-3.1: Internet-Zugangsdichte in Haushalten

Die modernen Kommunikationsmittel erhalten verstärkt Einzug in die Privathaushalte. Derzeit heben sich darunter u. a. PC mit Internetanschluss hervor. Die enorme Wirkung, die sie in Wirtschaft und Gesellschaft erzielen, bewog die EU dazu, in den Mitgliedstaaten eine einheitliche „Informations- und Kommunikationstechnologiemfrage in Haushalten“ durchzuführen. Daraus resultiert der Indikator „Internet-Zugangsdichte in Haushalten“ als Anteil der Privathaushalte mit Internet-Zugang an allen Haushalten. Die IKT-Umfragen finden in Deutschland seit 2002 statt. Für das Berichtsjahr 2006 konnten durch Ausweitung des Stichprobenumfangs erstmals auch Ergebnisse für Hessen erzielt werden.

## Rasante Verbreitung des Internets

Den größten Anteil an Internet-Zugängen in Haushalten wiesen 2006 die Niederlande mit 80 % auf, dicht gefolgt von Dänemark (79 %) und Schweden (77 %). Diesen schloss sich mit etwas Abstand, aber noch vor dem EU-Vierten Luxemburg (70 %), das Bundesland **Hessen** mit 71 % an. Damit waren gut sieben von zehn hessischen Haushalten an das World Wide Web angeschlossen. Deutschlands Wert lag mit 67 % leicht darunter. Am unteren Ende der Skala landeten Griechenland (23 %), die Slowakei (27 %) und Ungarn (32 %). Der starke Nutzungszuwachs des Internet zeigt sich durch die Zunahme der Zugangsdichte in der EU-15 von 39 % im Jahr 2002 auf 54 % im Jahr 2006. Osteuropäische Staaten wie Lettland und Litauen konnten ihren technologischen

Rückstand gegenüber der restlichen EU von 2002 (3 bzw. 4 %) bis 2006 (42 bzw. 35 %) enorm verringern.

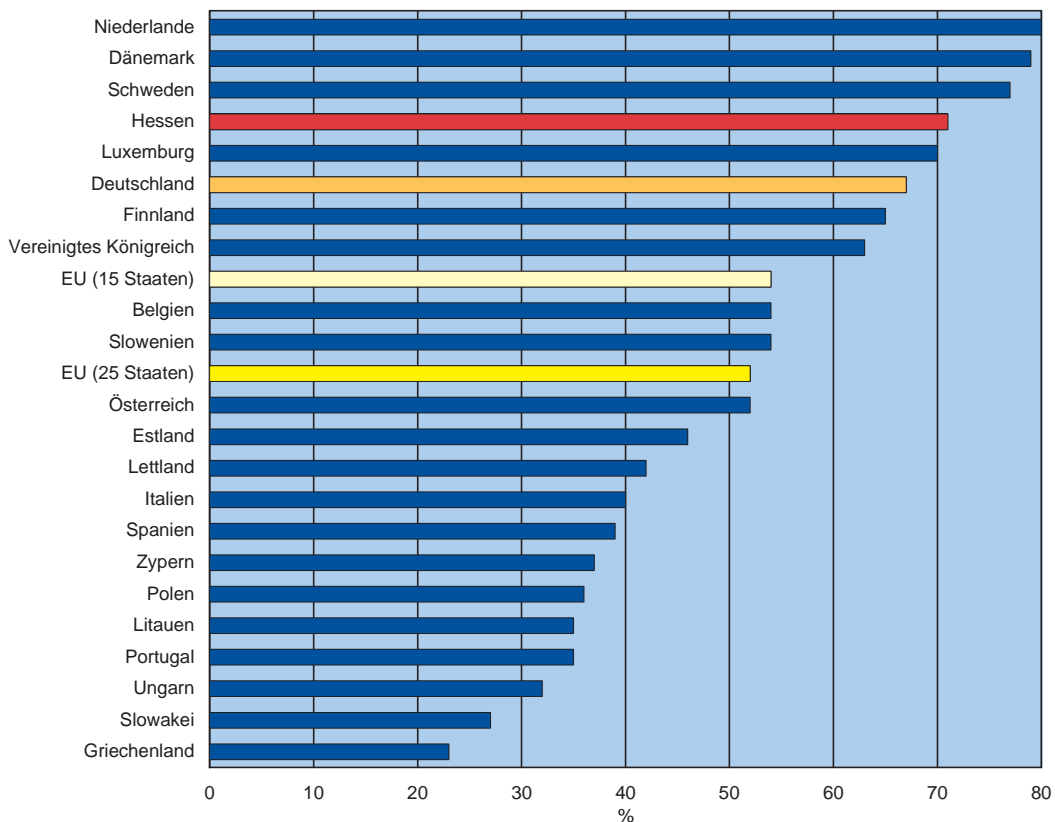
Deutschlands Haushalte erreichten im Jahr 2002 gemäß der IKT-Umfrage immerhin schon 46 %; ein Anteilwert, der mit Einschränkung auch von den Ergebnissen der bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)<sup>8)</sup> bestätigt wird. Da für das Jahr 2002 keine Auswertung der IKT-Erhebung auf Bundesländerebene erfolgen kann, sei für **Hessen** unter Vorbehalt auf die Ergebnisse der EVS zurückgegriffen: Demnach lag damals Hessens Zugangsquote mit 50 % wie im Jahr 2006 um 4 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert Deutschlands.

<sup>8)</sup> Die Gesamtheit der Haushalte, die in der IKT-Umfrage bzw. in der EVS einbezogen waren, unterscheiden sich geringfügig.



## Internet-Zugangsdichte in Haushalten 2006<sup>1)</sup>

Anteil der Privathaushalte mit Internet-Zugang an allen Haushalten (in %)



1) Keine Angaben zu Frankreich, Irland, Malta und Tschechische Republik.

Quelle: Eurostat.





## Indikator II-4: Tertiärabschlüsse in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen

Die Innovationsorientierung eines Staates zeigt sich auch am Angebot von naturwissenschaftlichen (einschl. Mathematik) und technologischen (Ingenieurwissenschaften) Disziplinen in weiterführenden Bildungseinrichtungen (einschl. Lehramtsausbildung) sowie deren Akzeptanz bei Studierenden. Der entsprechende Indikator verwendet die Anzahl der Absolventen in diesen Fachrichtungen an sämtlichen Formen von Hochschulen einerseits sowie an Berufsakademien und Fachschulen andererseits und setzt sie zur Bevölkerung im Alter von 20 bis 29 Jahren in Beziehung. Die Abgrenzung der Fächer und des Bildungsniveaus erfolgt nach ISCED97, der „International Standard Classification of Education“ aus dem Jahr 1997.

### Hessen und Deutschland im EU-Vergleich nur unterdurchschnittlich

Nach der beschriebenen Definition kamen im Jahr 2004 in der EU-25 auf 1000 Personen im Alter von 20 bis 29 Jahren 12,7 Absolventen der Fachrichtungen „Naturwissenschaft und Technologie“. In der EU-15 lag diese Absolventenzahl um knapp einen Abgänger je 1000 Personen höher (13,6). Beide Angaben beruhen jedoch auf Schätzungen, da Angaben zu einigen EU-Staaten fehlen.

Unter den Mitgliedstaaten zeigte sich Irland mit einem Wert von 23,1 am meisten den naturwissenschaftlichen und technologischen Disziplinen zugewandt. Mit Abstand folgten

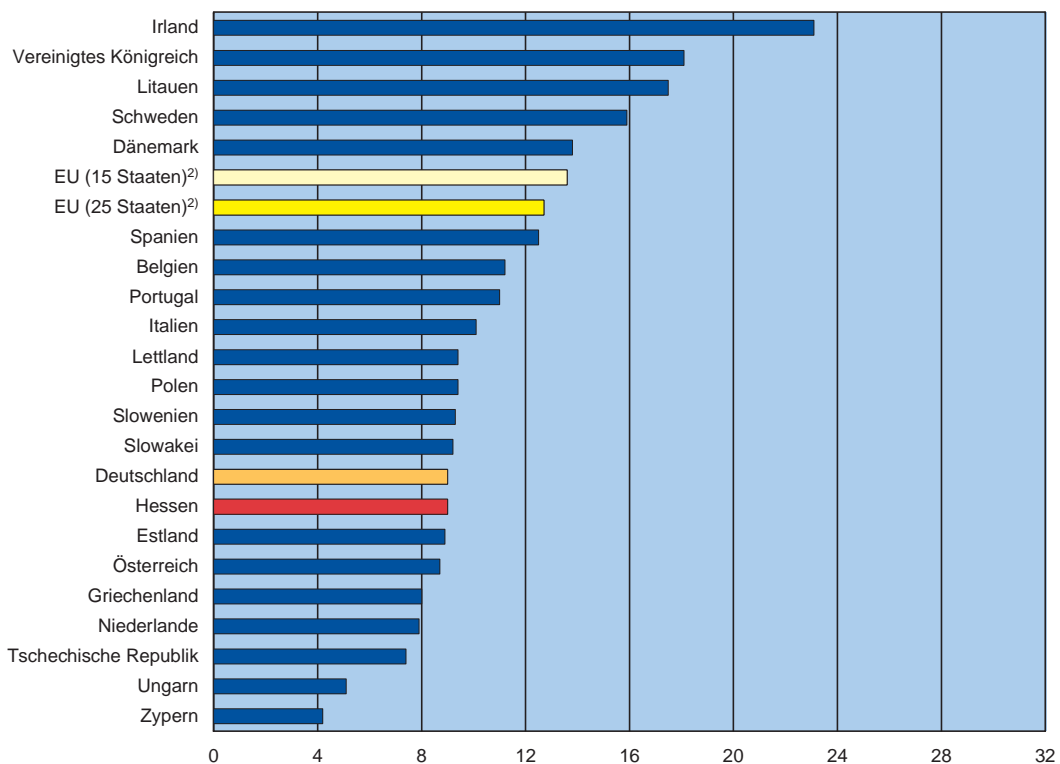
das Vereinigte Königreich (18,1), Litauen (17,5), Schweden (15,9) und Dänemark (13,8). Litauen und Schweden hoben sich auch dadurch hervor, dass sie in den letzten Jahren innerhalb der EU den höchsten Zuwachs erzielten. Die Werte betragen in Litauen 1997 noch 7,3 und in Schweden 1993 noch 6,2.

Die Absolventenzahlen in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen erwiesen sich in Zypern (4,2), Ungarn (5,1) und in der Tschechischen Republik (7,4) als am niedrigsten. Unterhalb des EU-Durchschnitts befanden sich auch Deutschland und **Hessen** mit jeweils 9,0 Absolventen auf 1000 Einwohner im Alter von 20 bis 29 Jahren. Im Hinblick auf diesen Indikator hat sich die Situation in Deutschland seit 1993 (8,2) nur wenig verbessert. Dies dürfte auch auf Hessen zutreffen.

Bei einer Unterscheidung nach Geschlechtern überrascht es nicht, dass bei den Männern in allen Mitgliedstaaten (EU-25: 17,3) höhere Absolventenzahlen als bei den Frauen (EU-25: 7,9) zu verzeichnen waren. Die ersten vier Plätze belegten bei beiden Geschlechtern die selben EU-Staaten wie bei diesem Merkmal insgesamt: Irland (weiblich: 14,5; männlich: 31,6), Vereinigtes Königreich (weiblich: 11,3; männlich: 24,8), Litauen (weiblich: 12,6, männlich: 22,3) und Schweden (weiblich: 11,0; männlich: 20,6). In Deutschland betrug der Indikatorwert bei den Frauen 4,3 und bei den Männern 13,4, wovon die Ergebnisse für **Hessen** (weiblich: 4,2; männlich: 13,9) nur leicht abweichen.

## Tertiärabschlüsse in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen 2004<sup>1)</sup> — insgesamt

Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen pro 1000 der Bevölkerung im Alter von 20—29 Jahren



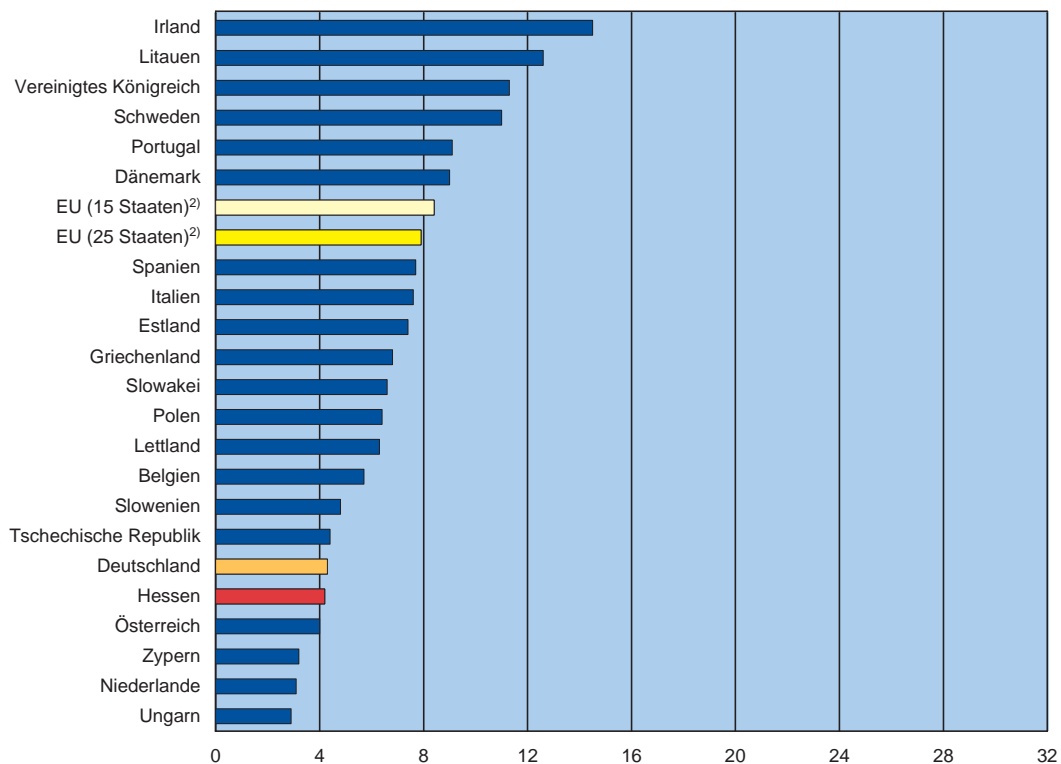
1) Keine Angaben zu Finnland, Frankreich, Luxemburg und Malta. — 2) Schätzung Eurostat.

Quelle: Eurostat.



## Tertiärabschlüsse in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen 2004<sup>1)</sup> — weiblich

Weibliche Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen pro 1000 der weiblichen Bevölkerung im Alter von 20—29 Jahren

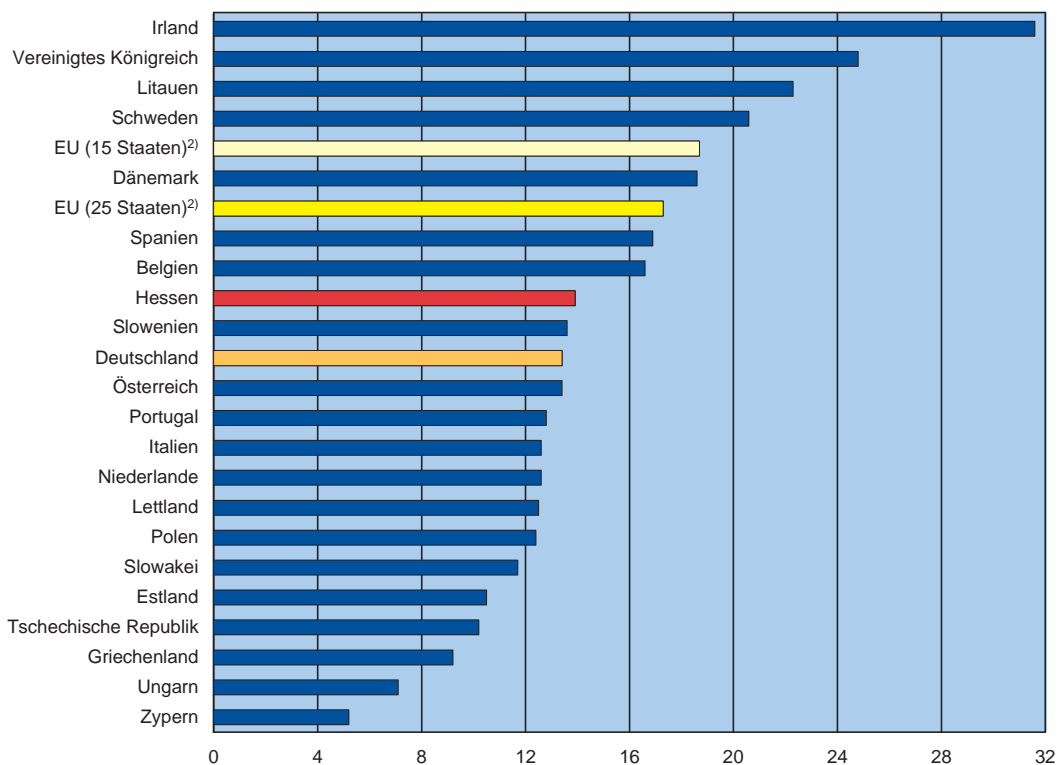


1) Keine Angaben zu Finnland, Frankreich, Luxemburg und Malta. — 2) Schätzung Eurostat.

Quelle: Eurostat.

## Tertiärabschlüsse in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen 2004<sup>1)</sup> — männlich

Männliche Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Disziplinen pro 1000 der männlichen Bevölkerung im Alter von 20—29 Jahren



1) Keine Angaben zu Finnland, Frankreich, Luxemburg und Malta. — 2) Schätzung Eurostat.

Quelle: Eurostat.



## Indikator II-5.1: Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA)

Innovation in weit entwickelten Volkswirtschaften bedingt eine umfassende Forschungsaktivität. Diese ermöglicht es erst, neue Produkte auf den sonst gesättigten Markt zu bringen oder ganz neue Absatzmärkte zu eröffnen. Viel versprechende Erfindungen werden dabei zum Schutz vor missbräuchlicher Übernahme durch konkurrierende Marktanbieter oft im Patentamt des einheimischen Staates, aber immer häufiger auch beim EPA angemeldet. Angesichts der Internationalisierung der Märkte ermöglichen internationale Patentanmeldungen eine gewisse Absicherung des Exportgeschäfts. Die Anzahl von EPA-Anträgen eines Mitgliedstaates hängt zwar von vielen Faktoren ab – u. a. verursachen EPA-Patentanmeldungen im Vergleich zu nationalen Verfahren höhere Kosten, die unter Umständen abschreckend wirken können –, dennoch erlaubt sie gewisse Rückschlüsse auf den Innovationsoutput eines Mitgliedstaates.

Um auch hier die Vergleichbarkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, errechnet Eurostat die Anzahl der Patentanmeldungen je 1 Mill. Einwohner. Die geografische Zuordnung einer Produktneuheit erfolgt anhand des Wohnsitzes des Erfinders, wobei im Falle von mehreren Erfindern eine anteilige Zählung vorgenommen wird.

## Hessen mit den meisten angemeldeten Erfindungen pro Kopf

Die Anzahl der Patentanträge je 1 Mill. Einwohner schwankte im Jahr 2002 zwischen den einzelnen EU-Staaten erheblich, wobei der Durchschnitt in der EU-25 bei 132 und in der EU-15 bei 155 lag<sup>9)</sup>. 1993 betrug die Werte noch 71 (EU-25) bzw. 85 (EU-15).

Litauen befand sich im Jahr 2002 mit lediglich 3 Patentanmeldungen je 1 Mill. Einwohner auf dem letzten Platz. Ähnlich niedrig war die Zahl der Erfindungen in Polen (5) und in einigen anderen neuen Mitgliedstaaten, aber auch in den EU-Gründungsstaaten Portugal (5) und Griechenland (10).

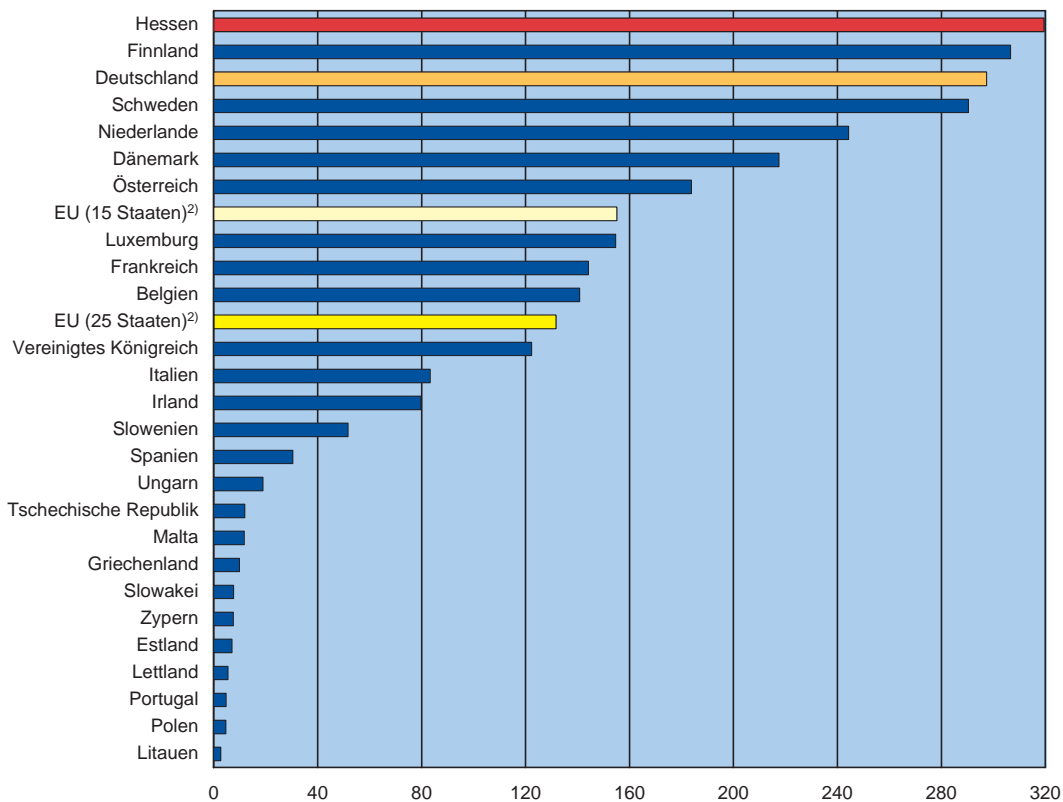
Deutschland (297) wurde lediglich vom Spitzenreiter Finnland (307) übertroffen. Schweden (290) konnte sich den dritten Platz sichern. In der Rangliste folgten die EU-Staaten Niederlande (244), Dänemark (217) und Österreich (184).

Alle EU-Staaten werden jedoch von **Hessen** übertroffen, das mit 320 mehr als das Doppelte des EU-15-Durchschnitts erreichte und damit an der Spitze stand. Ein über den hier begrenzten Rahmen hinaus durchgeführter Vergleich mit den Bundesländern Deutschlands ergibt, dass lediglich Baden-Württemberg (602) und Bayern (467) noch höhere Werte erzielten.

<sup>9)</sup> Datenabruf am 09.11.2006.

**Patente EPA 2002<sup>1)</sup>**

Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) je 1 000 000 Einwohner



1) Datenabruf am 09.11.2006. — 2) Eigene Berechnungen.

Quelle (einschl. Hessen): Eurostat.



## Indikator II-8: E-Commerce via Internet

Zwar wird der Geschäftsverkehr auch in absehbarer Zukunft hauptsächlich durch direkten Kontakt zwischen Verkäufer und Käufer erfolgen, dennoch stellen Handels- oder Dienstleistungsbeziehungen, die ausschließlich über das Internet zu Stande kommen – das so genannte E-Commerce –, für Unternehmen einen noch nicht voll ausgeschöpften neuen Vertriebsweg dar. Die zunehmende Bedeutung des Online-Handels bewog Eurostat dazu, in den seit 2002 laufenden Umfragen zu Informations- und Telekommunikationstechnologien in Unternehmen die aus dem elektronischen Geschäftsverkehr erzielten Umsätze der Unternehmen zu erfragen. Daraus ergibt sich der Indikator als Anteil des über das Internet realisierten Umsatzes am Gesamtumsatz bei Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten. Umsätze durch andere Geschäftsbeziehungen wie beispielsweise Umsätze durch EDI (Electronic Data Interchange) sind nicht inbegriffen. Zu beachten ist, dass die unten genannten Jahresangaben das jeweilige Jahr der Erhebung durchführung wiedergeben, die Umsatzanteile beziehen sich aber auf das jeweilige Vorjahr. Zu diesem Indikator liegen für Hessen die aktuellsten Daten aus dem Erhebungsjahr 2005 vor.

### E-Commerce-Umsätze nehmen zu, aber ihr Anteil am Gesamtumsatz ist noch gering

Für das Jahr 2005 sind die Angaben zu den EU-Mitgliedstaaten leider lückenhaft, sodass sich die Durchschnittswerte der

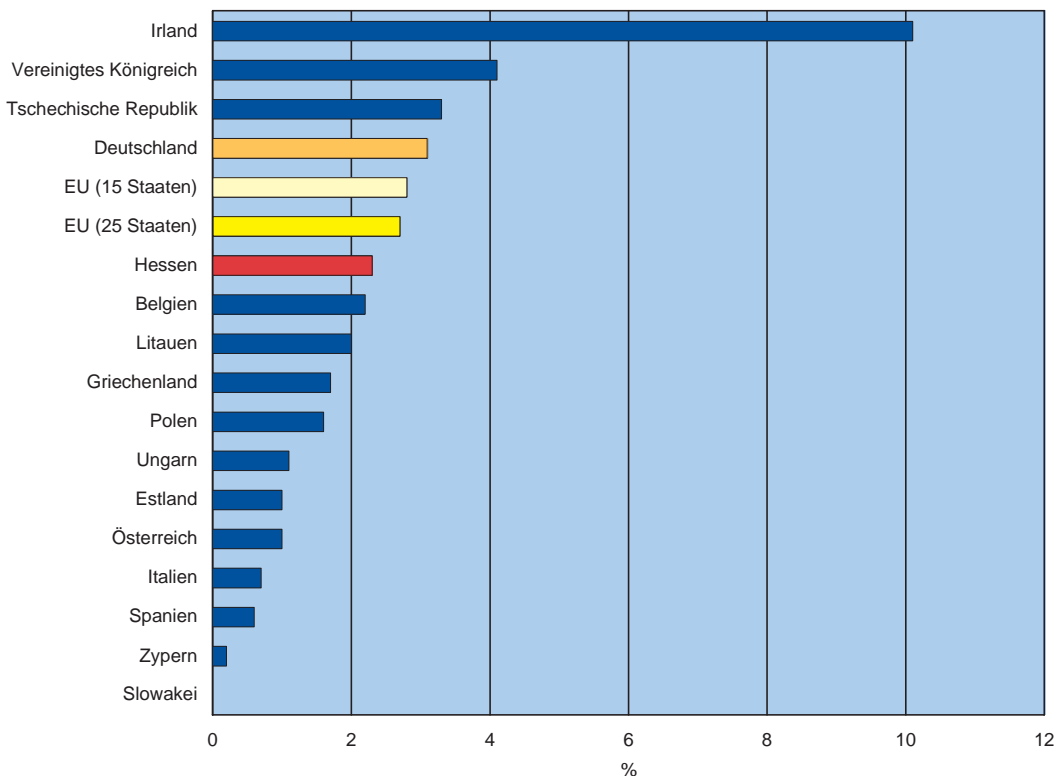
EU-25 von 2,7 % und der EU-15 von 2,8 % lediglich auf die Staaten beziehen, die verwertbare Informationen zum Indikator liefern konnten. 2004 betrug der Umsatzanteil noch 2,1 % (EU-25) bzw. 2,2 % (EU-15). Für die EU-15 ist seit 2002 (0,9 %) immerhin eine Steigerung von knapp 2 Prozentpunkten bis zum Jahr 2005 zu verzeichnen. 2002 konnte für die EU-25 kein Durchschnitt gebildet werden.

In Irland scheint das E-Commerce im Jahr 2005 die weitaus größte Akzeptanz bei der Käuferschicht gefunden zu haben, da ein Zehntel (10,1 %) des Gesamtumsatzes der Unternehmen auf diesem Wege erzielt wurden. Mit bereits deutlichem Abstand folgten das Vereinigte Königreich (4,1 %) und die Tschechische Republik (3,3 %). Deutschland landete mit 3,1 % auf dem vierten Platz, nachdem der Umsatzanteil seit 2002 (1,0 %) um gut 2 Prozentpunkte zunahm. **Hessen** blieb mit 2,3 % im Jahr 2005 etwas hinter der Entwicklung Deutschlands zurück.

Auffallend ist, dass ausgerechnet das Nachbarland der drittplatzierten Tschechischen Republik, die Slowakei, mit 0,0 % noch kaum oder keine E-Commerce-Umsätze aufwies. Aber auch in Zypern (0,2 %), Spanien (0,6 %) und Italien (0,7 %) steckt das E-Commerce noch in den Anfängen.

## E-Commerce via Internet 2005<sup>1)2)</sup>

Anteil des Umsatzes aus elektronischem Geschäftsverkehr am Gesamtumsatz der Unternehmen<sup>3)</sup> (in %)



1) Erhebungsjahr; die Umsatzanteile beziehen sich auf das Vorjahr. — 2) Keine Angaben zu Dänemark, Finnland, Frankreich, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Portugal, Slowenien und Schweden. — 3) Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten.  
Quelle: Eurostat.





## Indikator II-9: Bildungsstand der Jugendlichen

Es steht außer Zweifel, dass die Zukunft eines Landes auf die junge Generation von heute baut. Eine solide Grundausbildung der angehenden Berufstätigen bildet dabei den Grundstock einer auch in Zukunft leistungs- und konkurrenzfähigen Wirtschaft, die den Wohlstand der Gesellschaft sichert. Ein Indiz für die aktuelle Ausbildungssituation stellt der Anteil der Bevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss an der Gesamtbevölkerung gleichen Alters dar. Dieser Bildungsgrad orientiert sich nach der ISCED97 („International Standard Classification of Education“ aus dem Jahre 1997) und wird entweder durch den höchsten Schulabschluss, in Deutschland also durch das (Fach-)Abitur, oder durch eine abgeschlossene Berufsausbildung erworben.

### Deutschland – aber auch Hessen – im EU-Vergleich abgeschlagen

2005 erlangten in der EU-15 drei von vier Jugendlichen (75 %) einen Abschluss nach obiger Definition. Diese Quote wird vom EU-25-Durchschnitt sogar leicht übertroffen (78 %). Auffällig ist, dass einige der neuen EU-Mitgliedstaaten die höchsten Prozentwerte erreichten: So stand die Slowakei mit 92 % an der Spitze, noch vor der Tschechischen Republik, Polen und Slowenien (jeweils 91 %).

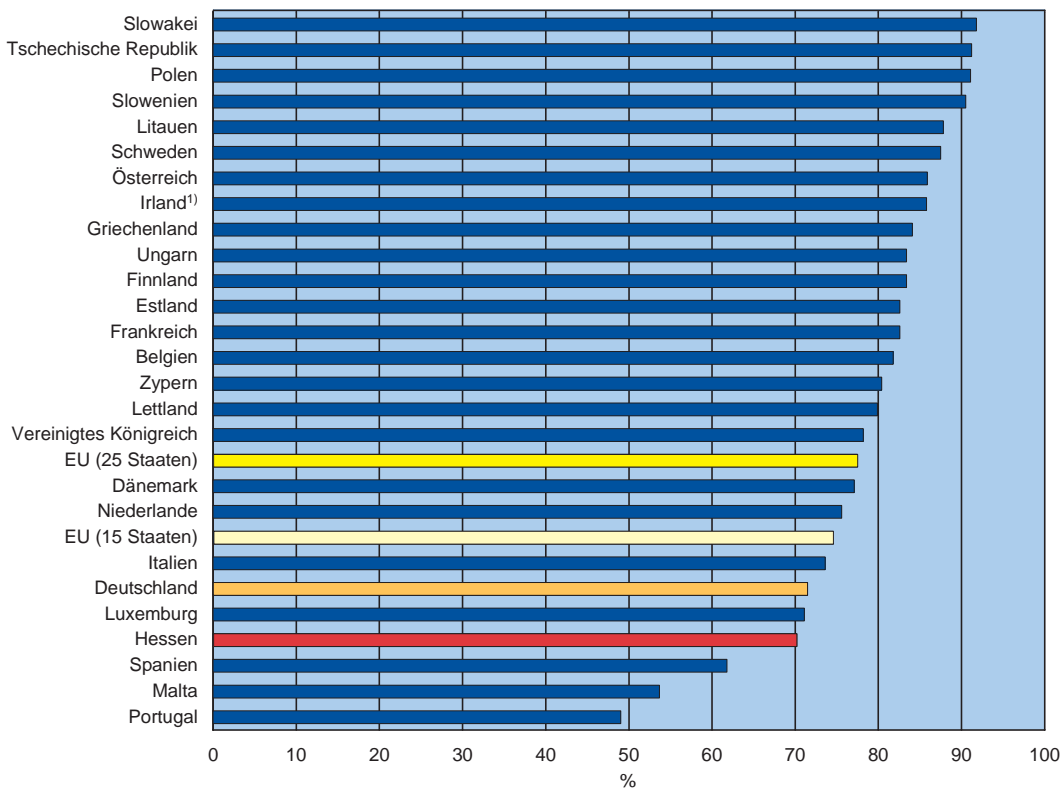
Schlusslichter waren 2005 mit deutlichem Abstand Portugal (49 %) und die Insel Malta (54 %). Auch Spanien fiel mit 62 %

weit vom europaweiten Durchschnitt ab. Deutschland landete auf dem fünftletzten Platz, wobei der nachgewiesene Anteil von 72 % dem Durchschnittswert der EU-15 bereits näher kam. Nicht weit davon entfernt lag der Anteil **Hessens** (70 %). Hier stellt sich die Frage, warum Deutschland und Hessen hintere Ränge belegten. Ggf. ist hierzulande der Sekundarstufe-II-Abschluss mit höheren Anforderungen verbunden, sodass ein vergleichsweise geringerer Teil von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen bereit oder fähig ist, diesen zu erreichen. Ein solcher Abschluss erfordert auch mehr Zeitaufwand, sodass 20- bis 24-Jährige unter Umständen noch gar nicht am Ausbildungsziel angelangt sind. Zur Beantwortung dieser Frage sind letztlich entsprechende Sonderanalysen erforderlich.

2005 blieben die Männer (EU-25: 75 %, EU-15: 72 %) EU-weit um 5 bzw. 6 Prozentpunkte hinter den Frauen (EU-25: 80 %, EU-15: 78 %) zurück. Bei den Männern war die Tschechische Republik mit 91 % Spitzenreiter, bei den Frauen jedoch Polen mit 93 %. Auch in Deutschland (weiblich: 73 %; männlich: 70 %) und **Hessen** (weiblich: 71 %; männlich: 69 %) schnitten die Frauen besser ab als die Männer, wenngleich der Abstand zwischen beiden Geschlechtern weniger stark ausgeprägt ist als in der EU.

### Bildungsstand der Jugendlichen 2005 — insgesamt

Anteil der Bevölkerung im Alter von 20—24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)



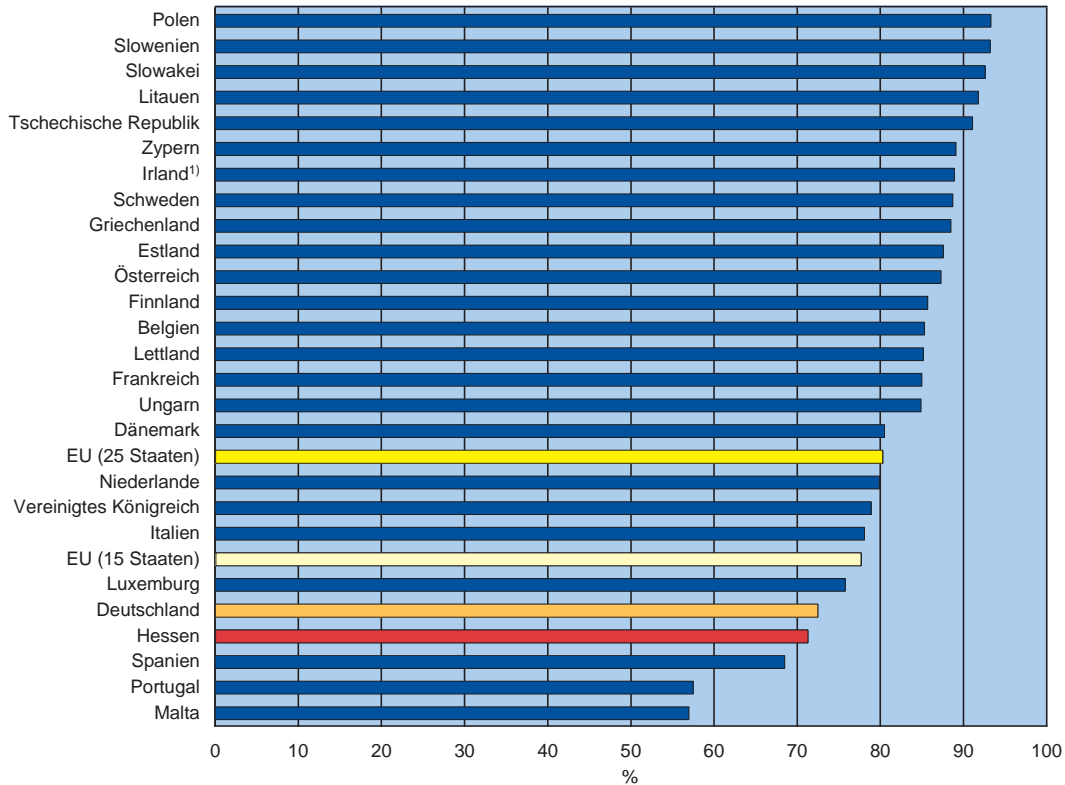
1) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Bildungsstand der Jugendlichen 2005 — weiblich

Anteil der Frauen im Alter von 20—24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)

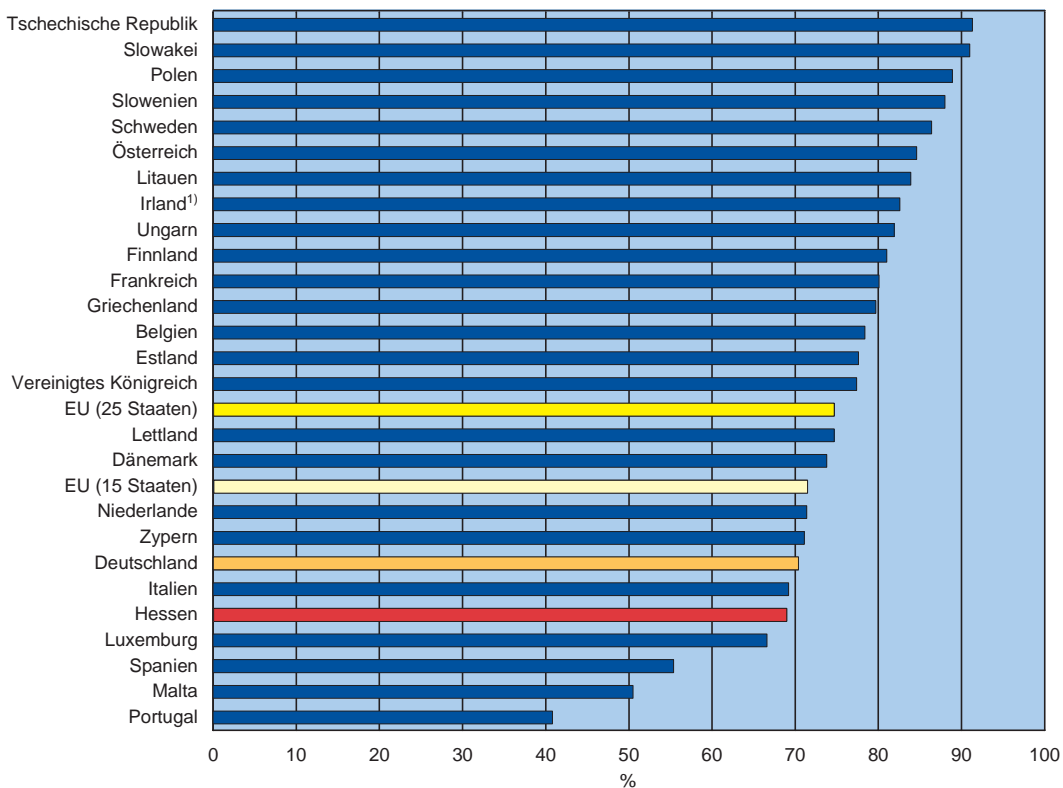


1) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

### Bildungsstand der Jugendlichen 2005 — männlich

Anteil der Männer im Alter von 20—24 Jahren mit mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



1) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Indikator II-11.1: Nutzung des E-Government durch Einzelpersonen

Auf Grund der zunehmenden Nutzung des Internet und immer leistungsfähigerer Datennetze (s. auch Indikator II-3.1, S. 54) entwickeln sich neuartige Kommunikationsformen zwischen Anbietern von Webseiten und Web-Nutzern. Für die elektronische Interaktion zwischen Privatpersonen (bzw. Unternehmen) und staatlichen Behörden hat sich der Begriff „E-Government“ herausgebildet. Die Ergebnisse der „Informations- und Kommunikationstechnologiemfrage in Haushalten“ lassen erkennen, inwieweit diese Form des Informationsaustauschs bei der Bevölkerung akzeptiert wird. Der Indikator ist definiert als Anteil der 16- bis 74-jährigen Personen, die das Internet für die Kommunikation mit Behörden verwenden, an allen Personen gleichen Alters. Dabei werden solche Personen als E-Government-Nutzer gezählt, die das Internet für eine oder mehrere der drei folgenden Aktivitäten im Umgang mit Behörden in den letzten 3 Monaten vor dem Befragungszeitpunkt der Repräsentativerhebung genutzt haben: Einholen von Auskünften auf Webseiten von Behörden, Beschaffen von Formularen und Versenden ausgefüllter Formulare. Grundsätzlich beeinflussen zwei Faktoren den Indikatorwert, und zwar zum einen der Umfang des Angebots von E-Government-Anwendungen, zum anderen die Akzeptanz durch den potenziellen Anwender.

## Gut jeder dritte Hesse nutzt E-Government-Anwendungen

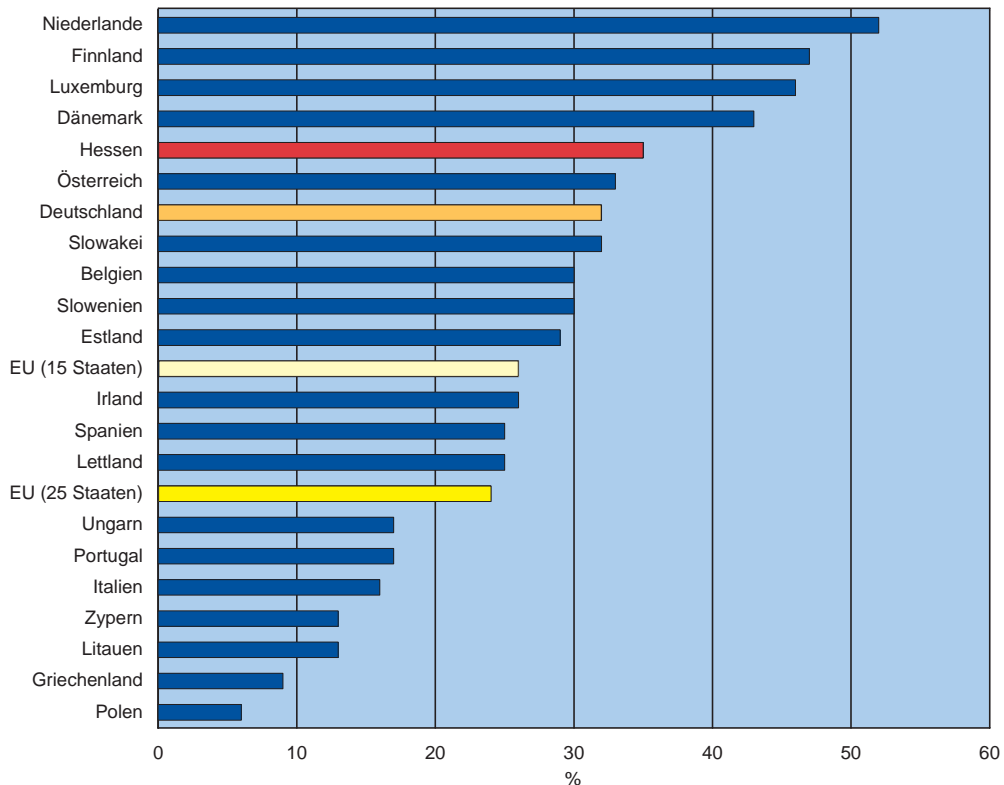
EU-weit kommunizierte im Jahr 2006 etwa jede vierte Person über Webseiten mit den Behörden (EU-25: 24 %, EU-15: 26 %). Die höchsten Nutzungsquoten wiesen die Niederlande (52 %), Finnland (47 %), Luxemburg (46 %) und Dänemark (43 %) auf. Polen (6 %) und Griechenland (9 %) hatten die niedrigsten Werte.

In Deutschland nutzte knapp jeder Dritte (32 %) das E-Government. 2002 betrug der Anteil noch 17 %. Der Nutzungsanteil Deutschlands hat sich also im Zeitraum 2002 bis 2006 fast verdoppelt. **Hessen** erreichte im Jahr 2006 mit 35 % einen leicht höheren Nutzungsanteil als Deutschland. Dieser Wert für Hessen konnte erstmalig bestimmt werden, nachdem der Stichprobenumfang der seit 2002 laufenden „Informations- und Kommunikationstechnologiemfrage in Haushalten“ in Deutschland für das Erhebungsjahr 2006 erhöht wurde. Aus diesem Grunde lässt sich für das Bundesland keine Zeitreihe erstellen.



### Nutzung des E-Government durch Einzelpersonen 2006<sup>1)</sup> — insgesamt

Anteil der Bevölkerung im Alter von 16—74 Jahren, die das Internet in den letzten 3 Monaten für die Interaktion mit Behörden verwendet haben, an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)



1) Keine Angaben zu Frankreich, Malta, Schweden, Tschechische Republik und Vereinigtes Königreich.

Quelle: Eurostat.



## Indikator II-12: Nutzung des E-Government durch Unternehmen

Im Zuge des vom Staat forcierten Bürokratieabbaus besteht für Unternehmen die Möglichkeit, das so genannte E-Government zu nutzen, bei dem die Interaktion mit staatlichen Behörden über das Internet erfolgt. In einer EU-weiten Umfrage zu Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen gaben die befragten Firmen an, ob sie das Einholen von Auskünften, das Beschaffen von amtlichen Formularen oder das Versenden ausgefüllter Formulare vollständig elektronisch erledigen. Der Indikator ergibt sich als Anteil der Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten, die dieses Angebot zur Vereinfachung und Beschleunigung der Kommunikation mit der staatlichen Verwaltung wahrnehmen, an allen Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten. Grundsätzlich beeinflussen zwei Faktoren den Indikatorwert, und zwar zum einen der Umfang des Angebots von E-Government-Anwendungen, zum anderen die Akzeptanz durch den potenziellen Anwender. Die aktuellsten Daten für Hessen liegen aus dem Jahr 2005 vor.

## Bereits jedes zweite hessische Unternehmen nutzt E-Government

Die Steigerung des EU-25-Durchschnitts von 52 % im Jahr 2004 auf 57 % im folgenden Jahr zeigt, wie schnell sich die Nutzung des E-Government in Europa ausbreitet. Die breiteste Akzeptanz erfuhr die Nutzung von E-Government-Anwendungen 2005 in den Staaten Finnland (91 %), Dänemark (87 %), Griechenland (81 %) und Schweden (80 %). Die

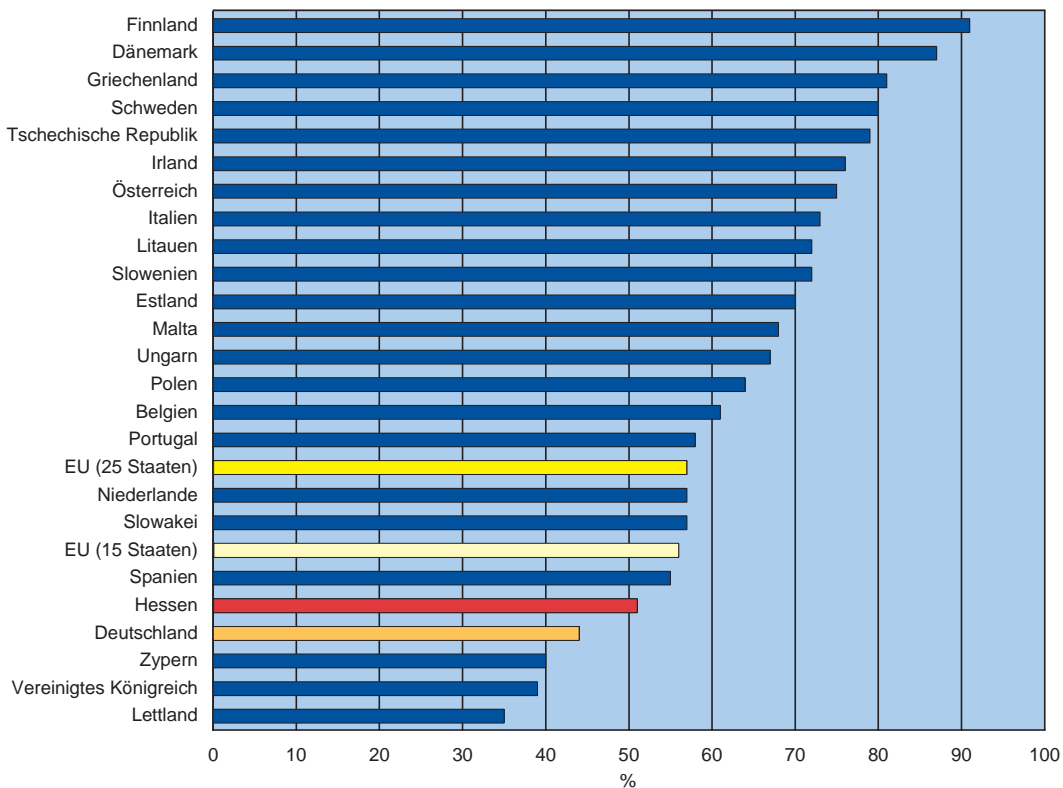
neuen EU-Mitgliedstaaten standen jedoch, insgesamt betrachtet, in keiner Weise zurück, da der EU-25-Durchschnitt (57 %) gar um 1 Prozentpunkt höher war als der EU-15-Durchschnitt (56 %). Dennoch wies Lettland mit gut einem Drittel (35 %) die niedrigste Quote auf. Überraschend ist, dass der G8-Staat Vereinigtes Königreich mit 39 % den vorletzten Platz belegte.

Auch Deutschland (44 %) landete 2005 als Viertletzter in den hinteren Rängen, obwohl seit 2004 (36 %) eine im Vergleich zur EU leicht überdurchschnittliche Steigerung des Anteilwertes zu verzeichnen ist. **Hessens** Anteil lag mit 51 % klar vor dem Wert Deutschlands, aber immer noch hinter dem EU-Durchschnitt. Es konnte auf eine deutlich überdurchschnittliche Zunahme von 11 Prozentpunkten seit 2004 (40 %) zurückblicken.



## Nutzung des E-Government durch Unternehmen<sup>1)</sup> 2005<sup>2)</sup>

Anteil der Unternehmen, die das Internet für die Interaktion mit staatlichen Behörden nutzen, an allen Unternehmen (in %)



1) Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten. — 2) Keine Angaben zu Frankreich und Luxemburg.

Quelle: Eurostat.





## Indikator II-14: Hochtechnologieexporte

Die Bedeutung des Exporthandels nimmt in den europäischen Volkswirtschaften generell zu. Ob sich das Exportwesen jedoch auch zukünftig als tragfähig für das Wirtschaftssystem eines Staates erweist, hängt von mehreren Faktoren ab. Dazu gehört auch der Anteil der Exporte aller Hochtechnologieprodukte am Gesamtexport. Hochtechnologie basiert stark auf den Faktor „Wissen“ und ist somit eine innovationsstarke Branche. Insofern kann ein hoher Exportanteil von Hochtechnologieprodukten als Charakteristikum für eine fortschrittlich orientierte Volkswirtschaft aufgefasst werden. Unter die Hochtechnologiesparte fallen folgende Produktkategorien: Luftfahrt, Computer, Büromaschinen, Elektronik, Instrumente, Pharmazeutika, elektrische Maschinen und Waffen.

### Exportweltmeister Deutschland mit nur mittelmäßigem Hochtechnologieanteil

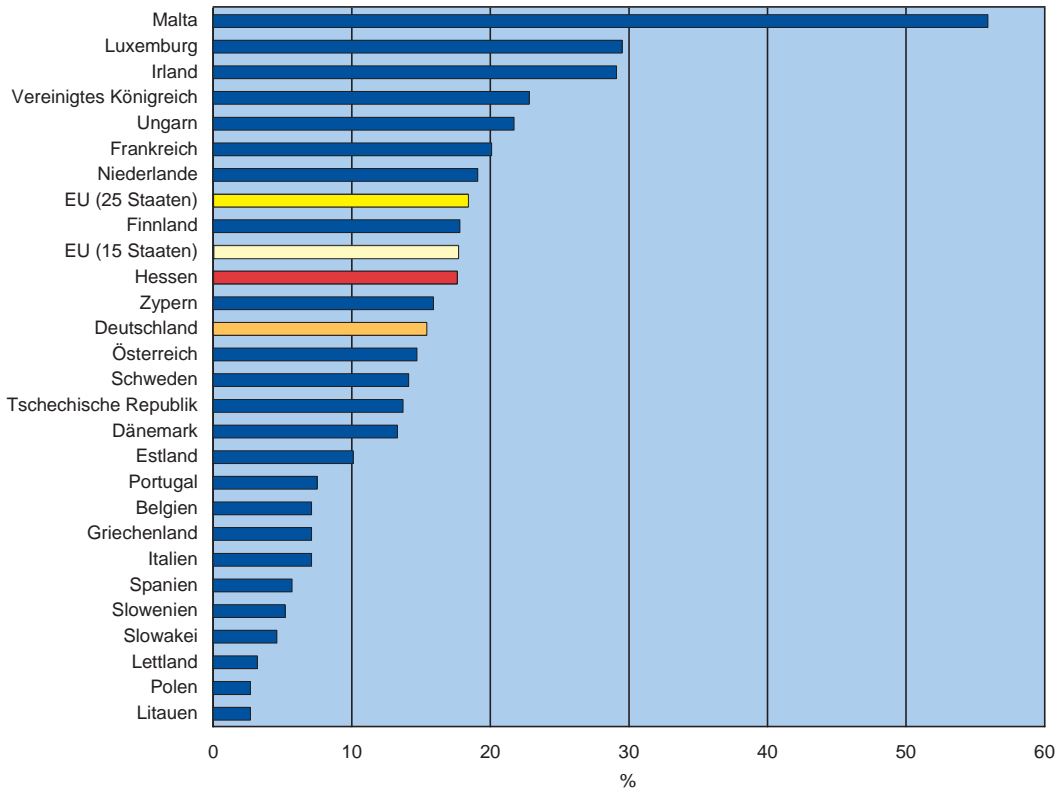
Deutschland wird seit einigen Jahren als Exportweltmeister gerühmt. Im Jahr 2004 wies es unter allen Nationen mit 731,5 Mrd. Euro die höchste Exportsumme auf. Darunter entfielen 15 % auf Hochtechnologieprodukte; ein Anteil, mit dem Deutschland im Europavergleich eher im Mittelfeld anzusiedeln ist. Das Exportvolumen **Hessens** betrug im selben Jahr 37,2 Mrd. Euro. Die Hochtechnologieprodukte hatten daran mit 18 % einen leicht höheren Anteil als in Deutschland.

Von Malta mit 56 % abgesehen, erreichten beim EU-Vergleich Luxemburg (30 %) und Irland (29 %) die Spitzenwerte. Es folgten das Vereinigte Königreich (23 %) und Ungarn (22 %). In den neuen EU-Mitgliedstaaten wie Litauen, Polen und Lettland (jeweils 3 %) sowie der Slowakei und Slowenien (beide 5 %) trug die Hochtechnologiebranche nur in geringem Maße zum Gesamtexport bei. Aber auch in Spanien (6 %), Belgien, Griechenland und Italien (jeweils 7 %) war dieser Sektor vergleichsweise schwach im Export vertreten.

In den Außenhandelsstatistiken der EU-Nationen wird die Ausfuhr unterteilt in Exporte nach Staaten innerhalb der EU (Intrahandel) und außerhalb der EU (Extrahandel). Während bei den Indikatorwerten der einzelnen EU-Staaten alle (Hochtechnologie-)Exporte einschl. der Intra-EU-Exporte berücksichtigt werden, beziehen sich die EU-25- und EU-15-Angaben lediglich auf die Extra-EU-Exporte. Der Sinn der Sonderbehandlung für EU-25 und EU-15 liegt darin, dass die Europäische Kommission die EU als zusammengefassten Wirtschaftsraum mit anderen bedeutenden Exportnationen wie USA und Japan vergleichen will. Bezogen auf die Extra-EU-Exporte, erreichte im Jahr 2004 die EU-25 mit 18 % einen gleich hohen Hochtechnologieanteil wie die EU-15. Bestimmt man auch für **Hessen** den Anteil der (Extra-EU-Export-)Hochtechnologieprodukte am hessischen Extra-EU-Export insgesamt, so errechnet sich ein Wert von 16 %, der somit etwas geringer ist als der bereits oben genannte Hochtechnologieanteil von 18 % am gesamten Export.

## Hochtechnologieexporte<sup>1)</sup> 2004

Anteil der Exporte von Hochtechnologieprodukten am Gesamtexport (in %)



1) Die Daten für die EU-25 und EU-15 schließen die Intra-EU-Exporte aus, während die Daten für einzelne Mitgliedstaaten diese mit umfassen.  
Quelle: Eurostat.



## Indikator IV-4: Streuung der regionalen Erwerbstätigenquoten

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb eines Staates verläuft vielfach nicht einheitlich, sondern weist regionale Polaritäten auf, was zu Spannungen in und zwischen den Regionen führen kann. So entwickeln sich Räume mit geringem Beschäftigungspotenzial und damit einhergehender Arbeitslosigkeit häufig zu Problemzonen. Die EU strebt daher eine räumlich möglichst gleichmäßige Entwicklung an und unterstützt wirtschaftlich vernachlässigte Regionen. Als ein Indiz für räumliche Disparitäten innerhalb eines Staates kommt die Streuung der regionalen Erwerbstätigenquoten in Frage. Der so genannte Variationskoeffizient eines Staates errechnet sich aus den Erwerbstätigenquoten der einzelnen zugehörigen Regionen auf NUTS-Ebene 2 gemäß der EU-Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik. Die Streuung ist gleich null, wenn die Erwerbstätigenquoten (der 15- bis 64-Jährigen) in allen Regionen identisch sind. Umgekehrt steigt sie an, wenn die Unterschiede zwischen den Erwerbstätigenquoten der Regionen zunehmen.

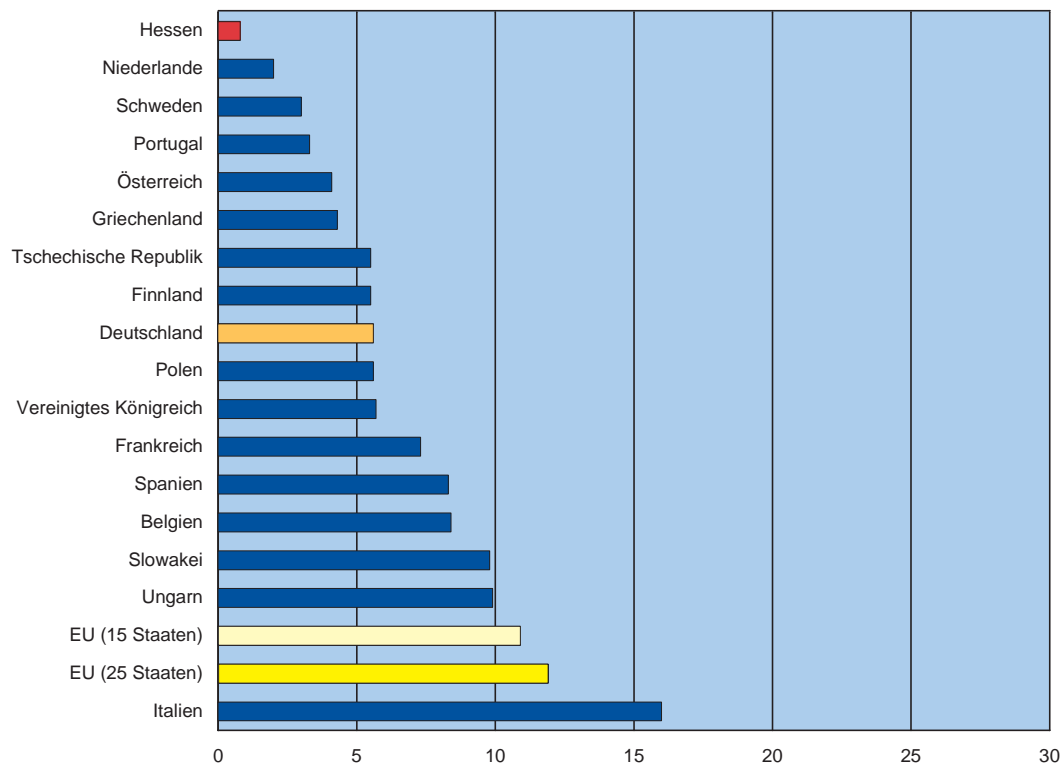
## Erwerbstätigenquoten der drei Hessen-Regierungsbezirke nahezu gleich

Da nach der EU-Gebietssystematik einige EU-Staaten mit kleiner Bevölkerungsanzahl auf der NUTS-Ebene 2 keine regionale Untergliederung aufweisen, werden sie nicht in die Auswertung aufgenommen. Gleiches gilt für Irland mit lediglich zwei Regionen auf NUTS-Ebene 2. Nach oben beschriebener Methodik wies im Jahr 2005 Italien mit einem Variationskoeffizienten von 16,0 die größte Streuung auf, was auf

den Gegensatz zwischen dem fortschrittlichen Norden und dem beschäftigungsschwachen Süden zurückzuführen ist. Der EU-25-Koeffizient errechnet sich aus den Erwerbstätigenquoten aller EU-Regionen (einschl. derjenigen, die als einzige Region auf NUTS-Ebene 2 den jeweiligen EU-Staat repräsentieren) und kam 2005 auf einen Wert von 11,9, der so nur von Italien übertroffen wurde. Auch in Ungarn (9,9) und Slowakei (9,8) sind vergleichsweise große räumliche Disparitäten zu verzeichnen. In den Niederlanden (2,0) ist die Beschäftigung am gleichmäßigsten im Raum verteilt. Schweden (3,0), Portugal (3,3) und Österreich (4,1) (beide mit lediglich 3 Regionen) erreichten auch niedrige Werte. Deutschland hatte mit 41 Regionen auf NUTS-Ebene 2 einen Variationskoeffizienten von 5,6. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis sind zum einen das Gefälle der Erwerbstätigenquoten von Süden nach Norden und zum anderen die vergleichsweise niedrigen Beschäftigungsraten in Ostdeutschland. **Hessen** (NUTS-Ebene 1) ist in die drei Regierungsbezirke Darmstadt, Gießen und Kassel untergliedert, die gleichzeitig den Regionen auf NUTS-Ebene 2 entsprechen. Da sich deren Erwerbstätigenquoten (Darmstadt: 67,2 %, Gießen: 66,8 % und Kassel: 65,9 %) kaum unterscheiden, fiel Hessens Koeffizient mit 0,8 sehr niedrig aus. Die Streuung der Erwerbstätigenquoten ist in allen Staaten der EU-25 (weiblich: 16,9; männlich: 9,7) bei den Frauen größer als bei den Männern, außer in Österreich (weiblich: 3,4; männlich: 4,9) und Deutschland (weiblich: 4,8; männlich: 7,2). In **Hessen** glichen sich die Koeffizienten bei beiden Geschlechtern (weiblich: 0,8; männlich: 0,9) nahezu an.

## Streuung der regionalen Erwerbstätigenquoten 2005<sup>1)</sup> — insgesamt

Variationskoeffizient regionaler (NUTS-Ebene 2) Erwerbstätigenquoten<sup>2)</sup>

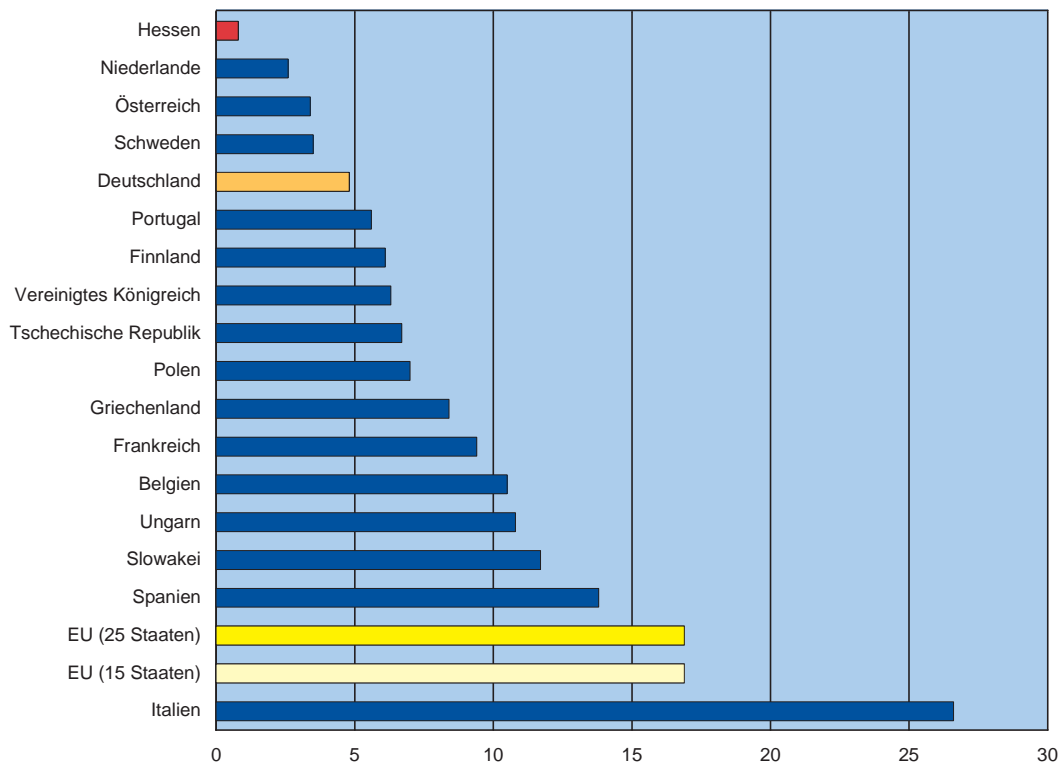


1) Keine Angaben zu Dänemark, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern. — 2) Altersgruppe 15—64 Jahre.  
 Quellen: Eurostat, für Hessen: Eurostat, eigene Berechnungen.



## Streuung der regionalen Erwerbstätigenquoten 2005<sup>1)</sup> — weiblich

Variationskoeffizient regionaler (NUTS-Ebene 2) Erwerbstätigenquoten<sup>2)</sup> der Frauen

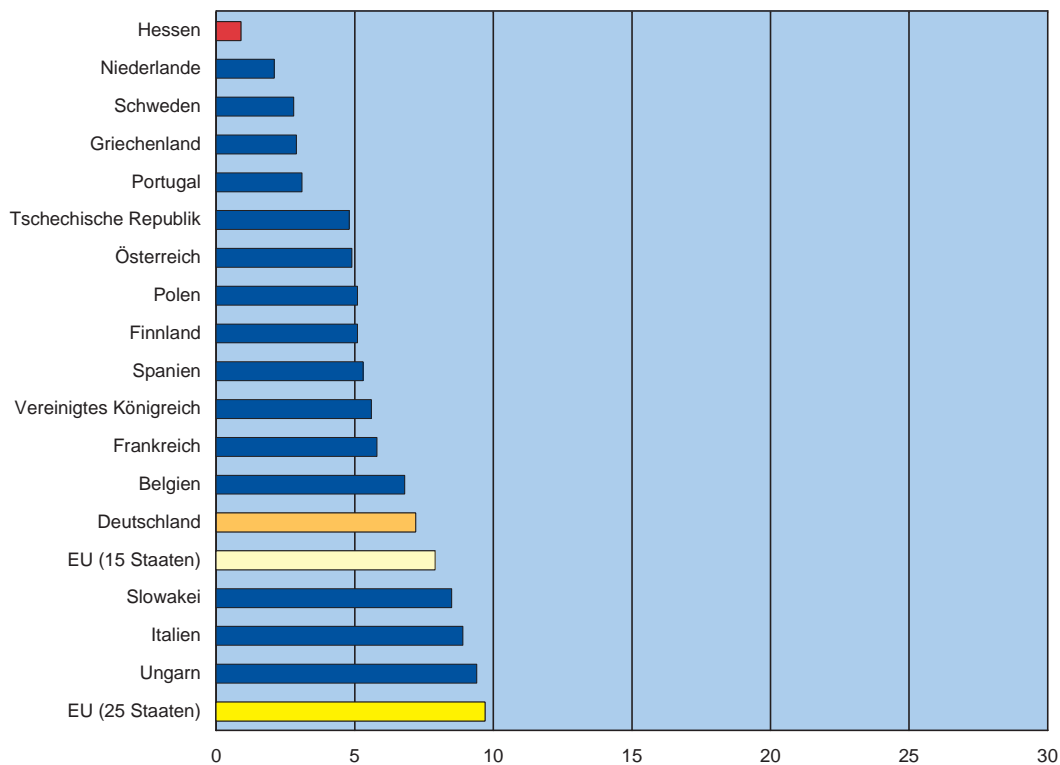


1) Keine Angaben zu Dänemark, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern. — 2) Altersgruppe 15—64 Jahre.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Eurostat, eigene Berechnungen.

## Streueung der regionalen Erwerbstätigenquoten 2005<sup>1)</sup> — männlich

Variationskoeffizient regionaler (NUTS-Ebene 2) Erwerbstätigenquoten<sup>2)</sup> der Männer



1) Keine Angaben zu Dänemark, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern. — 2) Altersgruppe 15—64 Jahre.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Eurostat, eigene Berechnungen.



## Indikator IV-5: Frühe Schulabgänger (mit geringer Qualifikation)

Das Thema „Bildungsniveau“ wurde bereits beim Indikator II-9 (S. 64) angesprochen. Ein allgemein hoher Bildungsstandard wurde dabei als günstige Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit eines Staates interpretiert. Unter veränderter Perspektive kann man innerhalb des Themenkomplexes „Sozialer Zusammenhalt“ eine mangelhafte oder mittelmäßige Schulausbildung von jungen Erwachsenen bei deren gleichzeitiger Abstinenz von jeglicher Lernmaßnahme als Gefahr für einen möglichen sozialen Abstieg ansehen. Schließlich gilt ein niedriges Bildungsniveau zumindest in fortschrittlich orientierten Industrienationen als ungünstig für den beruflichen Werdegang. Damit geht ein höheres Risiko einher, später von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Ein diesbezüglicher Indikator bestimmt den Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die an keiner Aus- und Weiterbildung teilnehmen und höchstens das Bildungsniveau des Sekundarbereichs I bzw. ISCED 2 (einschl. 3c) haben, an der Bevölkerung gleichen Alters. In Deutschland entspricht das Bildungsniveau ISCED 2 (bzw. 3c) dem Realschulabschluss. Junge Erwachsene mit abgeschlossener Berufsausbildung oder höherem Schulabschluss (in Deutschland (Fach-)Abitur) fallen demnach nicht in diese Gruppe.

### In Hessen ist jeder Achte ein „früher Schulabgänger“

Wie auch beim Indikator II-9 (S. 64) landeten v. a. die neuen EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2005 auf den Spitzenplätzen: Slowenien (4,3 %, unzuverlässiger Wert), Polen (5,5 %), Slo-

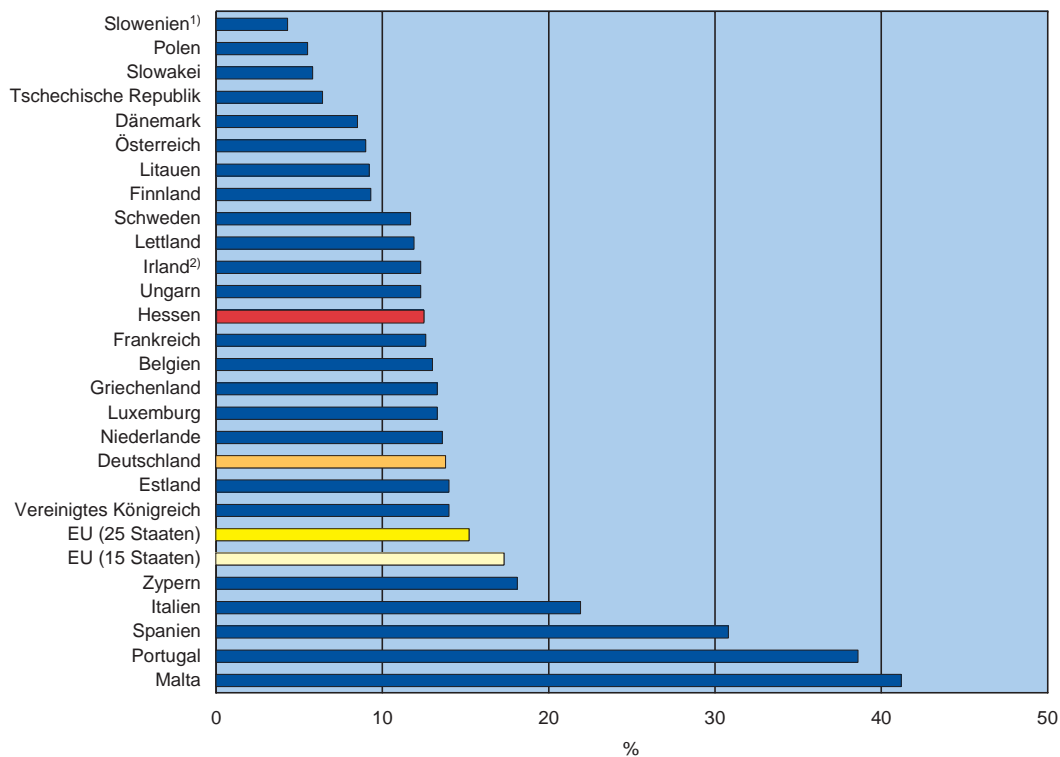
wakei (5,8 %) und die Tschechische Republik (6,4 %) platzierten sich vor Dänemark (8,5 %) und Österreich (9,0 %). Dementsprechend lag der EU-25-Durchschnitt mit 15,2 % um gut 2 Prozentpunkte niedriger als der entsprechende Wert der EU-15 (17,3 %).

Mit 13,8 % konnte Deutschland die EU-Durchschnittswerte unterbieten. Noch besser schnitt **Hessen** ab: 12,5 % oder jeder achte 18-24-Jährige hatte kein (Fach)Abitur sowie keine abgeschlossene Berufsausbildung und nahm auch nicht an einer Ausbildung oder einem Unterricht teil. In den letzten Jahren blieb diese Quote innerhalb einer gewissen Schwankungsbreite auf annähernd gleich hohem Niveau sowohl in Deutschland (1999: 14,9 %, 2002: 12,6 %) als auch in Hessen (2002: 12,6 %).

Die ungünstigsten Ergebnisse wiesen die Mittelmeerstaaten Malta (41 %), Portugal (39 %), Spanien (31 %) und Italien (22 %) auf. Diese Werte könnten darauf hindeuten, dass dort ein Großteil der Jugendlichen althergebrachten Traditionen folgend die schulische Laufbahn baldmöglichst abbrechen, um anschließend eine entgeltliche Tätigkeit aufzunehmen. EU-weit übertraf im Jahr 2005 die Quote der „frühen Schulabgänger“ der Männer (EU-25: 17,3 %, EU-15: 19,6 %) die der Frauen (EU-25: 13,1 %, EU-15: 14,9 %). In **Hessen** war dieser Anteil bei den Männern mit 13,3 % gleichfalls höher als bei den Frauen mit 11,8 %. In Deutschland ist in diesem Jahr jedoch ein umgekehrtes Geschlechterverhältnis zu verzeichnen (männlich: 13,5 %, weiblich: 14,1 %).

## Frühe Schulabgänger 2005 — insgesamt

Anteil der Bevölkerung im Alter von 18—24 Jahren, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben, an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)



1) Unzuverlässiger Wert. — 2) Vorläufiger Wert.

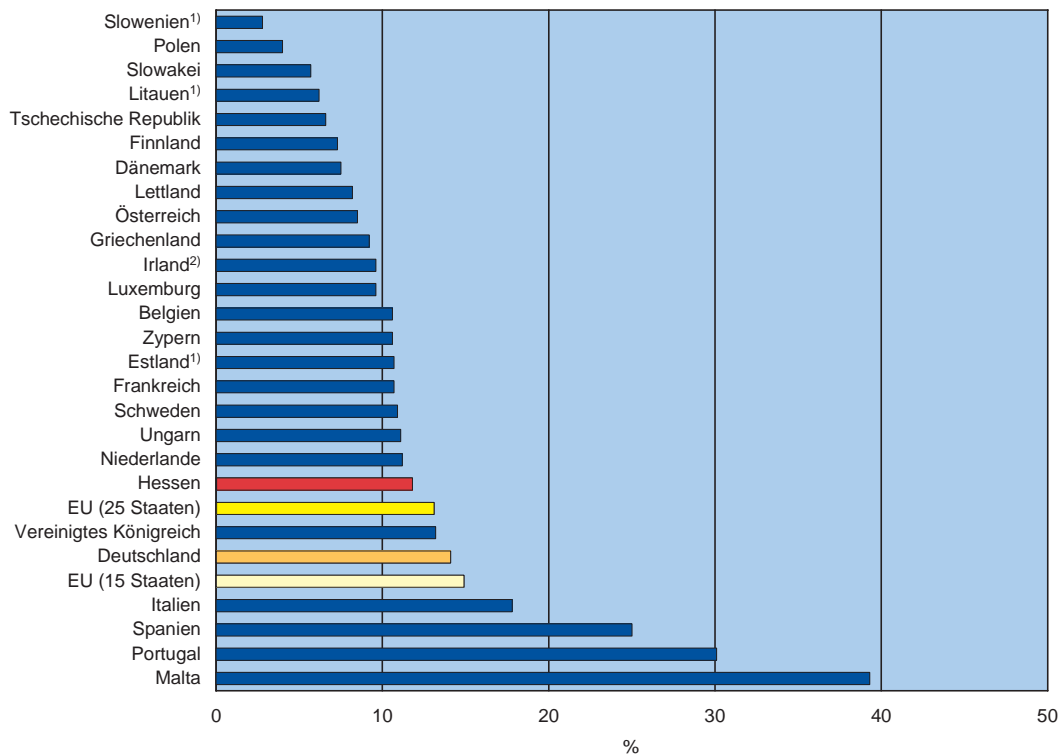
Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.





## Frühe Schulabgänger 2005 — weiblich

Anteil der Frauen im Alter von 18—24 Jahren, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben, an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)

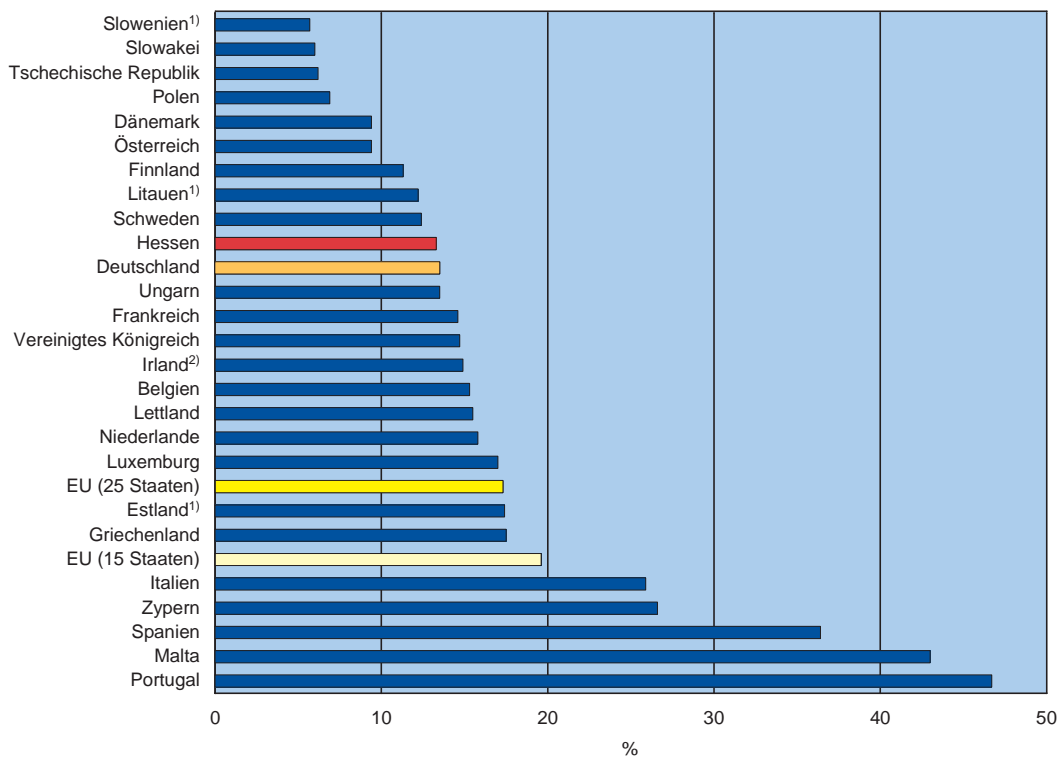


1) Unzuverlässiger Wert. — 2) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

## Frühe Schulabgänger 2005 — männlich

Anteil der Männer im Alter von 18—24 Jahren, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen und höchstens einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs I haben, an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



1) Unzuverlässiger Wert. — 2) Vorläufiger Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Indikator IV-6: Langzeiterwerbslosenquote

Innerhalb der Gruppe der Erwerbslosen wird den Langzeiterwerbslosen seitens der Politik und der Arbeitsvermittlung besondere Aufmerksamkeit zuteil, da Langzeiterwerbslose verstärkt von einem dauerhaften sozialen Abstieg bedroht sind. Gemäß dem ILO(International Labour Organisation)-Konzept ist eine langzeiterwerbslose Person mindestens 15 Jahre alt, seit über zwölf Monaten erwerbslos, Arbeit suchend und bereit, eine neue Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Bezüglich der meisten EU-Staaten wird für den Indikator „Langzeiterwerbslosenquote“, definiert als Anteil der Langzeiterwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung, die EU-Arbeitskräfteerhebung (EU-AKE) als primäre Datenquelle herangezogen.

### In Hessen ist etwa jeder zweite Erwerbslose langzeiterwerbslos

In der EU-25 betrug die Langzeiterwerbslosenquote im Jahr 2005 3,9 %, womit sie um gut einen halben Prozentpunkt über der entsprechenden Rate der EU-15 von 3,3 % lag. Beide Quoten haben sich seit 2000 (EU-25: 3,9 %; EU-15: 3,4 %) – wenn auch mit kleinen Schwankungen – kaum verändert.

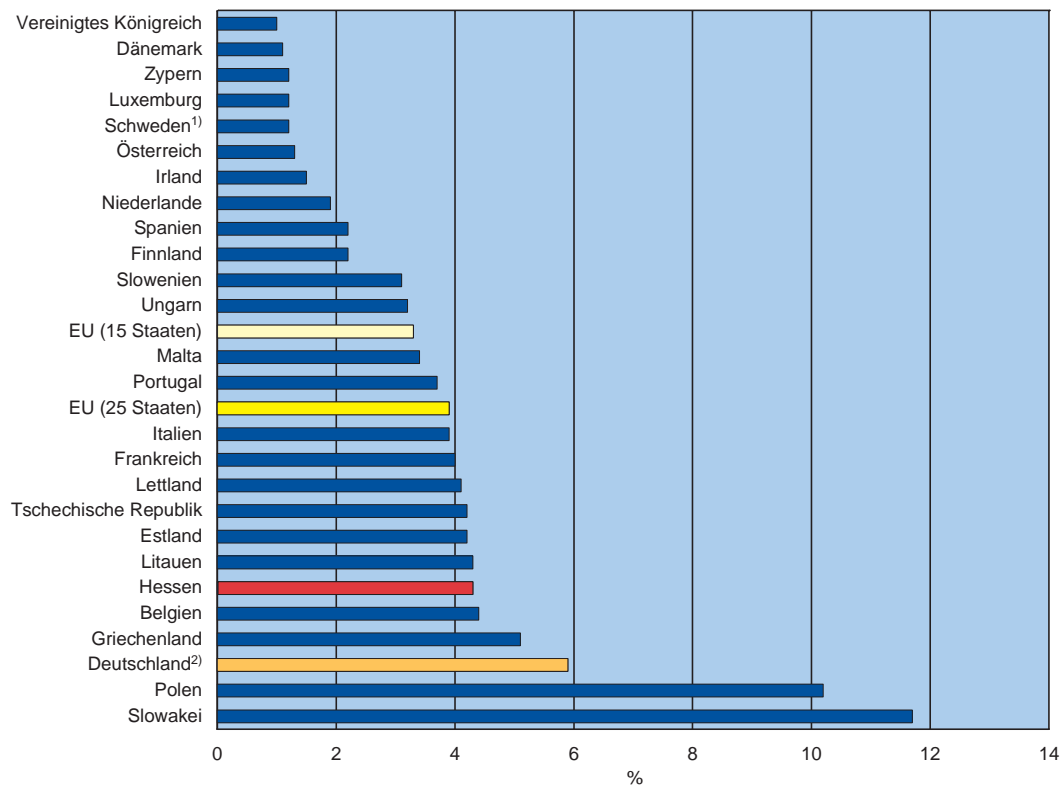
Die höchsten Langzeiterwerbslosenquoten wiesen die Staaten Slowakei (11,7 %) und Polen (10,2 %) auf, die innerhalb

der EU auch die höchsten Erwerbslosenanteile an der Erwerbsbevölkerung hatten (s. Indikator I-7, S. 46). Auf dem drittletzten Platz landete bereits Deutschland. Da Eurostat bei diesem Strukturindikator für Deutschland eine Datengrundlage verwendet, die für Hessen nicht anwendbar ist, wird an dieser Stelle für Deutschland und Hessen wie bei den anderen EU-Staaten auf die EU-AKE zurückgegriffen. Demnach stieg die Langzeiterwerbslosenquote in Deutschland von 4,0 % im Jahr 2002 auf 5,9 % im Jahr 2005. In **Hessen** nahm sie im selben Zeitraum von 2,6 auf 4,3 % zu. Da im Jahr 2005 die Erwerbslosenquoten in Deutschland 11,2 % und in Hessen 8,5 % (s. Indikator I-7, S. 46) betragen, kann daraus der Schluss gezogen werden, dass bei beiden etwa jeder zweite Erwerbslose langzeiterwerbslos war. Von den EU-Staaten wiesen das Vereinigte Königreich (1,0 %) und Dänemark (1,1 %) die niedrigsten Langzeiterwerbslosenquoten auf.

Im EU-25-Durchschnitt waren Frauen (4,5 %) stärker von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen als Männer (3,5 %). Nach den Ergebnissen der EU-AKE unterscheidet sich die Langzeiterwerbslosenquote beider Geschlechter in Deutschland (weiblich: 5,8 %; männlich: 6,0 %) wenig, während in **Hessen** die Männer (4,6 %) sogar stärker von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen waren als Frauen (3,9 %).

## Langzeiterwerbslosenquote 2005 — insgesamt

Anteil der Langzeiterwerbslosen (12 Monate oder mehr) an der Erwerbsbevölkerung (in %)



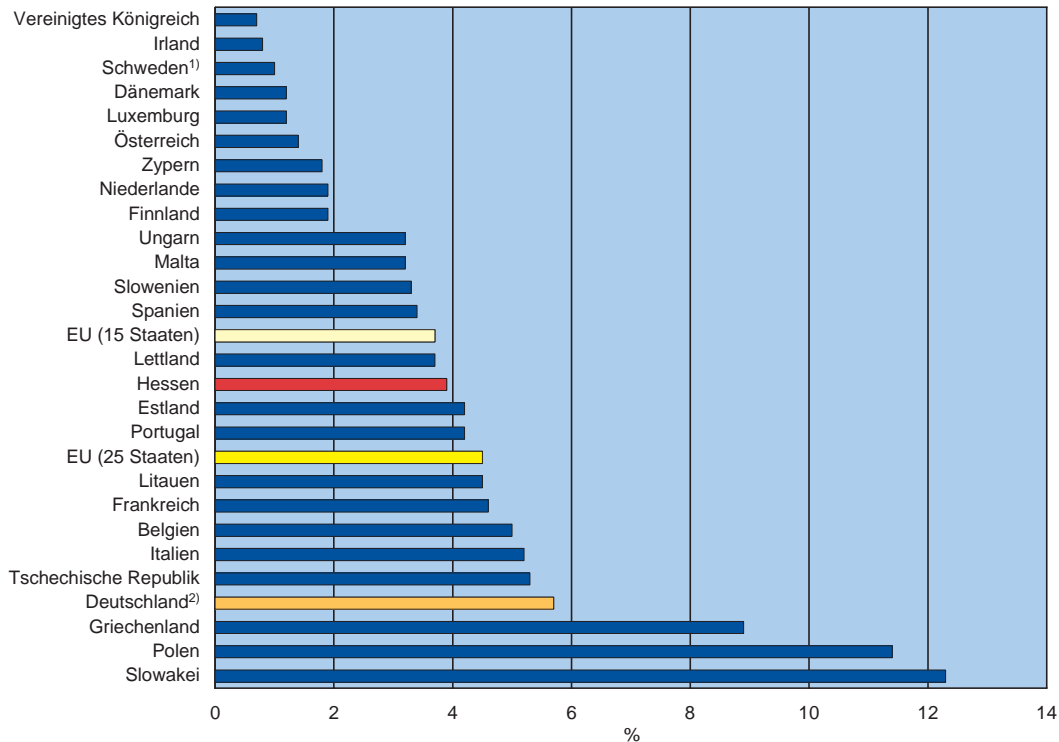
1) Vorläufiger Wert. — 2) Ergebnis der EU-Arbeitskräfteerhebung. Wert weicht von der Eurostat-Angabe zu diesem Strukturindikator (andere Datenquelle mit anderer Erhebungsgrundlage) ab.

Quellen: Eurostat, für Deutschland und Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Langzeiterwerbslosenquote 2005 — weiblich

Anteil der weiblichen Langzeiterwerbslosen (12 Monate oder mehr) an der Erwerbsbevölkerung gleichen Geschlechts (in %)

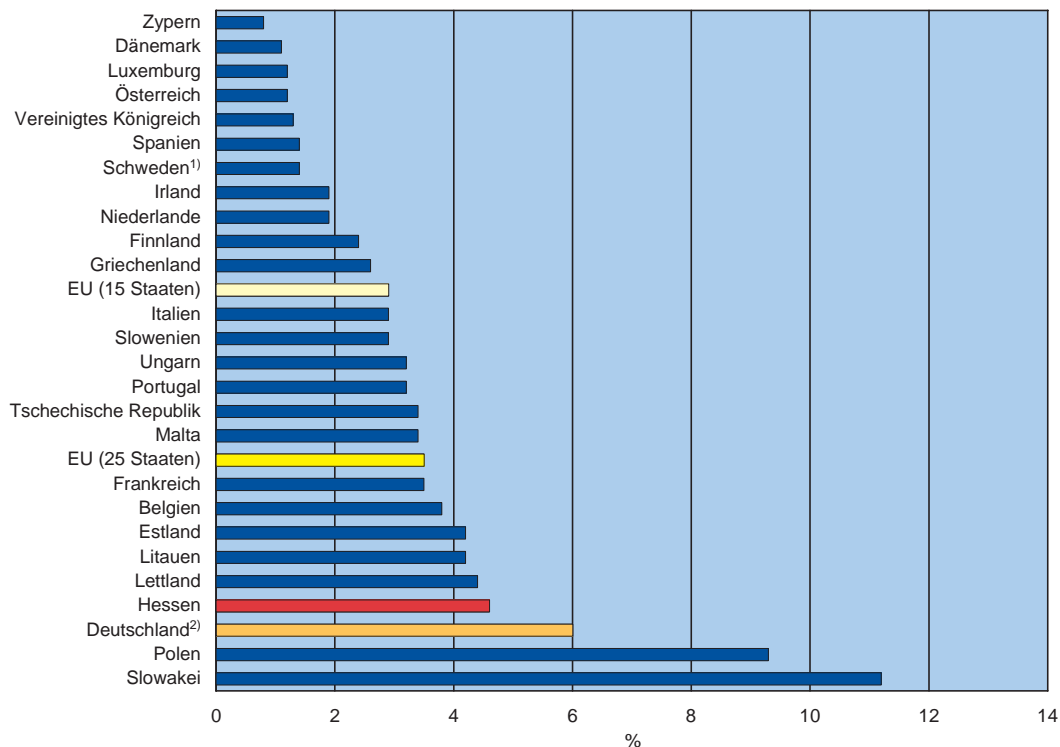


1) Vorläufiger Wert. — 2) Ergebnis der EU-Arbeitskräfteerhebung. Wert weicht von der Eurostat-Angabe zu diesem Strukturindikator (andere Datenquelle mit anderer Erhebungsgrundlage) ab.

Quellen: Eurostat, für Deutschland und Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.

## Langzeiterwerbslosenquote 2005 — männlich

Anteil der männlichen Langzeiterwerbslosen (12 Monate oder mehr) an der Erwerbsbevölkerung gleichen Geschlechts (in %)



1) Vorläufiger Wert. — 2) Ergebnis der EU-Arbeitskräfteerhebung. Wert weicht von der Eurostat-Angabe zu diesem Strukturindikator (andere Datenquelle mit anderer Erhebungsgrundlage) ab.

Quellen: Eurostat, für Deutschland und Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts, eigene Berechnungen.



## Indikator IV-7.a: Kinder im Alter von 0–17 Jahren in erwerbslosen Haushalten

Erwerbslose Haushalte sind gegenüber Haushalten mit regelmäßigen Erwerbseinkommen benachteiligt. Kinder in solchen Haushalten sind zudem häufig in Bezug auf ihre Bildungschancen und damit verbunden auch in ihren künftigen beruflichen Entwicklungschancen beeinträchtigt. Unter Umständen geht dies noch mit einer sozialen Ausgrenzung unter Gleichaltrigen einher. Damit entsteht für die EU und deren Mitgliedstaaten eine soziale Verantwortung, der sie sich stellen müssen. Der hier behandelte Strukturindikator berücksichtigt die Kinder in dieser Situation und nennt den Anteil der 0- bis 17-Jährigen, die in Haushalten leben, bei denen die Einkommensbezieher als Erwerbspersonen gelten, aber erwerbslos sind, an allen Kindern gleichen Alters. Die erforderliche Datenbasis entstammt der jährlichen EU-Arbeitskräfteerhebung in der gesamten EU.

## Anteil Deutschlands über, Anteil Hessens unter dem EU-Durchschnitt

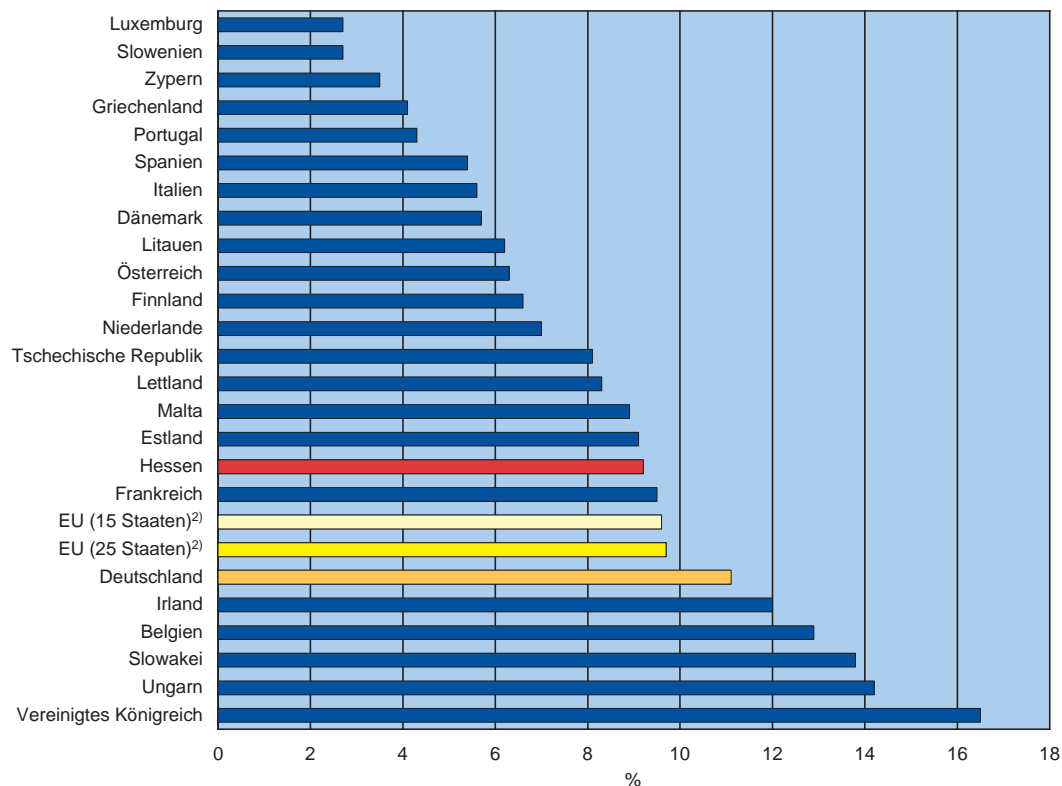
Das Problem „Kinder in erwerbslosen Haushalten“ scheint in den alten und neuen EU-Staaten gleichermaßen präsent zu sein, da im Jahr 2005 sowohl die EU-25 als auch die EU-15 nahezu den gleichen Durchschnitt von 9,7 bzw. 9,6 % aufwiesen. Jedoch lagen sowohl in der EU-25 als auch in der EU-15 die Werte der einzelnen Staaten recht weit auseinander.

Die höchsten Anteilswerte wurden im Vereinigten Königreich (16,5 %), in Ungarn (14,2 %) und der Slowakei (13,8 %) ermittelt. Vergleicht man diese Angaben mit den Ergebnissen der selben Staaten beim nächsten Indikator IV-7.b „18- bis 59-Jährige in erwerbslosen Haushalten“ (S. 88), lässt sich vermuten, dass in den genannten Staaten Haushalte mit Kindern offensichtlich stärker von Erwerbslosigkeit betroffen sind als Haushalte ohne Kinder.

Die Spitzenplätze erreichten die Staaten Luxemburg, Slowenien (beide 2,7 %), Zypern (3,5 %) und Griechenland (4,1 %). Ein erneuter Blick zum folgenden Indikator IV-7.b (S. 88) lässt mutmaßen, dass in diesen Staaten Haushalte mit Kindern seltener der Kategorie „Erwerbslosenhaushalt“ zuzuordnen sind. Während Deutschlands Wert mit 11,1 % über dem EU-Durchschnitt lag, erzielte **Hessen** ein Ergebnis von 9,2 % und damit unterhalb des Durchschnitts. Zwischen Deutschland und Hessen klafften die Werte relativ weit auseinander. Sowohl in Deutschland als auch in Hessen ist seit 2002 eine deutliche Zunahme des Anteils der Kinder in erwerbslosen Haushalten zu verzeichnen, was auf die seit 2002 allgemein gestiegene Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. So betragen die Werte 2002 in Deutschland noch 9,3 % und in Hessen 8,4 %.

### Kinder im Alter von 0—17 Jahren in erwerbslosen Haushalten 2005<sup>1)</sup>

Anteil der Kinder im Alter von 0—17 Jahren in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)



1) Keine Angabe zu Polen und Schweden. — 2) Geschätzter Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts.





## Indikator IV-7.b: Personen im Alter von 18–59 Jahren in erwerbslosen Haushalten

Die Fragestellung bei diesem Indikator ähnelt sehr den Überlegungen im vorherigen Kapitel. Hier jedoch bezieht sich der Indikator auf die Erwachsenen und wird definiert als Anteil der 18- bis 59-Jährigen in Haushalten, in denen die Einkommensbezieher als Erwerbspersonen erwerbslos sind, an allen Personen gleichen Alters. Erwerbspersonen setzen sich aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen; ökonomisch inaktive Personen gehören nicht dazu. Als Datenbasis wird hier ebenso die EU-Arbeitskräfteerhebung herangezogen.

### Frauen etwas stärker als Männer betroffen

Ein Vergleich zwischen diesem und dem vorherigen Indikator IV-7.a „Kinder in erwerbslosen Haushalten“ (S. 86) ergibt, dass sich bei beiden Indikatoren die Durchschnittsanteile der EU kaum unterscheiden. Die Prozentanteile bei den Erwachsenen betragen im Jahr 2005 in der EU-25 10,2 % und in der EU-15 9,8 % und lagen damit um weniger als 1 Prozentpunkt über den entsprechenden Werten bei den Kindern in erwerbslosen Haushalten.

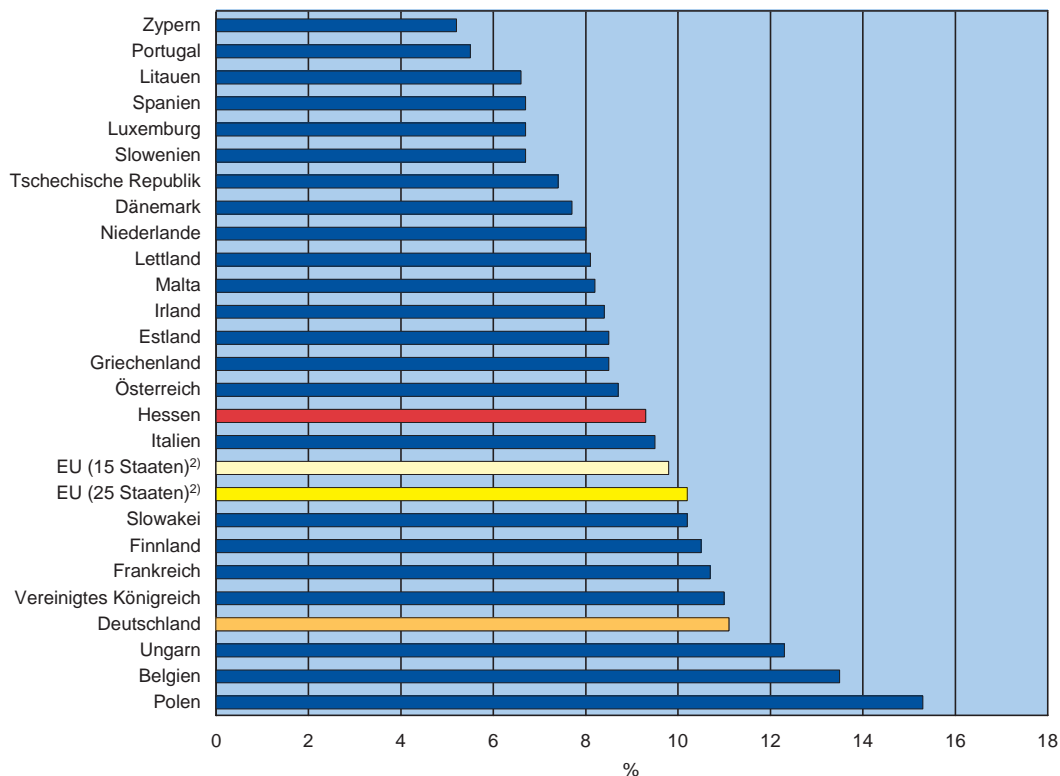
Die höchsten Werte bei den Erwachsenen in erwerbslosen Haushalten wiesen Polen (15,3 %), Belgien (13,5 %) und Ungarn (12,3 %) auf. Deutschland folgte mit 11,1 % und stand somit auf dem viertletzten Platz. Während sich der Durch-

schnittsanteil der EU-25 seit 2002 kontinuierlich bei 10,2 bzw. 10,3 % hielt, verschlechterte sich Deutschlands Wert von 10,0 % im Jahr 2002 um gut 1 Prozentpunkt auf 11,1 % bis 2005, was sich durch die gestiegene Arbeitslosigkeit erklären lässt. Eine ähnliche, nicht so starke Zunahme von 8,7 % im Jahr 2002 auf 9,3 % lag auch in **Hessen** vor. Allerdings bewegten sich Hessens Werte auf einem Niveau unterhalb derjenigen von Deutschland und der EU.

Die niedrigsten und damit günstigsten Werte erzielten Zypern (5,2 %), Portugal (5,5 %) und Litauen (6,6 %). In erster Linie übt der Umfang der Arbeitslosigkeit einen Einfluss auf diesen Indikator aus. Es spielen aber auch andere Faktoren eine Rolle, wie die Personenanzahl im Haushalt (Single-Haushalt, langer Verbleib von erwachsenen Kindern im Elternhaushalt).

In allen EU-Staaten außer in Finnland sowie in den baltischen Staaten war der Anteil bei den Frauen höher als bei den Männern. So lag der weibliche Durchschnittswert im Jahr 2005 sowohl in der EU-25 (11,2 %) als auch in EU-15 (10,7 %) um knapp 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Durchschnitt bei den Männern (EU-25: 9,3 %, EU-15: 8,8 %). Geringer war der Unterschied zwischen den Geschlechtern in Deutschland (weiblich: 11,3 %, männlich: 10,9 %) und **Hessen** (weiblich: 9,8 %, männlich: 8,8 %).

**Personen im Alter von 18—59 Jahren in erwerbslosen Haushalten 2005<sup>1)</sup> — insgesamt**  
 Anteil der Bevölkerung im Alter von 18—59 Jahren in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der Bevölkerung gleichen Alters (in %)



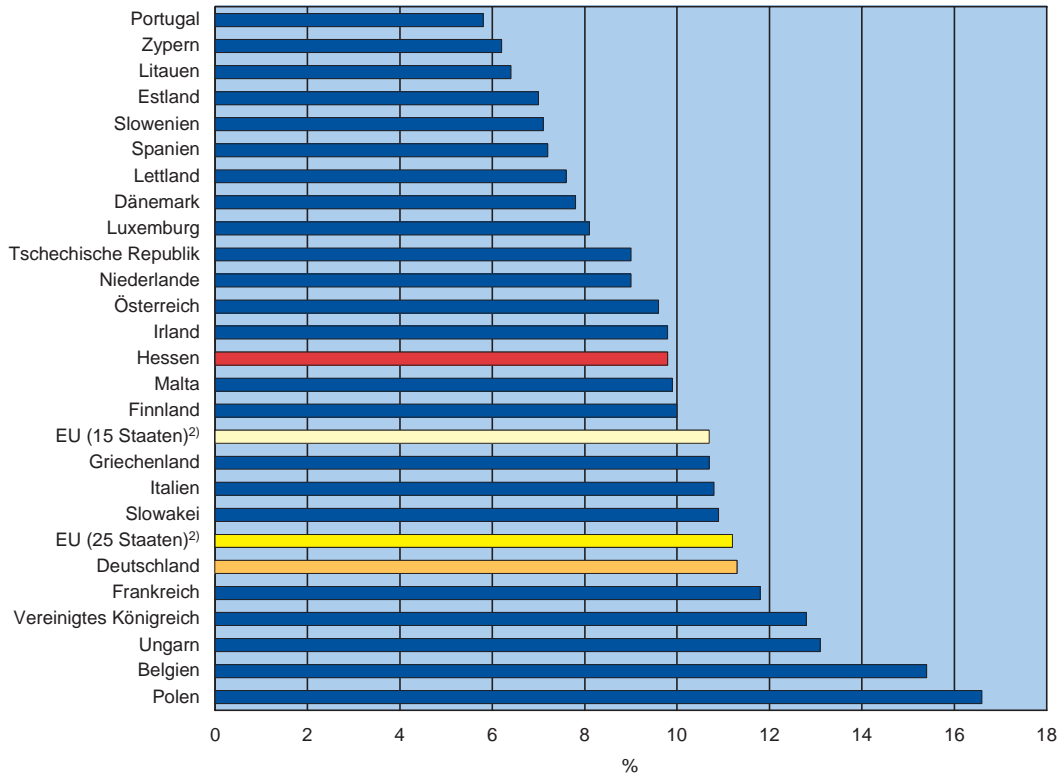
1) Keine Angabe zu Schweden. — 2) Geschätzter Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts.



## Personen im Alter von 18—59 Jahren in erwerbslosen Haushalten 2005<sup>1)</sup> — weiblich

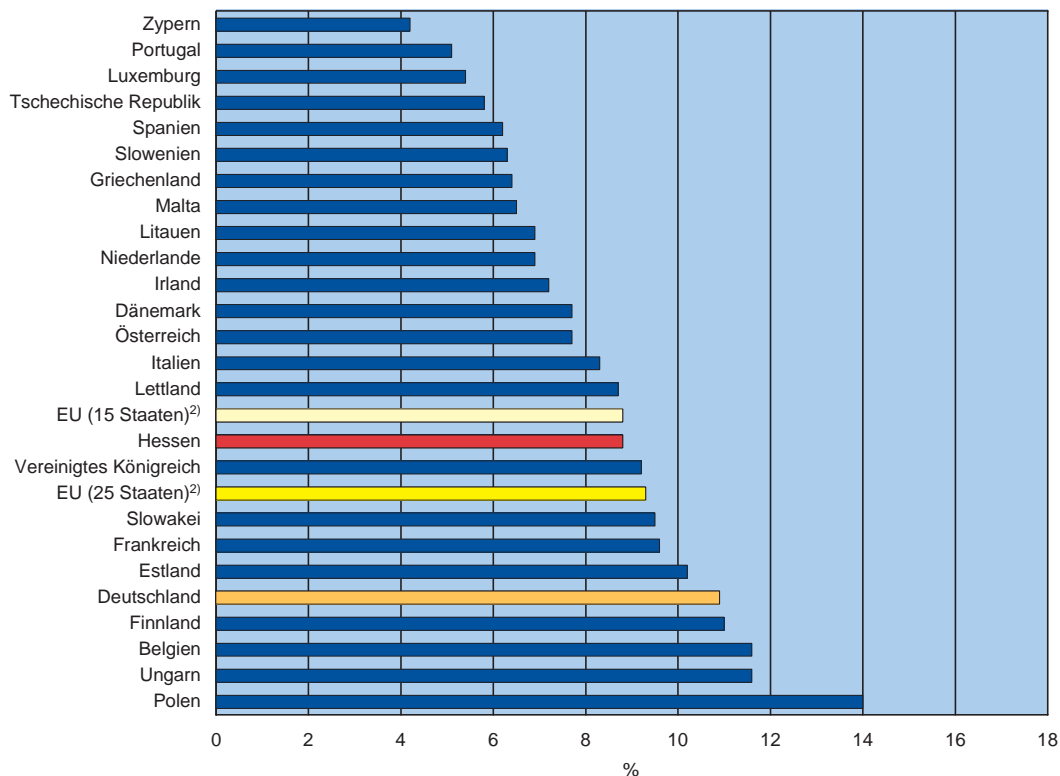
Anteil der Frauen im Alter von 18—59 Jahren in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



1) Keine Angabe zu Schweden. — 2) Geschätzter Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts.

**Personen im Alter von 18—59 Jahren in erwerbslosen Haushalten 2005<sup>1)</sup> — männlich**  
 Anteil der Männer im Alter von 18—59 Jahren in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters (in %)



1) Keine Angabe zu Schweden. — 2) Geschätzter Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Europäischer Datenservice d. Stat. Bundesamts.



## Indikator V-2: Energieintensität

Ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Europa kommt nicht ohne Umweltschutz aus. Um nationale Anstrengungen zum Erhalt natürlicher Ressourcen verfolgen zu können, wählte die Europäische Kommission mehrere messbare Umweltindikatoren für den letzten Themenbereich „Umwelt“ aus. Leider befindet sich die statistische Erfassung dieser Merkmale auf Bundesländerebene noch im Aufbau – trotz verstärkter Bemühungen z. B. bei den „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder“. Immerhin kann Hessen aber anhand von vier Umweltindikatoren mit der EU verglichen werden. Einen ersten Eindruck von der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen vermittelt die „Energieintensität“ (auch Energienutzungsgrad), bei der der Bruttoinlandsverbrauch an (Primär-)Energie (Kohle, Elektrizität, Öl, Erdgas und erneuerbare Energie; umgerechnet in kg Rohöleinheiten [kg ROE]) zum Bruttoinlandsprodukt (BIP, verkettet mit Referenzjahr 1995 und ECU-Wechselkursen von 1995) in Beziehung gesetzt wird. Für Hessen liegen zu diesem Indikator Daten aus dem Jahr 2002 vor.

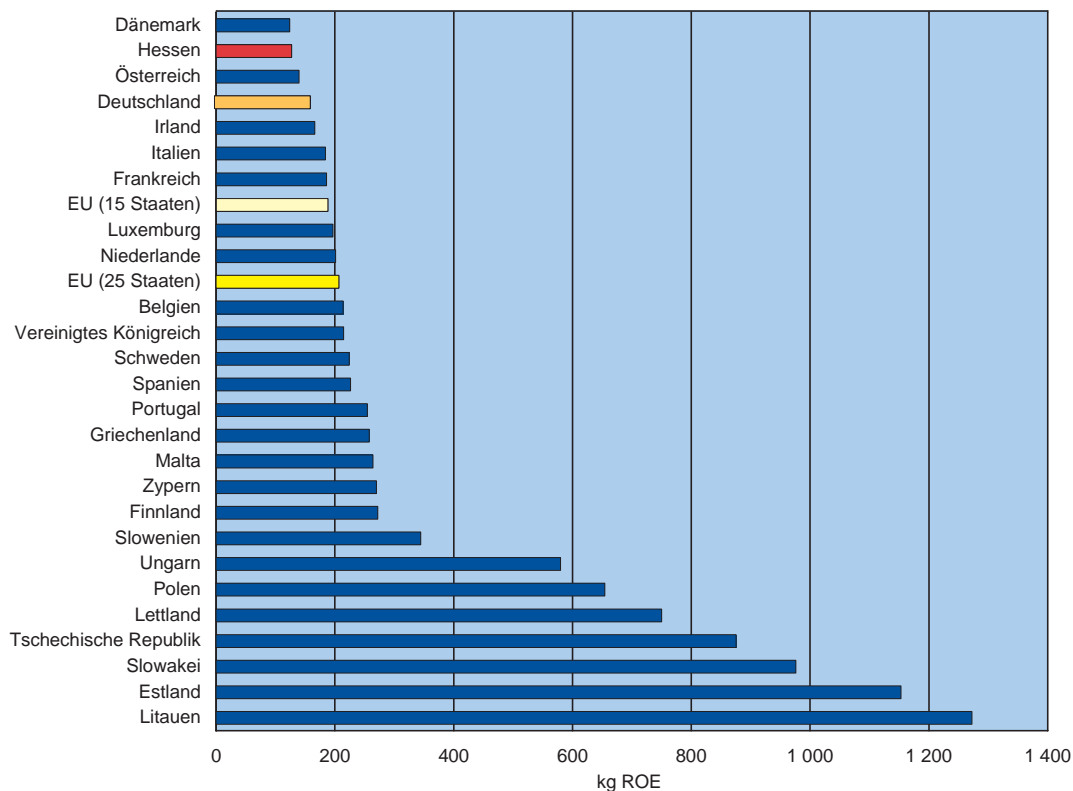
### Dänemark und Hessen mit geringster Energieintensität in der EU

Die Ergebnisse der einzelnen EU-Staaten wichen 2002 recht stark voneinander ab. Der EU-25-Durchschnitt lag bei 207 kg Rohöleinheiten pro 1000 ECU (kurz: kg ROE/Tsd. ECU). Die mit Abstand schlechtesten Nutzungsgrade wiesen die Baltikumstaaten Litauen (1273 kg ROE/Tsd. ECU) und Estland (1153 kg ROE/Tsd. ECU) auf, gefolgt von den Staaten Slowa-

kei (976 kg ROE/Tsd. ECU) und Tschechische Rep. (876 kg ROE/Tsd. ECU). Der hohe Energieverbrauch in diesen Staaten basiert offenbar u. a. auf einer Industrie mit veralteten Anlagen und ungünstiger Energieeffizienz. Zwar sank dort – wie auch in der EU-25 insgesamt (1998: 224 kg ROE/Tsd. ECU) – die Energieintensität in den letzten Jahren, dennoch erscheinen weitere Energiesparmaßnahmen dringend erforderlich. Bezogen auf das BIP verbrauchte Dänemark 2002 mit 124 kg ROE/Tsd. ECU am wenigsten Energie innerhalb der EU, noch vor **Hessen**, das einen Wert von 127 kg ROE/Tsd. ECU erzielte. Hessen profitiert dabei offensichtlich auch stark von der deutlichen Dienstleistungsorientierung der Wirtschaft und einem entsprechend geringeren Anteil des (energieintensiven) Produzierenden Gewerbes. Deutschland landete mit 159 kg ROE/Tsd. ECU hinter dem zweitplatzierten Österreich (140 kg ROE/Tsd. ECU). In den Jahren davor verringerte sich die Energieintensität sowohl in Deutschland als auch in Hessen. So betrug sie 1998 noch 170 kg ROE/Tsd. ECU (Deutschland) bzw. 143 kg ROE/Tsd. ECU (Hessen). Vergleichsweise effizient arbeitende Anlagen in Industrie und Haushalten sowie ein stärkeres Umweltbewusstsein scheinen u. a. für die Vorreiterrolle Deutschlands – und damit auch Hessens – bei der Schonung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu sein. Unterdurchschnittliche Werte erreichten u. a. auch Italien (184 kg ROE/Tsd. ECU) und Frankreich (186 kg ROE/Tsd. ECU). Von den vier europäischen G8-Industriemächten übertraf nur das Vereinigte Königreich mit 215 kg ROE/Tsd. ECU den EU-25-Durchschnitt.

## Energieintensität 2002

Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (verkettete Absolutwerte mit Referenzjahr 1995 und Wechselkursen von 1995) in kg ROE (kg Rohöleinheiten) pro 1000 ECU



Quellen: Eurostat, für Hessen: Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen.



## Indikator V-5.2: Deponierte Kommunalabfälle

Bezüglich des Indikators V-5.1 „Erzeugte kommunale Abfälle“ (Siedlungsabfälle insgesamt) kann auf Grund uneinheitlicher Definitionen und Verfahren (noch) kein passender Wert für Hessen nachgewiesen werden. Hingegen gibt es in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder eine Statistik, die die Menge der deponierten Siedlungsabfälle je Einwohner in den einzelnen Bundesländern darstellt und die Anforderungen des entsprechenden Strukturindikators gut erfüllt. Der Indikator ist an sich wenig aussagereich, da die insgesamt anfallende Siedlungsabfallmenge sowie andere Abfallbehandlungsmethoden (Verbrennung, Recycling, sonstige) nicht berücksichtigt werden. Dennoch soll er hier aufgenommen werden, um die für Hessen verfügbaren Statistiken gemäß den Strukturindikatoren vollständig darzustellen. Dabei entstammen die aktuellsten Daten für Hessen dem Jahr 2003.

### Knapp die Hälfte der Abfälle in der EU wurden deponiert

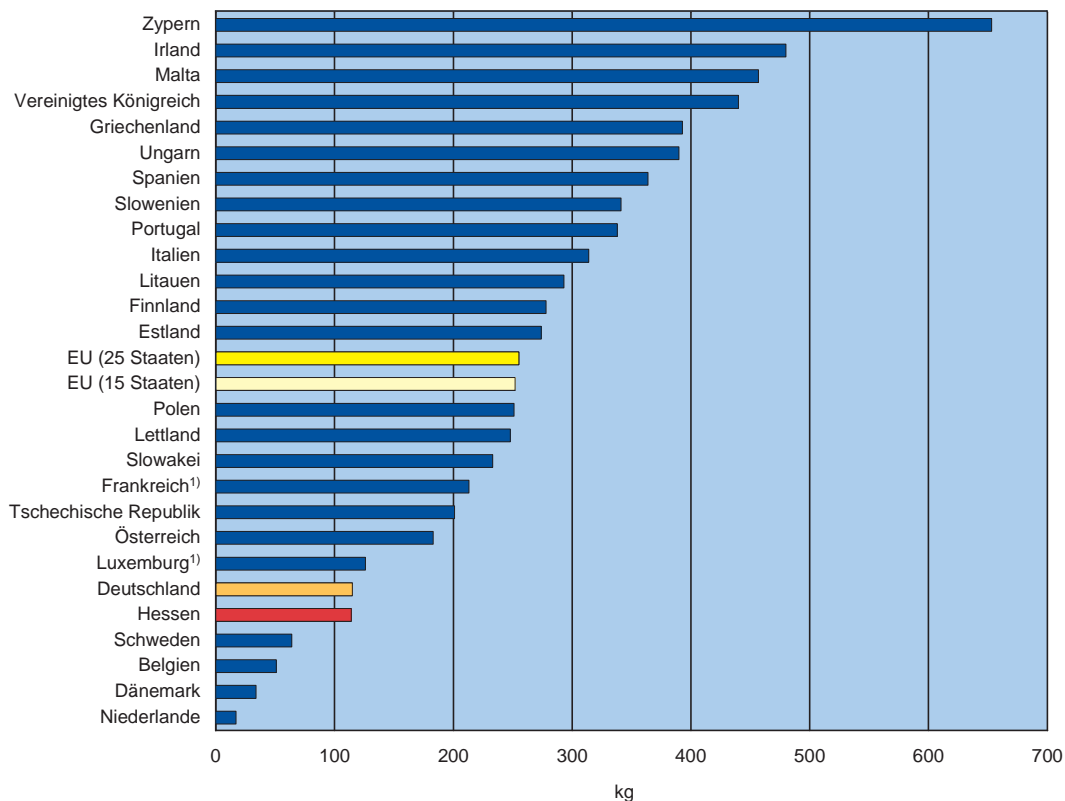
In der EU-25 wurden von 531 kg angefallenen Kommunalabfällen pro Person im Jahr 2003 knapp die Hälfte (255 kg/Per-

son) deponiert. Die Art der Abfallbehandlung wich in den einzelnen Staaten stark voneinander ab. So gab es Staaten, in denen die Deponierung stark überwog und die auch die größte Menge an deponierten Abfällen pro Kopf aufwiesen: Zypern mit 653 kg/Kopf (von 724 kg/Kopf Siedlungsabfällen insgesamt), Irland mit 480 kg/Kopf (von 757 kg/Kopf), Malta mit 457 kg/Kopf (von 543 kg/Kopf) und das Vereinigte Königreich mit 440 kg/Kopf (von 593 kg/Kopf).

In anderen Staaten wiederum war die Deponierung nahezu unbedeutend, wie in den Niederlanden mit 17 kg/Kopf (von 610 kg/Kopf), Dänemark mit 34 kg/Kopf (von 672 kg/Kopf), Belgien mit 51 kg/Kopf (von 447 kg/Kopf) und Schweden mit 64 kg/Kopf (von 471 kg/Kopf).

Auch in Deutschland spielte die Deponierung eine eher untergeordnete Rolle (115 kg/Kopf von 601 kg/Kopf Siedlungsabfällen insgesamt). **Hessen** kam auf einen fast identischen Wert von 114 kg/Kopf, wobei für die insgesamt anfallenden Kommunalabfälle keine Summe genannt werden kann.

## Deponierte Kommunalabfälle je Einwohner 2003 (in kg)



1) Geschätzter Wert.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen.





## Indikator V-6.1: Anteil der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch

Die Inanspruchnahme fossiler Rohstoffquellen für die Energiegewinnung kann – abgesehen von Energiesparmaßnahmen – durch den Umstieg auf erneuerbare Energieressourcen eingeschränkt werden. Ein diesbezüglicher Umweltindikator bestimmt zwar nicht das Verhältnis von Energie aus erneuerbaren Energiequellen zum Bruttoinlands- bzw. Primärenergieverbrauch insgesamt, jedoch den Anteil der aus alternativen Energiequellen wie u. a. Wasser, Wind, Sonne und Biomasse erzeugten Strommenge am Bruttostromverbrauch. Letzterer entspricht der Bruttogesamtstromerzeugung aus allen Quellen einschl. Eigenproduktion, zuzüglich der Ein- und abzüglich der Ausfuhren.

### Hessen fast ohne Potenzial an Wasserkraft

2004 betrug der Anteil der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Elektrizität am Bruttostromverbrauch in der EU-25 immerhin 13,7 %. Die EU will bis zum Jahr 2010 die Marke von 21 % anstreben. Das Erreichen dieses Ziels dürfte jedoch auf Grund des stagnierenden Ausbaus von „ökologischer“ Stromerzeugung fraglich sein. So lag der EU-25-Wert im Jahr 1995 bereits bei 12,8 %.

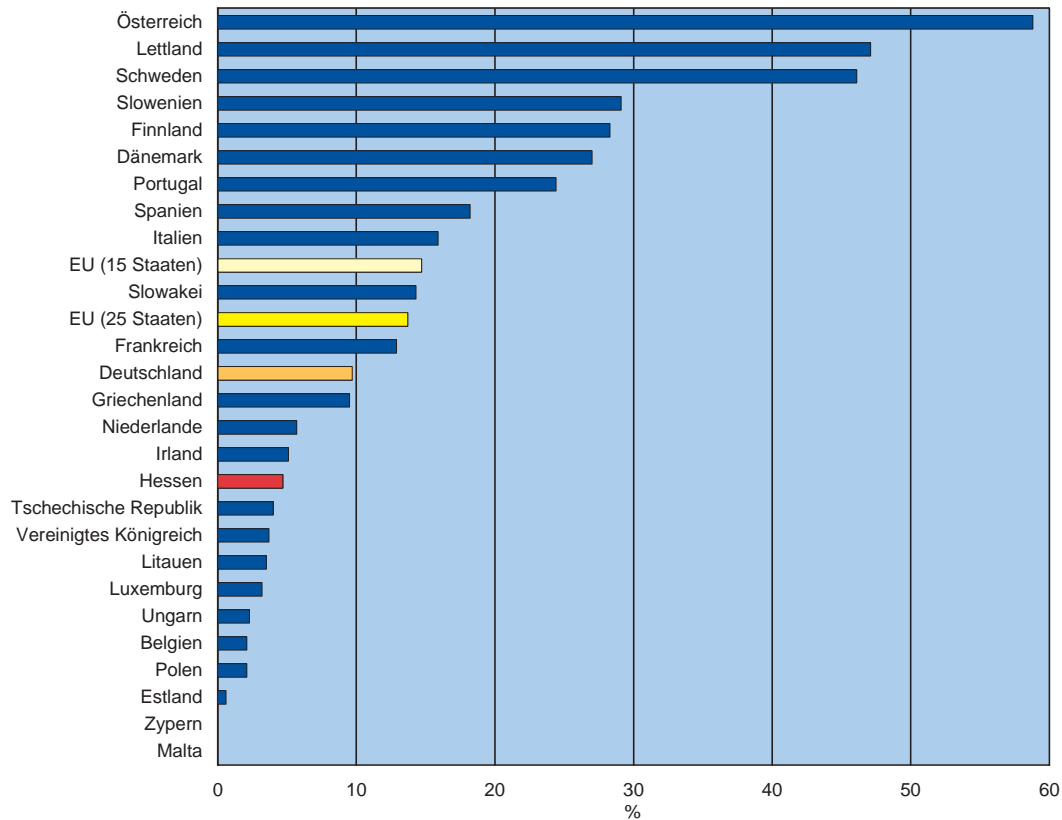
In zwei EU-Staaten, Malta und Zypern, gab es 2004 noch gar keinen Strom aus alternativen Energiequellen. In anderen

EU-Staaten wie Estland (0,6 %), Belgien und Polen (jeweils 2,1 %) spielte die Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen ebenfalls keine nennenswerte Rolle.

Ganz anders stellt sich die Situation in der Alpenrepublik Österreich mit einem Anteil von 59 % dar. Dort wird das Wasserkraftpotenzial in den Bergen ausgiebig genutzt. Hohe Werte erreichten auch Lettland (47 %), das wasserreiche Schweden (46 %), Slowenien (29 %), Finnland (28 %) und Dänemark (27 %).

Deutschland lag mit einem Anteil von 9,7 % unterhalb des EU-25-Durchschnitts. **Hessens** Wert lag mit 4,7 % deutlich darunter. Im Gegensatz zu Deutschland kann Hessen kaum auf Wasserkraft zurückgreifen. Auch die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen war in Hessen im Vergleich zu Deutschland deutlich unterrepräsentiert. Ansonsten entsprachen in Hessen die Anteile der Stromerzeugung aus Biomasse-, Photovoltaik- und Abfallverbrennungsanlagen durchaus bundesdeutschen Verhältnissen. Bei der Erzeugung von Strom in Abfallverbrennungsanlagen gilt die Übereinkunft, dass lediglich 60 % davon als erneuerbar eingestuft wird.

## Anteil der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch 2004 (in %)



Quellen: Eurostat, für Hessen: Eurostat, Länderarbeitskreis Energiebilanzen, eigene Berechnungen.



## Indikator V-7.2.1: Geschützte Gebiete für biologische Vielfalt gemäß Habitatrichtlinie

Die EU-weite Initiative „Natura 2000“ wurde 1992 durch die so genannte Habitat-Richtlinie aus der Taufe gehoben, welche die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, (semi-)natürliche Lebensräume zum Schutz von Fauna und Flora auszuwählen und Pläne zu ihrer Bewirtschaftung zu entwerfen. Ein diesbezüglicher Indikator bezieht sich auf schützenswerte Gebiete, die von den Staaten gemäß dieser Richtlinie der EU zur Eingliederung in das Schutzgebietenetz „Natura 2000“ vorgeschlagen werden, als Anteil an der Gesamtfläche. Es sei noch darauf hingewiesen, dass das Netz von Natura 2000 über die Gebiete nach der Habitat-Richtlinie hinaus auch Flächen nach der Vogelschutzrichtlinie umfasst. Vorgesehene Gebiete nach der Vogelschutzrichtlinie werden hier jedoch nicht berücksichtigt.

### In Hessen knapp 10 % der Gesamtfläche für Natura 2000 vorgeschlagen

2005 waren innerhalb der EU-15 durchschnittlich 12,7 %, d. h. gut ein Achtel der Gesamtfläche für den Schutz nach der Habitat-Richtlinie vorgeschlagen, wobei darunter bereits mehr als 15 000 Standorte fallen. Bei der EU-25 betrug der Anteilwert 12,1 %.

Mit einem Anteil von 31,4 % stand Slowenien an der Spitze der Staatenrangliste. Spanien mit seinen zahlreichen ausgedehnten und dünn besiedelten Arealen konnte einen Flächenanteil von 22,6 % vorweisen. Es folgten Portugal (17,4 %), Griechenland (16,4 %) und Estland (15,9 %).

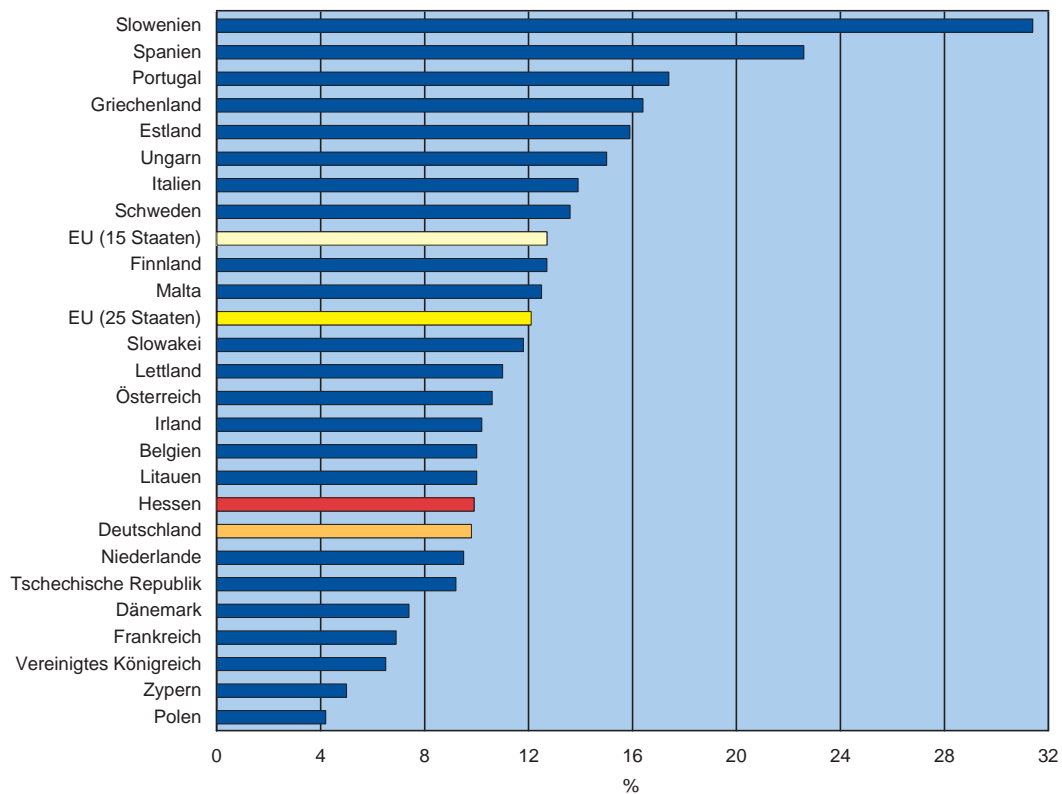
2005 lag Deutschland mit 9,8 % etwas unterhalb des EU-Durchschnitts. Im Jahr 2004 betrug der Flächenanteil noch 7,0 %. Deutschland steigerte also seinen Anteil um 2,8 Prozentpunkte. Die Einreichung ausgewiesener Standorte bei der EU vonseiten der Staaten erfolgt bekanntermaßen unregelmäßig. Ähnlich verhält es sich im Falle **Hessens**; dort ist zwischen 2004 mit 6,4 % und 2005 mit 9,9 % eine sprunghafte Zunahme um 3,5 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Den niedrigsten Anteil von vorgeschlagenen Flächen an der Gesamtfläche wies Polen mit 4,2 % auf. Geringe Flächenanteile nannten ferner Zypern (5,0 %) sowie die beiden G8-Staaten Vereinigtes Königreich (6,5 %) und Frankreich (6,9 %).



## Geschützte Gebiete für biologische Vielfalt gemäß Habitat-Richtlinie 2005<sup>1)</sup>

Anteil der vorgeschlagenen Fläche gemäß der Habitat-Richtlinie an der Gesamtfläche (in %)



1) Keine Angabe zu Luxemburg.

Quellen: Eurostat, für Hessen: Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.